KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 153 Januar/Februar 2011 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 153 Januar/Februar 2011 berichten wir über:



Die Menschen in Gever lassen sich von der Repression der türkischen Regierung nicht mehr einschüchtern. Sie organisieren ihre legitime Selbstverteidigung.



Trotz Aktionspause der HPG sind seit August 2010 32 Guerillas vom türkischen Militär getötet worden. Jede Beerdigung ist eine Demonstration der Bevölkerung.



„Die Zeit ist reif für einen neuen Aufbruch der internationalen Frauenbewegung!" Cenî ruft mit zur Weltkonferenz im März 2011 nach Venezuela auf. Fotos: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

willkommen zu einer neuen Nummer des *KurdistanReport* in einem neuen Jahr.

Seit unserer letzten Ausgabe ist es jetzt sozusagen amtlich: Die von der kurdischen Freiheitsbewegung im letzten August begonnene Waffenruhe wurde als „Aktionspause" bis zur türkischen Parlamentswahl im Juni 2011 ausgedehnt.

Natürlich – wie immer in den letzten Jahren – nicht bedingungslos, sondern geknüpft an bestimmte Entwicklungen, einer stetigen Neubewertung der Situation unterworfen und unter dem Vorbehalt aktiver bewaffneter Notwehr- und Vergeltungsaktionen, der „legitimen Selbstverteidigung" eben.

Der Gedanke drängt sich auf, dass die Bewegung doch bisher eigentlich gelernt haben müsste, dass ihren einseitigen Waffenruhen seit 1993 regelmäßig die Anerkennung der Gegenseite versagt bleibt, dass ihnen keine Zugeständnisse folgen. Trotz vorgeblicher Beteuerungen irgendwelcher staatlicher Vertreter, die bei Abdullah Öcalan vorsprechen.

Wir müssen immer wieder konstatieren, dass es keine Substanz hat, was in der kurdischen Frage vom türkischen Staat, von der türkischen politischen Klasse kommt. Im Gegenteil, alle Meldungen der letzten Zeit illustrieren nur die bekannte türkische Strategie, die organisierte kurdische Freiheitsbewegung auf militärischer und auf politischer Ebene vernichten zu wollen. Im Südosten des Landes Zustände wie unter einer Militärdiktatur (z. B. Dauerbeschuss der Grenzregionen), eine Atmosphäre des Staatsterrors mit Massakern (wie in Peyanis) und politischen Mord(versuch)en (wie in Gever), Massenprozesse gegen die VertreterInnen der kurdischen Zivilgesellschaft (besonders der KCK-Prozess) – im Einzelnen eigentlich alles kleine Kriegserklärungen. Negativposten in einer politischen Bilanz. Und in einer solchen Situation eine Waffenpause?

Müsste es da nicht heißen: im Osten nichts Neues? Vordergründig und von außen betrachtet sieht es danach aus, ja. Einerseits.

Andererseits müssen wir aber erstens wohl davon ausgehen, dass die kurdische Freiheitsbewegung, wenn sie schon etwas gelernt haben müsste (siehe oben), dann auch im politisch-taktischen Verhalten. Ihre Handlungsweise mag sich für uns darstellen, als bewege sie sich zwischen politischem Langmut und strategischem Denken. Doch gehört es nicht zum Beispiel auch zum politischen Geschick, in einer verfahrenen konfrontativen Situation den Druck mindern und der Diplomatie wieder Raum schaffen zu können?

Und zweitens besteht ein wesentlicher Unterschied zu früher: Seit Juni gibt es die „vierte strategische Phase" mit dem Projekt der „Demokratischen Autonomie". Also die basisdemokratische Realisierung und Verankerung der kurdischen Existenz.

So sind doch noch Positivposten in der politischen Bilanz zu vermerken. Und es lässt sich feststellen, dass die kurdische Seite in diesem Konflikt eigentlich doch am längeren Hebel sitzt: Sie verfügt über eine Perspektive (Selbstbestimmung), ein entsprechendes politisches Projekt (Demokratische Autonomie) und einen langen Atem, es zu verwirklichen. Die Gegenseite hat kein Ziel außer Vernichtung, zwar mit internationaler Unterstützung, aber perspektivlos.

Und so findet in der aktuellen Situation eine Waffenruhe ihre Berechtigung, um zumindest die Chance zum Frieden nicht zu verbauen. Und wer an einem gerechten Frieden interessiert ist – oder, wie Sebahat Tuncel formuliert, „wer eine andere Welt für möglich hält" –, sollte sie unterstützen.

In diesem Sinne Ihnen und uns ein erfolgreiches Jahr 2011,
Ihre Redaktion

Der türkische Staat und die kurdische Frage:

Prognosen für 2011

Baki Gül

Im Jahre 2010 ist die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung AKP, oder generell der türkische Staat, in der Kurdenfrage an einem neuen Punkt angelangt.

Am 1. Juni 2010 erklärte die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK den Beginn einer neuen Phase in der Kurdistanfrage. Von diesem Zeitpunkt an weitete sich der Krieg bis zum 13. August auf zuvor noch nie betroffene Landstriche aus. Die Guerilla bewies, dass sie nicht nur in den Bergen Kurdistans, sondern auch in zentralen Provinzen, Landkreisen, selbst im Westen der Türkei wie in Istanbul, in Adana, in der Schwarzmeer- oder Mittelmeergegend aktiv werden kann.

In eben diesem Zeitraum von zweieinhalb Monaten wurde in der politischen Welt und der Öffentlichkeit in der Türkei ein breitgefächerter Diskurs darüber geführt, dass die Arbeiterpartei Kurdistans PKK nicht an Kraft verloren habe und dass der türkische Staat mit seinen Militäroperationen weder die Kraft der PKK mindern noch die Kurdenfrage lösen könne. Staatspräsident, AKP-Regierung, Militär, Inlandsnachrichtendienst MIT und weitere Instanzen der staatlichen Administration kamen zusammen und konferierten. Die meisten dieser Gespräche waren geheim und vor der Öffentlichkeit verborgen. Man wollte ein Ende der PKK-Aktionen.

Darum kam es auf Imralı zu Gesprächen mit Abdullah Öcalan, dem Gründer und Vorsitzenden der PKK. Infolge dieser Gespräche erklärte die KCK am 13. August eine befristete einseitige Waffenpause, um das Verfassungsreferendum am 12. September ungestört verlaufen lassen zu können. Später setzten Vertreter des Staates die Gespräche mit Öcalan auf Imralı fort. Allerdings wurden in der Provinz Hakkari bei einem Kontra-Angriff neun Zivilisten von türkischem Militär ermordet.

Einerseits führte der Staat Gespräche mit Öcalan, und andererseits hielten die Operationen des Militärs an. Trotz allem erklärte die KCK auf einen Appell Öcalans hin, sie könne die Aktionspause bis in die Sommermonate 2011 verlängern. Auch dies war eine komplizierte Phase, und die Frage nach ihrem Verlauf ließ im Hinblick auf die Regierung erhebliche Zweifel aufkommen: auf der einen Seite die anhaltende Waffenruhe und demgegenüber diverse Militäroperationen, auf der anderen Seite Bürgermeister, ehemalige Abgeordnete, Mitglieder und Mitarbeiter der im Dezember 2009 verbotenen Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP und der Partei für Frieden und Demokratie BDP, die bis zu anderthalb Jahre lang inhaftiert auf ihren Gerichtstermin warteten. Als es dann zur Verhandlung kam, wurden sie daran gehindert, ihre Verteidigung auf Kurdisch zu führen. In den Regierungserklärungen ließ sich kein einziger Ansatz zur Konfliktlösung finden, der die Kurden hätte überzeugen können.

Denn die Gespräche auf Imralı mit Öcalan um eine Verlängerung der Waffenruhe wurden zwar von der AKP nicht dementiert, ihnen wurde jedoch gleichzeitig weder Relevanz noch offizielle Tragweite und somit keinerlei Verbindlichkeit zugesprochen.

Gleichzeitig äußerte Premier R. Tayyip Erdoğan: „Niemand soll Bildung in der Muttersprache fordern. Das wird es nicht geben." Prägnant auch die Aussage des Gerichts von Amed (Diyarbakır), das Kurdisch, als es die Angeklagten im KCK-Prozess benutzen wollten, als „eine nicht bekannte Sprache" definierte und seinen Gebrauch unterband. Die Haltung des Gerichts, die Tatsache, dass Kurden sich vor Gericht nicht in ihrer Muttersprache verteidigen dürfen, zog sowohl Reaktionen aus der türkischen und kurdischen Gesellschaft als auch mancher AKP-Abgeordneter nach sich.

Für diesen Zweck werden die Namen des Bürgermeisters von Amed (Diyarbakır), Osman Baydemir, oder anderer instrumentalisiert, um Gegenpropaganda oder Verleumdungen über die kurdische politische Sphäre in die Welt zu setzen, insbesondere in den kurdischen Regionen. Obgleich sowohl Osman Baydemir als auch kurdische Parteien solche Spekulationen dementieren, versuchen Ankara-zentrierte und AKP-nahe Mediengruppen Nachrichten dieser Art weiterhin auf der Tagesordnung zu halten.

Andererseits bietet auch die Republikanische Volkspartei CHP auf Grund ihrer internen Veränderungen und aktuellen Debatten keinen Nährboden für optimistische Einschätzungen, wenn man sie im Lichte der Kurdenfrage betrachtet. Die Veränderungen in der CHP hinsichtlich ihrer Kurdenpolitik betreffen lediglich den Stimmenfang in Kurdistan, wo ihre Wahlprognosen momentan fast auf Null geschrumpft sind; mit formellen Rundreisen in den kurdischen Gebieten will sie die Kurden davon überzeugen, sich ihr politisch anzunähern – davon sind sie weit entfernt.

Während in den Medien die Idee eines alternativen Wahlbündnisses zwischen CHP und BDP aufkam, hat dies sogar in

Ankara und besonders bei der AKP für Empörung gesorgt, aber eine solche Alternative erscheint kurzfristig auch unrealistisch. Denn die CHP versteht unter Veränderung ihre Anpassung an die offizielle staatsdoktrinäre Politik und will, mit einer formalen Herangehensweise, eine fundamentale Macht sein. Natürlich kann die Dynamik der Veränderung den Anstoß zur Demokratisierung in der CHP geben, allein ist davon momentan zumindest noch nichts zu sehen.

Mit der Partei der Nationalistischen Bewegung MHP sieht es noch schlechter aus. Die MHP bleibt bei ihrer Haltung, mit einer nationalistischen und rassistischen Politik den Krieg fortzusetzen. Und ist zudem noch weit reaktionärer als die anderen Parteien. Folglich zeigt sich auch für die Lösung der Kurdenfrage kein Potenzial in der Ankara-zentrierten Politik, das die Kurden überzeugen könnte.



„Wir sind alle KCK" ist die Antwort der Bevölkerung auf die Festnahmen und den Gerichtsprozess in Amed gegen die gewählten PolitikerInnen, BürgermeisterInnen und MenschenrechtlerInnen. Neben der Forderung nach deren Freilassung steht auch die Forderung nach dem Recht auf den öffentlichen Gebrauch der Muttersprache. Foto: DIHA

Kurdische Seite als Wegweiser bei der Konfliktlösung, Zurückhaltung beim türkischen Staat

Die Kurden versuchten in diesem Prozess, Zeichen des guten Willens zu setzen.

Die KCK verlängerte im September die Aktionspause vom 13. August um einen Monat und am 1. November schließlich bis zur Parlamentswahl 2011. In seinem Appell legte der KCK-Exekutivrat sein Augenmerk darauf, dass die Waffenruhe im Sinne eines fortwährenden Friedens und einer demokratischen Lösung verstanden werden sollte.

Abdullah Öcalan machte darauf aufmerksam, dass bei den Gesprächen auf Imralı nicht klar geworden sei, ob die AKP, insbesondere Premier Erdoğan, überhaupt an einer Lösung des Problems interessiert ist oder nicht; wenn die Gespräche auf eine Liquidation der PKK abzielten, werde er sich am 1. März 2011 zurückziehen. Dies illustriert, dass sich keine Lösung der kurdischen Frage abzeichnet. Trotz alledem haben die Kurden beharrlich an ihren Belangen wie „Bildung in der Muttersprache" und „Kurdisch in öffentlichen Einrichtungen" und der Forderung nach einer „neuen Verfassung" festgehalten und so mit ihren Aktivitäten eine beachtliche Agenda geschaffen.

Insbesondere das KCK-Verfahren – mit Tausenden Angeklagten und vielfach als das „Verfahren des politischen Genozids" umschrieben – wird bei den Kurden als Maßstab für die Ernsthaftigkeit der AKP-Regierung bei der Konfliktlösung angesehen. Denn es betrifft in erster Linie die Politik der Kurden in den gesetzlichen Parteien, ihre gewählten Vorsitzenden, Bürgermeister und Abgeordneten. Dass die AKP-Regierung jegliche Diskussion um eine „neue Verfassung" im Anschluss an das Verfassungs-Referendum vom 12. September 2010 im Keim erstickte, hat die Erwartungen der Kurden gedämpft.

Nichtsdestotrotz haben die Kurden und gewerkschaftlichen Organisationen ihre Pläne zur Vorbereitung von Arbeitskreisen für eine „neue demokratische Verfassung" nicht abgesagt. Sowohl in Kurdistan die BDP und der Demokratische Volkskongress DTK, der unter seinem Dach über 1000 zivilgesellschaftliche Gruppen vereint, als auch der Friedensrat der Türkei haben dafür Arbeitsgruppen gebildet.

Also hat der Demokratische Volkskongress parallel zur Waffenruhe in den kurdischen Provinzen, Ortschaften, Kommunen, Städten und Großstädten zahlreiche Veranstaltungen mit verschiedenen Gesellschaftskreisen organisiert, um diese Phase in einen Prozess dauerhaften Friedens umzuwandeln. Es wurde getagt zu Themen wie demokratische Selbstverwaltung, Gesundheitswesen, Kultur, Politik und Religion. Es gab ebenfalls Bemühungen, Konferenzen auf internationaler Ebene zur

kurdischen Problematik zu organisieren, um so eine Friedenspolitik im internationalen Scheinwerferlicht entwickeln zu können.

Doch kam trotz aller Anstrengungen keine positive Resonanz von Regierungsseite. Ganz im Gegenteil brachte die AKP in Kurdistan auf religiöser Ebene eine neue „Liquidations- und Assimilationspolitik“ ins Spiel. Sogenannte „İrşad“-Truppen, die vom islamischen Glauben Abgekommene zurückführen sollen, wurden aufgestellt und Rundschreiben an die Geistlichen der Moscheen geschickt, außerdem wurde die Gründung weiterer islamischer Sekten wie Aczimendi oder Nakşibendi in Kurdistan forciert.

Folglich wird insbesondere die Kurdenpolitik der AKP-Regierung gründlich infrage gestellt. Die Situation, das ihnen widerfahrende Unrecht, sowohl der reelle Druck der Regierung in der Muttersprachenfrage als auch die Art der Beziehungen der AKP auf internationalem Parkett stimmen die Kurden distanziert und misstrauisch gegenüber der AKP.

Zukunftsaussichten

Wie könnten die Aussichtslosigkeit und die wenig vielversprechende Herangehensweise der Regierung in ihrer Kurdenpolitik das Problem in der bevorstehenden Phase beeinflussen?

Die KCK wird fraglos das von ihrem Vorsitzenden vorgegebene Datum berücksichtigen. Der 1. März 2011 wird für die Kurden zu einem Tag von immenser Bedeutung werden.

Die Proteste anlässlich der Verschleppung Öcalans in die Türkei vom 15. Februar 1999 könnten dieses Jahr noch größer und heftiger ausfallen. Vor allem denkbare negative Entscheidungen im KCK-Verfahren in Amed (Diyarbakır) könnten zu politischen Verschärfungen auf beiden Seiten führen. Denn nach dem 15. Februar wird auch in diesem Jahr der für die Kurden sehr wichtige März mit Aufständen und Massendemonstrationen begangen. So zum Beispiel der Internationale Frauentag am 8. März, der Jahrestag des Massenmords von Halabja am 16. März und der 21. März, der Tag des kurdischen Widerstands- und Neujahrsfestes Newroz.

Dem wird entgegenkommen, dass die Kurden den neuen Verfassungsdiskurs ausgeformt, die Verhandlungen über Wahlbündnisse beendet und eine Wahlstrategie entwickelt haben werden, und auf lokaler Ebene werden sie in Kurdistan Lösungsalternativen oder fehlende Alternativen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Volk diskutiert haben. Das auf politischer und gesellschaftlicher Ebene noch organisierter erscheinende kurdische Potenzial wird auch auf diplomatischer Ebene aktiver werden.

Aus der Sicht der Guerilla werden die Ereignisse auf jeder Ebene genauer beobachtet und grundsätzlich angegangen werden. Der KCK-Exekutivratsvorsitzende Murat Karayılan und das HPG-Hauptquartier haben immer wieder betont, die diplomatischen und politischen Vorgänge aufmerksam zu verfolgen, die Aktivitäten des türkischen Militärs aus der Nähe zu beobachten und im gegebenen Falle vom Recht der Notwehr [„*legitime Selbstverteidigung*“] aktiv Gebrauch zu machen.

Die kurdische Seite betont, dass Staat und Medien in der Türkei das Thema „Ende des bewaffneten Widerstands und Niederlegung der Waffen“ sehr oberflächlich behandeln. Kurdische Organisationen, die in strategischer Hinsicht von einer Lösung der kurdischen Frage auf politischer Grundlage, mit friedlichen und demokratischen Mitteln, ausgehen, sehen den bewaffneten Widerstand der Guerilla als Mittel der Notwehr gegen die kolonialistische Assimilation und Gewalt. Aber sie weisen weiter darauf hin, dass die Gewalt der Waffen ohnehin kein Problem mehr darstellen würde, wenn international abgesichert die kurdische Frage in eine Phase der demokratischen Lösung und des dauerhaften Friedens eintrete. Und falls eine Periode bewaffneter Auseinandersetzungen wieder beginnen sollte, dann gewappnet und ausgedehnt als „revolutionärer Volkskampf“.

Folglich wird die Türkei im Jahre 2011 ein größeres Chaos erleben, wenn die Gespräche von Imralı – insbesondere in der AKP-Regierung, den Parlamentsparteien und allen staatlichen Instanzen – politisch nicht gebührend thematisiert und in eine Annäherung an eine Lösung umgesetzt werden können. Die Kurden werden ihre eigene Lösung mit der „demokratischen Selbstverwaltung“ formulieren und realisieren. Es mag sein, dass sich die Türkei in einer Balkanisierungs- und „Irakisierungs“-Situation wiederfindet. Sobald die Auseinandersetzungen durch das Ausbleiben von Alternativen im Problemlösungsprozess angeheizt werden, könnte das kommende Jahr 2011 zum Jahr des eigentlichen Bruchs zwischen Türken und Kurden werden.

Lediglich um Konfliktlösung bemühte Institutionen und Akteure könnten die Phase positiv umdrehen und einen zügigeren Lösungsweg einläuten. Die Anerkennung der Gespräche mit Öcalan auf Imralı, des Dialogs und von Verhandlungen als bewährte Werkzeuge würde den Prozess beschleunigen. Und ebenso könnte ihn die Realisierung der immer wieder angekündigten, aber sabotierten Treffen mit kurdischen Vertretern positiv beeinflussen.

Selbstverständlich müsste dafür die türkische Öffentlichkeit in jeder Hinsicht offen- und für eine Lösung bereit gemacht werden. Dies kann nur geschehen, wenn die Medien Schluss machen mit ihrer Kurdenphobie und die Politik mit ihrer konfrontativen Haltung. In dem Falle, dass Dialog und Verhandlungen auf demokratisch-politischer Basis geführt werden, könnte sich eine Lösung sehr schnell entwickeln. Daher ist der Vorschlag der kurdischen Seite einer „Kommission zur Erforschung der Wahrheit und Schaffung von Gerechtigkeit“ eine ausgezeichnete Gelegenheit. Nähme das türkische Parlament diesen Vorschlag an und käme es dabei zu einer Entscheidung, könnte sich der Friedensprozess sehr viel einfacher gestalten.

Folglich befinden wir uns in einer Phase, die für eine Lösung des Konflikts rund um die kurdische Frage Hoffnung schöpfen lässt. Und in der Hoffnung auf eine Lösung und dauerhaften Frieden wünsche ich unseren Lesern ein frohes neues Jahr 2011. ♦

Interview mit dem KCK-Exekutivratsvorsitzenden Murat Karayılan

Es gibt nur einen Ansprechpartner: Abdullah Öcalan

Gülistan Tara, Nachrichtenagentur ANF, 8. und 9. November 2010

Am 1. November 2010 verlängerte die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) ihre am 13. August verkündete Waffenruhe in der Türkei, Aktionspause genannt, bis zur Parlamentswahl im Juni 2011. Die Tagesordnung zur kurdischen Frage wird bestimmt vom Kontakt des Staates mit dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan auf Imralı. Im vorliegenden Interview beleuchtet Murat Karayılan, Vorsitzender des Exekutivrates der KCK, wie es zu dieser Verlängerung kam, den Stand der Gespräche auf Imralı und mögliche Entwicklungen in dieser Phase.
Wir bringen eine Zusammenfassung des veröffentlichten Gesprächs.

Sie haben am 1. November die Aktionspause bis zur Wahl verlängert. In der Erklärung heißt es, die türkische Regierung habe Ihre früheren Forderungen nicht erfüllt. Warum wurde die Aktionspause dennoch verlängert?

Wir hatten am 13. April 2009 eine einseitige Waffenruhe verkündet. Diese Phase hielt über ein Jahr lang an. Die AKP-Regierung ließ indessen am 14. April kurdische Politikerinnen und Politiker verhaften; sie leitete eine Phase des politischen Genozids ein und beschloss, mit dem Projekt der „demokratischen Öffnung“ die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren. Dagegen verkündeten wir am 1. Juni 2010 offiziell die „vierte strategische Phase“ [*vgl. KR Nr. 152, S. 14ff.*], um die Lösung der kurdischen Frage aus eigener Kraft zu schaffen.

Sie wurde gegenüber der Realität des Staates und der Regierung, die für eine Lösung nicht bereit waren, als eine Etappe deklariert, in der wir die Lösung mit dem Widerstand entwickeln werden. Unser Vorsitzender zog sich zurück [*vom Gesprächsangebot*]. Daraufhin schickte der Staat eine Delegation zu ihm. Die unterbreitete den Vorschlag, der Vorsitzende solle erneut die Initiative ergreifen, und die militärischen Aktivitäten sollten eingestellt und die Lösungsphase diskutiert werden. Also verkündeten wir am 13. August 2010 eine erneute Waffenruhe, unsere Lösungsinitiative blieb aber wieder unbeantwortet. Der Vorsitzende Öcalan sprach erneut von Rückzug und es kam zu einer immer angespannteren Situation, denn die AKP-Regierung verweigerte konsequent Schritte in Richtung einer Lösung. Ihre Wortwahl und ihre Methoden trugen nicht zur Lösung bei, im Gegenteil, sie führten in die Ausweglosigkeit. Aber im Rahmen des Dialogs auf Imralı wurde die Phase der Aktionspause bis zur Parlamentswahl 2011 ausgedehnt. Sie bietet wichtige Möglichkeiten zur Lösung der kurdischen Frage und allen, die eine Lösung wollen, eine große Chance. Wichtig ist, dass in dieser Phase ernsthafte und vertrauensbildende Schritte für die friedliche und demokratische Lösung des Problems unternommen werden.

Haben Sie vor der Verlängerung der Waffenruhe Signale seitens des Staates erhalten, die darauf hindeuteten, dass Ihre Forderungen beantwortet werden könnten?

Es ist natürlich keine Phase der Waffenruhe, die einseitig entwickelt wurde. Es gibt Schritte, die von staatlicher Seite getan werden müssen. Es wurde darüber gesprochen und ein Rahmen erarbeitet, was gegenseitig bis zur Wahl zu unternehmen sei. Wir haben das Unsere getan und werden es auch weiterhin tun. Angesichts dessen müssen auch Staat und Regierung ihrer Verantwortung nachkommen. Wie der Öffentlichkeit auch gut bekannt ist, war die Verlängerung der Aktionspause nur auf Grund der Initiative unseres Vorsitzenden möglich. Er gelangte aus dem Dialog mit der staatlichen Delegation und durch die gegenseitig gemachten Versprechungen und Rahmenvereinbarungen zu seinem Schluss, demzufolge er sich in einem Schreiben an uns für die Verlängerung der Waffenruhe aussprach.

In unserer entsprechenden Erklärung dazu haben wir die dem Staat zufallenden Schritte aufgelistet, die auch von der türkischen Öffentlichkeit debattiert wurden. Die in fünf Artikeln formulierten Forderungen sind nicht unerfüllbar. Es handelt sich dabei um Vorstufen, damit die Waffenruhe zu einer dauerhaften werden und die Phase sich in Richtung einer demokratischen Lösung wandeln kann. Unsere Forderungen wären auch diejenigen anderer Menschen, die sich über die Lösung des Problems Gedanken machen. Es geht daher nicht um unrealistische, willkürliche Forderungen.

Was müssen Regierung und Staat bis zur Wahl umsetzen, damit diese Phase der Waffenruhe einen dauerhaften Charakter annimmt?

Die Grundlagen für eine Lösung sollten bis zur Wahl geschaffen werden. Es scheint, dass die AKP geneigt ist, die Waffenruhe erst einmal bis zur Wahl anzunehmen und eine Problemlösung auf später zu verschieben. Das ist keine förderliche Haltung. Es ist notwendig, bis zur Wahl die Basis für eine Lösung vorzubereiten und entsprechende Schritte dafür einzuleiten. Parallel dazu sollte die Gesellschaft ebenfalls auf eine Lösung vorbereitet werden. Wir erwarten nicht, dass bis zur Wahl alles abgeschlossen sein kann, denn die kurdische Frage ist die schwerwiegendste Frage der Türkei und daher nicht kurzfristig zu lösen. Aber es bedarf einiger praktischer Schritte, die Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit signalisieren, erster Schritte, mit denen offensichtlich Abstand genommen wird von der Zwangsassimilierung der Kurden. Die gegenwärtige Haltung drückt ungefähr aus: „Ich akzeptiere Dich als Kurde, aber ich kann unmöglich akzeptieren, dass Du überall Kurdisch sprichst." Mit diesen langfristig auf Zwangsassimilation ausgerichteten taktischen Manövern können die kurdische Gesellschaft und unsere Bewegung nicht getäuscht werden.

Der Staat sollte als Erstes seine ungerechte Haltung gegen das kurdische Volk, d. h. den Fehler seiner Vernichtungs- und Verleugnungspolitik, akzeptieren. Diese Politik hat seit 85 Jahren in Kurdistan zu großen Tragödien geführt und ist ein gravierender Fehler. Der Staat muss diesen Fehler eingestehen. Eine entsprechende Bewertung der kurdischen Aufstände ginge in die richtige Richtung. Die Wahrheit kann der türkischen Gesellschaft nur in einem solchen Rahmen vermittelt werden. Anderenfalls gelten ihr die kurdischen Aufständischen als „Terroristen" und „Mörder". Denn seit 85 Jahren wurde ihr diese Politik aufgenötigt. Aber es entspricht nicht der Realität. Jeder mit einem gewissen Bewusstsein weiß, dass dem nicht so ist. In der Vergangenheit wurden die Anführer der kurdischen Aufstände wie z. B. Seyit Riza oder Seyh Sait als „Banditen" oder „Räuber" tituliert. Bis heute kennen wir nicht den Verbleib ihrer Leichname. Auf einer solchen Grundlage wurden in Kurdistan Massaker verübt. Die Massaker von Dersim und Zilan können nicht aus dem Bewusstsein getilgt werden.

Die Worte Ihsan Sabri Çağlayangils, der jahrelang [*zwischen 1965 und 1977*] an der Regierung der Türkei beteiligt war, gingen erst jüngst durch die Medien: „Wir haben sie wie Ratten mit Giftgas ausgerottet." Zu glauben, die kurdische Frage lösen zu können, ohne diese Tragödien unseres Volkes einzugestehen und öffentlich zu machen, ist ein gewaltiger Irrtum. Auch heute wird der Vorsitzende des aktuellen Aufstands als „Kopf des separatistischen Terrors" bezeichnet. Ist das wirklich so? Wollen wir heute die Türkei wirklich spalten? Nein! Seit 18 Jahren setzen wir uns für die Anerkennung der kulturellen und ethnischen Rechte des kurdischen Volkes innerhalb der Türkei ein und versuchen, den großen historischen Fehler, auf dem sich die Republik Türkei gegründet hat, zu korrigieren. Dafür kämpfen wir und versuchen wir, das Problem mittels Dialog zu lösen.

Sind diese Schritte gleichzeitig Basis für eine dauerhafte Lösung?

Für den Weg zu einer dauerhaften Lösung hat unser Vorsitzender auf die Notwendigkeit zweier unterschiedlicher Proto-



Allein in Kurdistan und der Türkei gingen Hunderttausende zum 32. Jahrestag der Gründung der Kurdischen Arbeiterpartei PKK auf die Straße. Obwohl der türkische Staat dies vielerorts zu verhindern versuchte, ließen sich die Menschen davon nicht abhalten. Mancherorts kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Foto: DIHA

kolle verwiesen. Ein Protokoll über Sicherheitsfragen und ein politisches Protokoll, d. h. zu Verfassungs- und demokratischen Rechten. Die Lösung des Problems hängt vom Maß des Fortschritts bei diesen Protokollen ab. Daher haben wir die Gründung entsprechender Kommissionen zu beiden Themen vorgeschlagen. Die erste, die Verfassungskommission, sollte sich mit der Frage befassen, was demokratische Rechte sind. Die zweite, die Gerechtigkeits- und Wahrheitskommission, hätte die Aufgabe, die Wahrheit über die Ereignisse während der militärischen Auseinandersetzungen aufzudecken und auf dieser Grundlage den Weg zur Lösung aufzuzeigen.

Wie kann dieses Problem gelöst werden? Es wird viel darüber gesprochen, wie die Entwaffnung aussehen könnte. Themen wie dieses könnten behandelt werden und auf diese Weise könnte man zur Lösung gelangen. Unser Vorschlag ist wichtig für ihre Entwicklung. Die Kommissionen würden die Grundlage für die Lösung schaffen. Sie könnten sofort ihre Arbeit aufnehmen und ausarbeiten, was dafür geleistet werden müsste.

Wir beobachten das alles. Was wird die AKP-Regierung machen und was der türkische Staat? Wie wird ihre Haltung zu den Militäroperationen aussehen? Wie werden sie sich gegenüber den politischen Gefangenen verhalten? Wie gegenüber den zwei Protokollen, werden die beiden Kommissionen gegründet werden? Wir beobachten das und merken es uns. Es ist sinnvoll, an dieser Stelle darauf hinzuweisen: Gegenwärtig herrscht bei Regierung und Parlament keine Lösungsmentalität. Daher begreifen wir diese Phase auch als eine, in der sich die Lösungsmentalität in Regierung und Parlament entwickeln soll.

Bei der AKP-Regierung gibt es keinen Begriff von einer Lösung. Das Problem ist nicht mit oberflächlichen und selbstsüchtig berechnenden Vorgehensweisen zu lösen. Unmöglich, ohne die Kurden ernst zu nehmen und ohne Verhandlungen mit ihnen aufzunehmen. Wir verweisen immer wieder darauf, dass das, was die AKP sich als Lösung vorstellt, nichts damit zu tun hat, sondern vielmehr auf die Liquidierung des Willens des kurdischen Volkes und der Freiheitsbewegung abzielt. Wird man davon Abstand nehmen oder nicht? Das ist eine wichtige Frage.

In Ihrer Erklärung sagen Sie, die AKP-Regierung sei nicht aufrichtig und ihr Ziel die Liquidierung. Wie sieht vor diesem Hintergrund die Lösungsformel der AKP aus?

Müssen die AKP-Regierung und der türkische Staat das Ziel verfolgen, die kurdische Freiheitsbewegung und den freien Willen des kurdischen Volkes zu liquidieren? Nein, müssen sie nicht. Wenn in der täglichen politischen Praxis Liquidierungsbestrebungen zu erkennen sind, dann lässt es sich nicht an die Lösung glauben. So sieht es im Moment aus. Es sollte allen klar sein, dass gegenwärtig keine Lösungsatmosphäre herrscht. Regierung und Staat haben von unserem Vorsitzenden eine Waffenruhe gefordert, um ihre eigene Lösungsformel entwickeln zu können. Wie sieht diese aus? Bedingte Schritte im Rahmen individueller Rechte und dies als Lösung hinstellen, und auf der anderen Seite die Freiheitskraft, die eine wahre Willensbildung darstellt, minimieren und liquidieren. Die AKP agiert daher zweigleisig. Während sie zum einen die Hoffnung auf eine Lösung weckt und eine entsprechende Atmosphäre erzeugt, arbeitet sie wie wild für die Liquidierung. Alle diese wichtigen Fragen werden sich in den bevorstehenden sechs, sieben Monaten klären. Diese Zeitspanne ist meiner Meinung nach für die Türkei lebenswichtig, sie ist eine strategische.

Was ist zu erwarten, wenn die von Ihnen eingeleitete Phase der Waffenruhe nicht positiv weiterentwickelt werden wird?

Diese Chance sollte nicht vergeben werden. Es wäre schade um die Türkei. Warum? Weil wir keine Bewegung und kein Volk sind, die diese negativen Entwicklungen nicht sehen und die Liquidierung zulassen werden. Auch wir haben unseren Plan A, Plan B, Plan C. Wenn Plan A nicht aufgehen sollte, nehmen wir Plan B. Wir sind eine Kraft, die auf eigenen Füßen steht und sich selbst helfen kann. Wir sind nicht auf andere angewiesen, es gibt nichts, womit wir absolut aufgeschmissen wären. Wir sind in der Lage, wenn nötig unseren Weg zu gehen. Daher ist die Phase äußerst wichtig.

Wenn die Türkei diese Zeitspanne richtig nutzt, wird es eine Gelegenheit, all ihre Probleme, allen voran die kurdische Frage, ernsthaft und tiefgründig zu lösen. Wenn sie nochmals selbstsüchtig handelt, das Problem oberflächlich angeht und die Liquidierungsversuche ununterbrochen anhalten, wird es eine neue Phase, die auch die Teilung der Türkei beinhalten könnte. Das wäre ein großer Fehler. Denn die kurdische Freiheitsbewegung ist heute in der Lage, mit ihrer Dynamik jede Form von Widerstand zu entwickeln. Dies sollte nicht als Drohung verstanden werden. Wir wollen eine friedliche Lösung, aber auch diese Option ist eine Realität. Ohne sie zu erwähnen, wäre ein objektives Bild der Situation nicht möglich.

Die PKK ist heute in der Region eine wichtige Akteurin. Eine Freiheitsbewegung, in den Herzen des kurdischen Volkes verankert und mit großem Organisierungspotential. Sie hat ein gesellschaftliches Niveau erreicht. Sie ist eine Bewegung mit einer ideologischen und philosophischen Sichtweise, die auf der Grundlage der Geschwisterlichkeit der Völker und innerhalb der bestehenden Grenzen die Lösung der kurdischen Frage vorsieht. Wenn sich das nicht realisieren lässt, gibt es auch andere Alternativen. Die sind auch gegenwärtig existent. Diesen Umstand benennen wir ganz klar. Das sollte richtig bewertet werden. Vor diesem Hintergrund sollte der türkische Staat mit all seinen Organen wissen, dass wir eine strategische Phase durchleben. Die Bedingungen für eine gesellschaftliche Übereinkunft in der Türkei sowie für einen Fortschritt auf der Grundlage der Stärkung sind vorhanden. Sollten die Wege und Methoden nicht entsprechend ausgewählt werden, sollte noch immer an dem Irrtum festgehalten werden, das kurdische Volk durch Repression und Vernichtung unterdrücken zu können, dann hätte das negative Auswirkungen.

Herr Öcalan erklärte auf Imralı seinen Anwälten gegenüber, dass ernsthafte Gespräche mit dem Staat geführt werden. Haben Sie Kenntnis über den Inhalt dieser Gespräche?

Ja, wir wissen um den Inhalt der Gespräche zwischen dem Staat und unserem Vorsitzenden. Es gibt einen fünfseitigen Brief von ihm an uns, sehr inhaltsreich und mit Auskunft über den Rahmen dieser Phase. Daher sind wir informiert. Aber zu welchen Themen und wie die Gespräche geführt werden, das kann nicht ich, sondern müssen die Gesprächspartner öffentlich machen, wenn sie wollen. Der Staat wird sich wahrscheinlich nicht dazu äußern, aber wenn unser Vorsitzender es möchte, kann er entsprechende Erklärungen abgeben. So hat er ja schon bereits in den Konsultationen mit seinen Anwälten gewisse Auskünfte über den Inhalt der Gespräche gegeben. Daher wäre es nicht angebracht, wenn ich darüber etwas sagte. Uns sind die Themen bekannt, auch welche Ebene diese Diskussionen erreicht haben. Wie gesagt, ich halte es nicht für notwendig, dazu Details zu verraten. Der Staat hat sich bislang nicht sehr an den im Dialog festgelegten Rahmen gehalten.

Wir werden sehen, inwieweit er es in Zukunft tun wird oder nicht. Ich will nur noch anführen: Es stimmt, wir haben die Waffenruhe bis zur Wahl 2011 verlängert. Aber dieser Beschluss ist nicht uneingeschränkt. Wir werden unsere Entscheidung befolgen und die organisatorische Disziplin einhalten, damit alle unsere Einheiten dem Beschluss nachkommen. Auch die AKP-Regierung muss ihre Schritte unternehmen. Wenn sie das nicht tut und ihren eigenen Weg verfolgt, den Willen unseres Volkes zu brechen versucht und an der Vernichtungsabsicht festhält, dann werden wir zu einer neuen Bewertung gezwungen sein. Die Waffenpause bis zur Wahl ist keine leichte Beute. Daher werden wir jeden zweiten, dritten Monat eine Lagebewertung vornehmen und im März dann eine gründliche.

Worin unterscheidet sich die jüngste Waffenpause von den vorherigen und wie wird sich diese Phase vermutlich entwickeln?

Die 8. Waffenruhe unterscheidet sich sehr von den vorherigen. Einige von denen waren einseitig, einige wiederum die Folge indirekter Kontakte, Briefe und Informationen. Die jüngste Phase ist infolge direkter Kontakte und des Dialogs mit unserem Vorsitzenden eingeleitet worden. Das ist wichtig und bezeichnet den Unterschied. Niemand sollte der Illusion verfallen, dass sich der Dialog mit unserem Vorsitzenden weiterentwickelt und das Verhandlungsstadium erreicht hat. Noch hat sich keine Lösungsmentalität auf der Gegenseite entwickelt. Es ist wichtig herauszufinden, ob dieser Dialog wirklich mit der Absicht zur Lösung geführt wird oder ob sie dabei eigentlich ihren bisherigen Lösungsansatz aufzwingen wollen. Daher sollten alle Interessierten wissen, dass bislang kein konkretisiertes Lösungsprojekt besteht. Auch Parteien haben keine Übereinkunft über die Grundzüge einer Lösung getroffen. Die bisherigen Gespräche können als Meinungsaustausch definiert werden. Aber der türkische Staat hat nicht einmal die befolgt. Es bleibt abzuwarten, wie sie sich in Zukunft verhalten werden.

Aber es besteht auch eine große Chance für die Lösung, oder?

Es ist zweifelsohne wichtig, dass der Dialog mit unserem Vorsitzenden aufgenommen wurde. Das bedeutet aber nicht, dass er zwangsläufig zur Lösung führen wird. In dem Brief unseres Vorsitzenden an uns gibt es keine klare Betonung bezüglich der Lösung. Eine achtsame Annäherung lässt sich feststellen. Die Phase entwickelt sich eigentlich so: Entweder wir werden eine strategische Lösung entwickeln oder wir werden einen strategischen Krieg führen. Das hängt allein von der Haltung des türkischen Staates und der AKP-Regierung ab. Wenn sich eine Phase der Übereinkunft herausbilden wird, so wird es im Rahmen einer strategischen Lösung und gesellschaftlichen Übereinkunft passieren. Wenn dem nicht so sein sollte, wenn die türkischen Verantwortlichen sich dieser Phase mit dem Ziel unserer Schwächung taktisch annähern sollten, dann wäre offensichtlich, dass die Phase sich in eine strategische Auseinandersetzung umkehrt. Jeder sollte sich dessen bewusst sein.

Vertreter des Staates äußerten, dass auch mit Ihnen direkte Kontakte bestünden. Gibt es diese Kontakte?

Der einzige Gesprächspartner bei der Lösung der kurdischen Frage ist unser Vorsitzender Öcalan. Er ist der umfassende und obligatorische Gesprächspartner. Es stimmt, wir hatten vorher erklärt, dass die Führung der Bewegung da sei, wenn der Vorsitzende nicht als Gesprächspartner anerkannt werden sollte, und falls die Führung der Bewegung nicht akzeptiert werden sollte, die BDP in Frage käme. Wenn aber heute der direkte Dialog mit dem Vorsitzenden besteht, so ist er für uns alle bindend. Und es ist daher unwichtig, ob mit uns Kontakt aufgebaut wird oder nicht. Es kann auch nicht notwendig sein. Wenn doch, dann zur Stärkung des Dialogs mit unserem Vorsitzenden und zur Vorbereitung der Grundlagen. Ein eigenständiger Dialog kommt daher nicht in Frage. Im Rahmen des Protokolls zu den verfassungsrechtlichen und demokratischen Rechten könnte die BDP einen wichtigen Beitrag leisten und als Gesprächspartnerin in Zusammenhang mit dem Vorsitzenden einbezogen werden.

Einschätzungen wie die einiger Schriftsteller und Journalisten, dass es nicht nur einen, sondern mehrere Gesprächspartner und innerhalb der PKK auch unterschiedliche Gruppen gäbe, entsprechen nicht der Realität. Die kurdische Freiheitsbewegung hat eine einheitliche Haltung. Alle Flügel der kurdischen Freiheitsbewegung, seien es der legale, rechtliche, illegale, militärisch-politische, betrachten den Vorsitzenden als die entscheidende Führungspersönlichkeit. Daher können die anderen Akteure im Rahmen des Dialogs und der Verhandlungen mit unserem Vorsitzenden im Einklang ihren Beitrag in der aktuellen Phase leisten. ♦

In Kurdistan und der Türkei hat der Parlamentswahlkampf begonnen

Demirtaş: Ein starker Block gegen die AKP ist nötig!

Delil Firat, ANF, 20. November 2010

Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), nahm am 17. und 18. November 2010 an der 7. Internationalen Konferenz zum Thema „Die EU, die Türkei und die Kurden" im Europaparlament in Brüssel teil. In diesem Zusammenhang stand er auch der Nachrichtenagentur Firat (ANF) für ein Interview zur Verfügung.

Demirtaş unterstrich dabei, dass in der Türkei allein die kurdische Bewegung gegen die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) standhaft geblieben sei, und fügte hinzu: „Alle anderen sind der AKP ideologisch erlegen. Auch organisatorisch haben sie vor ihr kapituliert." Demirtaş betonte, dass für einen Lösungsweg ein starker demokratischer Block, einschließlich der Republikanischen Volkspartei (CHP), entstehen müsse. Nur so könne man die ideologische Ausbreitung der AKP stoppen.

Demirtaş sprach auch über die Rolle der BDP bei der Lösung der kurdischen Frage, ihre Wahlstrategie und über eine mögliche Zusammenarbeit mit der CHP und dem Projekt der „Demokratischen Autonomie".

ANF: Im Rahmen der kurdischen Frage hat sich ein Dialog entwickelt, den sogar die Regierung nicht leugnet. Auf Imralı gibt es einen Dialog zwischen Herrn Öcalan und dem Staat. Wo findet sich die BDP im Rahmen dieses Dialogs wieder?

Demirtaş: Wenn der von Ihnen erwähnte Dialog konkrete Gestalt annimmt, muss für eine neue Verfassung bzw. für juristische Schritte im Parlament die BDP wahrgenommen werden. Die BDP ist also Ansprechpartnerin, wenn es um die Verfassung und sonstige juristische Neuerungen geht. Das aber wird nicht mit den herkömmlichen Kontakten zwischen BDP und AKP bzw. Staat möglich sein. Das ist ausschließlich mit einer umfangreichen Debatte möglich. Die BDP ist auf so etwas vorbereitet, aber von Seiten der Regierung bzw. des Staates ist eine solche Absichtserklärung noch nicht gekommen.

Haben Sie von der Regierung noch gar keine Signale erhalten?

Innenminister Atalay äußerte letztens, dass die BDP die legitime Ansprechpartnerin und somit mehr als nur eine politische Partei sei. Das war eine sehr wichtige Aussage. Wir werden in Zukunft auf diesen Punkt drängen. Ob sie aber als Dialogwunsch verstanden werden darf oder nicht, wird sich in den nächsten Wochen herausstellen.

Kann man diese Erklärung als einen „Anfang" deuten?

Ja, das könnte es durchaus sein.

Man kann sagen, dass nach dem Verfassungsreferendum nun der Fokus auf die Parlamentswahl gerichtet ist. Auf der Konferenz im Europaparlament sagten Sie, dass Ihnen die Hände gebunden seien. Wie wird eine Partei sich so auf die Wahl vorbereiten können?

Uns Parteien sind die Hände seit zwanzig Jahren gebunden. Trotzdem sind wir stets stärker, größer und siegreicher aus jeder Wahl hervorgegangen. Bei der kommenden Wahl werden wir ebenfalls stärker werden, auch wenn sie uns die Hände binden oder den Mund verbieten. Um aber eine wahre Repräsentation zu gewährleisten, müssen die Wahlhürde gesenkt und unsere verhafteten FreundInnen freigelassen werden. Diese Punkte sind sehr wichtig. Aber selbst wenn dies nicht geschieht, werden wir es nicht als Ausrede benutzen und die Wahlvorbereitungen lockern.

Wir haben bereits eine Wahlkommission gegründet und gewisse Vorarbeiten erledigt. Der Wahlkampf hat für uns schon begonnen. Wir haben unsere Mängel in Form verschiedener Berichte dokumentiert und werden auf ihre Beseitigung hinarbeiten.

Was werden die zentrale Punkte Ihrer Wahlkampagne sein?



Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) vor der Presse in Ankara Foto: DIHA

Bei dieser Wahl wird die Verfassung im Mittelpunkt stehen. Es wird um eine neue, demokratische Verfassung gehen. Wir als die Partei für Frieden und Demokratie werden mit unserem Verfassungsvorschlag zum Volk gehen. Bis zum Februar wird er vorbereitet sein.

Wird dieser Vorschlag auf der „Demokratischen Autonomie" beruhen?

Es wird eine Verfassung der Türkei sein. Auch eine Demokratische Autonomie, welche die Lösung der kurdischen Frage beinhaltet, wird in dieser Verfassung formuliert sein. Nicht nur die Autonomie, all unsere Projekte im Zusammenhang mit der Türkei, soziale und wirtschaftliche Rechte, individuelle Rechte und Freiheiten, Glaubensfreiheit und das Recht auf Selbstorganisierung, vom Modell der Staatsführung bis zum Rechtssystem – bei allen Themen werden wir als BDP unsere Gedanken in diesem Vorschlag für eine neue Verfassung formulieren.

Werden Sie als „unabhängige KandidatInnen" kandidieren, wenn die Wahlhürde nicht gesenkt wird?

Momentan wäre es zu früh, diese Frage zu beantworten. Zum richtigen Zeitpunkt wird sich unsere Partei versammeln und Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit o. Ä. auswerten. Momentan aber ist noch nichts beschlossen.

Einerseits kündigt sich entweder eine Phase des Dialogs oder auch schwerer Auseinandersetzungen mit der AKP an, andererseits ist da die CHP. Kann eine Zusammenarbeit – besonders noch vor der Wahl – zwischen BDP und CHP möglich sein? Wenn ja, unter welchen Umständen?

Ob nun mit der CHP oder einer anderen politischen Partei, auf der Grundlage unserer Prinzipien sind wir für eine Zusammenarbeit sowohl für Wahlen als auch strategischer Natur stets offen gewesen. Dabei haben wir in der Vergangenheit unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Wir aber halten es für äußerst wichtig, einen starken demokratischen Block gegen die ideologische Ausbreitung der AKP zu errichten. Momentan ist die einzige Kraft, die gegen die AKP standhaft bleiben kann, die kurdische Bewegung. Das beruht auf ihrer ideologischen und organisatorischen Kraft. Alle anderen mussten gegen die AKP ihre Niederlage hinnehmen und kapitulierten vor ihr.

Wenn die kurdische Bewegung mit allen demokratischen Kräften – einschließlich CHP – im Rahmen demokratischer Prinzipien einen Block bilden kann, dann wird unserer Meinung nach die ideologisch-hegemoniale Ausbreitung der AKP gestoppt. Eine andere Alternative gibt es nicht. Wir als kurdische Bewegung bzw. als BDP haben in den kurdischen Regionen die AKP gestoppt und zum Rückzug gezwungen. Dennoch ist ein solcher Block notwendig, wenn wir dasselbe in der ganzen Türkei bewirken wollen. Mit der CHP können wir solche Themen besprechen – auf der Basis unserer Prinzipien. Wenn die CHP aufrichtig ist, können wir, die Zusammenarbeit mit eingeschlossen, alles besprechen.

Der zivile Ungehorsam, der im Rahmen der Forderung nach muttersprachlicher Bildung zur Anwendung kam, stellt für die türkische Politik eine ganz neue Herausforderung dar. Welche neuen Forderungen werden Sie im Rahmen der „Demokratischen Autonomie" in den Vordergrund stellen?

Wir sehen die Autonomie als eine Aufbauphase an. Nach unserer Ansicht würde es beispielsweise keine Hindernisse für die Bildung in eigener Sprache geben. Jeder könnte im Rahmen seiner Möglichkeiten Schulklassen gründen und in der jeweiligen Muttersprache unterrichten. Auf der einen Seite könnte man zur Schule gehen, auf der anderen Seite könnten diese muttersprachlichen Klassen ihre Arbeit aufnehmen. Dagegen darf es keinerlei Einwände geben, denn es handelt sich um ein elementares Recht.

Wenn dies unter der Führung der Bewegung für die kurdische Sprache und Erziehung (TZP) [*vgl. KR 152*] geschähe, wäre es viel bedeutungsvoller. Wenn beispielsweise der Demokratische Volkskongress (DTK) diese Arbeiten in Gang setzen würde, würden wir als BDP dies unterstützen. Außerdem werden wir uns um wirtschaftliche Investitionen, den Aufbau von Kooperativen und um Investitionen kurdischer Geschäftsleute kümmern, um das Arbeitslosigkeits- und Armutsproblem angehen zu können.

Das sind alles Bestandteile der Demokratischen Autonomie. Zusammen mit alldem steht die Organisierung von StadträtInnen, die im Rahmen des DTK arbeiten und von der BDP unterstützt werden, auf unserer Tagesordnung. Auf diese Weise wird die Demokratische Autonomie Schritt für Schritt aufgebaut. Besonders die Arbeiten bezüglich der Muttersprache sind in diesem Hinblick von großer Bedeutung. Ihre Legitimation beruht auf internationalem Recht. Wir werden als BDP daher in diesem Zusammenhang alles unterstützen und mitorganisieren. ♦

Demokratische Autonomie als antikapitalistische Perspektive

Für alle, die eine andere Welt für möglich halten

Sebahat Tuncel, BDP-Abgeordnete im türkischen Parlament, Istanbul

Wie Sie wissen, hat die kurdische Frage eine beinahe 200-jährige Geschichte im Nahen/Mittleren Osten. Die KurdInnen spielten im sogenannten „Befreiungskampf" der Türkei eine wichtige Rolle, weswegen die Verfassung von 1921 diesen Umstand entsprechend mit Vorsicht behandelte. Diese „Vorsicht" hielt jedoch nicht lange an: Mit der neuen türkischen Verfassung von 1924 wurden alle nicht-türkischen Kulturen, Identitäten, allen voran die KurdInnen, verleugnet. Durch die verfassungsmäßige Legitimation konnte die offizielle türkische Staatsdoktrin, die die Assimilation beinhaltet, widergespiegelt werden; und wenn Assimilation nicht verwirklicht werden konnte, drohte die Vernichtung. Die Praxis einer solchen Doktrin führte in der Türkei zu großen Tragödien und viel Leid. Die Massaker von Dersim, Zilan, Maraş, um nur einige zu nennen, die die ersichtliche physische Vernichtung der Aleviten bezweckten, lassen sich heute offiziell auf die aktive Initiative des Staates zurückführen und sind hinreichend bekannt geworden. Die Türkei, die im Namen der türkischen Nation die ganze Vielfältigkeit und die Identitäten verleugnete, hat schon drei Militärputsche hinter sich gebracht und anschließend eine Verfassung etabliert, die unter dem Schutz der Militärdiktatur die Freiheits-, Menschen- und Demokratierechte entwertete. Natürlich haben die KurdInnen gegen dieses diktatorische Prinzip immer wieder protestiert und Widerstand geleistet, was auf blutigste Weise bekämpft wurde.

Als aufschlussreichstes Beispiel dient hier Dersim. Nach offiziellen staatlichen Angaben gab es 28 kurdische Aufstände, die alle niedergeschlagen wurden.

Mit der PKK haben die KurdInnen sich einmal mehr gegen die Assimilationspolitik der Türkei gewandt. Weil der Staat versucht, sie stets als terroristisch abzustempeln, da sie sich für die Freiheit des kurdischen Volkes einsetzt, sich für dessen Gleichberechtigung, Demokratie, Friedensvorschläge einbringt, musste das ca. 50 000 Menschen das Leben kosten. Dieses große Trugbild [*der Terrorgefahr*] wird auf der ganzen Welt als Waffe gegen die Menschen gerichtet, die sich für Gleichberechtigung und Freiheit einsetzen. So kann auch die Türkei gern Termini, wie z. B. terroristisch, nach Belieben nutzen. Schließlich sind die USA und die EU dabei federführend. Es muss aber hinzugefügt werden, dass diese Bündnisse miterlebt haben, wie Widerstand auch zum Sieg führen kann. Das kurdische Volk wird auch entsprechend seinen berechtigten und legitimen Kampf für Demokratie und eine friedliche Lösung bestehen.

Die Gründung der türkischen Republik zog durch die häufigen Vernichtungs- und Unterdrückungspraktiken immer mehr Widerstand, immer mehr Aufstände nach sich.

Solange die Forderungen des kurdischen Volkes nicht beachtet werden, so lange wird es Widerstand geben. Die Verleugnungspolitik der Türkei sowie ihre Umsetzung durch Vernichtung und Assimilation blieben erfolglos. Daran hatte, nicht zuletzt, der 30-jährige Kampf der Bewegung großen Anteil. Heutzutage thematisieren die türkischen Medien die Gleichberechtigungs- und Freiheitsforderungen der KurdInnen viel offener und nehmen sie entsprechend ernst. Die Änderung der Verfassung durch das Referendum am 12.09.2010 beweist dies. Die Türkei hat lediglich zwei Möglichkeiten: Entweder entspricht sie den Forderungen der KurdInnen mit ihrer Verankerung in der Verfassung und geht somit einen weiteren Schritt in Richtung friedlicher Lösung ODER die Kriegssituation bleibt bestehen, was wiederum zu sich ausweitenden Gefechten und Chaos führen wird. Für eine Entscheidung bedarf es politischer Entschlossenheit. Jedoch hat die AKP bis jetzt keine Lösungsansätze wagen wollen; im Gegenteil, sie hat die Forderungen nach einer demokratischen Verfassung beiseitegewischt und dadurch die Hoffnungen auf Änderung erstickt. Die KurdInnen haben einen starken Willen. Sie nutzen die Zeit bis zu den kommenden Wahlen und nehmen den damit einhergehenden einseitigen Waffenstillstand wahr.

In den letzten 30 Jahren hat die Welt viele Veränderungen erlebt. Sie wandelte sich von einem bipolaren zu einem multipolaren System. So kam der Demokratie, aufgrund verschiedenster Kulturen, eine wachsende Bedeutung zu.

Außerdem grübeln die Staaten der Welt über eine mögliche Lösung der aktuellen Finanzkrise wie auch der Klimaveränderung. Die veränderten Verhältnisse regen einen neuen Diskurs an, der die europäischen Demokratien hinterfragt und ihre Widersprüche wie auch Probleme analysiert. Die kurdische Bewegung, die sich zum 21. Jahrhundert neu formierte, hat eine geeignete ideologische Perspektive für die Lösung der kurdischen Frage als auch zur Überwindung der kapitalistischen Modernität vorlegen können. Sie versteht den Staat als einen eklatanten Widerspruch zu Gleichberechtigung und Freiheit,

die sie zu ihren Grundprinzipien zählt. Mit Hilfe seiner Bürokratie bringt der Staat nämlich überall, wo er besteht, Unterdrückung, Herrschaft und Unterwerfung mit sich, die die jeweilige Gesellschaft niederzuringen suchen. Die neue Linie der kurdischen Bewegung beinhaltet die Erkenntnis, dass durch einen Staat keine Lösungen erzielt werden können und dass dieser durch die Gesellschaft, die das Leben dann gestalten wird, ersetzt werden muss.



Die kurdischen PolitikerInnen wie hier die BDP-Abgeordnete Sebahat Tuncel sind nicht nur im Wahlkampf unter der Bevölkerung. Sie suchen den Kontakt und die Diskussion, um das Projekt der Demokratischen Autonomie mit Leben zu füllen. Foto: DIHA

Zwar hatte die Bewegung ehemals das Ziel eines unabhängigen und vereinten kurdischen Staates, erkannte aber nach ihrer politischen Neuausrichtung den Staat, als Konstruktion der kapitalistischen Modernität, als Kern allen Übels, der alles Demokratische bekämpft und Konflikte unter den Menschen schafft. Stattdessen fordert die Bewegung eine demokratische Gesellschaft, die nach Lösungsansätzen sucht. Dieses Modell soll jedoch nicht nur für KurdInnen oder Kurdistan gelten, sondern bietet eine Perspektive für die ganze Menschheit. In diesem Sinne ist die Lösung der kurdischen Frage nicht lediglich mit der Überwindung des bewaffneten Konflikts gewährleistet. Parallel dazu muss als Antwort gegen kapitalistische Modernität und Staatsdenken eine demokratische Modernität entwickelt werden können. Zusammengefasst: Die Lösung der kurdischen Freiheitsfrage im Einheitsstaat Türkei ist nur durch die verfassungsmäßige Etablierung der Forderungen des kurdischen Volkes gewährleistet, die auch der religiösen, kulturellen Vielfältigkeit zugute kommen muss.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen zur Lösung der kurdischen Frage werden die Erfahrungen anderer Länder auf der Welt ausgetauscht, die vergleichbare Situationen hatten oder haben. Als gemeinsame Erkenntnis bleibt festzustellen, dass nur Dialog und Verhandlungen Konflikte lösen können. In einer Verhandlungsphase muss es die beidseitige Bereitschaft zur Lösung des Konflikts und die Annäherung an gemeinsame Standpunkte geben, womit also das gemeinsame Streben nach Frieden als höchste Priorität betrachtet wird.

So gewinnt das Konzept der kurdischen Forderung immer mehr an Bedeutung, was aber natürlich nicht bedeutet, dass die Konfliktlösungen anderer Länder gänzlich mit der Lösung der kurdischen Freiheitsproblematik gleichgesetzt werden können.

Die Lösung soll nicht allein die Beendigung des bewaffneten Kampfes realisieren, sondern auch gleich eine progressive, demokratische Gesellschaft befördern, die die Auffassung des Modells der „Demokratischen Autonomie“ für den gesamten Nahen/Mittleren Osten begründen kann. Denn der Grundsatz der Demokratischen Autonomie beinhaltet zudem ja Gleichberechtigung und Freiheit, was nicht nur für ein Volk, eine Religion, ein Geschlecht gilt. Das Konzept soll in der Lage sein, alle gesellschaftlichen Bereiche anzusprechen, worin sich Glaubensrichtungen, Demokratie, Ökologie sowie gleichberechtigte Geschlechterverhältnisse widerspiegeln können. Es beinhaltet außerdem die Selbstorganisierung der Dorfkomitees, Stadträte, Frauen- und Jugendräte, Bildungsinstitutionen usw., die sich auf eine direkte demokratische Basis stützen. Mit dem Aufbau von Kommunalparlamenten können Fragen des kommunalen Bildungs- und Gesundheitswesens, des Sports und der Ökonomie vor Ort geregelt werden.

Belange der Außenpolitik, der inneren Sicherheit u. Ä. sollen regional gelöst werden können. Die Sicherheit sollte, nach spanischem Beispiel, zentral UND kommunal eigene Kräfte bilden können, die auch zusammenarbeiten müssen. Fragen der äußeren Sicherheit liegen weiterhin in der Kompetenz der Zentralregierung. Natürlich sind das alles Punkte weiterer Diskussionen.

Es ist eine neue Methode politischen Handelns. Statt der zentralen Autorität soll sich die Bevölkerung auf ihrer eigenen kommunalen Ebene selbst leiten. Dafür ist die Türkei mit ihrer Politik und Verwaltung auf dem Weg in eine Reform. Auch wenn dieses Lösungskonzept der Türkei zuerst angeboten wird, so ist es für Kurdistan essentiell, um den Krieg zu überwinden. Es kann sich zu einer Beispiellösung entwickeln. Die KurdInnen haben ihre Forderungen des Öfteren an die Türkei gerichtet, die aber hat das politische Projekt stets ignoriert. In naher Zukunft wird sich die Herangehensweise des Staates an die Lösungsvorschläge dennoch konkretisieren.

Als Letztes soll betont sein, dass das Projekt der Demokratischen Autonomie nicht nur die kurdische Frage lösen wird, sondern auch eine neue, alternative Perspektive gegen die kapitalistische Modernität und das zugehörige Staatsverständnis eröffnen kann. Es wird sich zeigen, dass die Emanzipation der Geschlechter, die Zusammenführung der Vielfalt in eine demokratische Gesellschaft – in eine Konstellation von Gleichberechtigung und Freiheit – ein ökologisches und demokratisches Gesellschaftsmodell möglich machen. Das ist ebenso für andere antikapitalistische Bewegungen äußerst interessant. Die Alternative zur kapitalistischen Modernität mit ihren Widersprüchen und Konflikten ist die demokratische Modernität. Für alle, die eine andere Welt für möglich halten, wird dies relevant werden. ♦

DTK und BDP arbeiten für die Demokratische Autonomie

Selbstverwaltung und Beteiligung der Bevölkerung

Zusammenfassung aus Veröffentlichungen der Nachrichtenagenturen DIHA und ANF

Was versteht der Kongress der Demokratischen Gesellschaft (Demokratik Toplum Kongresi, DTK) unter dem „nationalistischen Staat", dem „Demokratischen Konföderalismus" und der „Demokratischen Autonomie"?

Unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen werden Diskussionen bzgl. der Umsetzung des Projekts „Demokratische Türkei und autonomes Kurdistan" geführt.

Als Ergebnis der Diskussionen soll ein Dokument zu den Gesetzen der demokratischen Kommunalverwaltungen präsentiert werden. Dessen Inhalt will der DTK anschließend im Rahmen von Volksversammlungen mit der Bevölkerung öffentlich erörtern.

Der DTK hat im Rahmen der Bemühungen zur Lösung des Konflikts seit 2007 folgende sieben Arbeitskreise gebildet: „Die kurdische Frage", „Verfassungsrechtliche Prioritäten der kurdischen Frage", „Alternative Wirtschaftsformen und Beschäftigungsverhältnisse", „Der Glaube in Mesopotamien", „Internationale Erfahrungen mit Verhandlungen und Lösungen", „Die Rolle Nusaybins in der mesopotamischen Geschichte" und „Die internationale Sprach- und Kulturbildung und die demokratischen Kommunalverwaltungen".

Der Kongress der Demokratischen Gesellschaft diskutiert mit der regionalen Bevölkerung vor Ort

Die Co-Vorsitzenden des DTK starteten anlässlich ihrer geplanten Sitzungen in der Region ihre Reise in Colemêrg (Hakkari).

Die Delegation des DTK hielt in Gever (Yüksekova), Wan (Van) und den Landkreisen von Wan die ersten der regional geplanten Versammlungen mit zivilgesellschaftlichen Vertretern, Meinungsführern, religiösen Gruppen, Gemeindevorstehern und vielen Bürgern ab. Daran nahmen Hunderte geladener Gäste teil. Die DTK-Co-Vorsitzenden und die sie begleitende Delegation wurden an den unterschiedlichen Stationen der Reise von tausenden Menschen empfangen.

Ahmet Türk sprach während dieser Empfänge zur Bevölkerung und sagte: „Wir versuchen, die seit 30 Jahren errungenen Werte des kurdischen Volkes zu schützen, und bemühen uns, das vergossene Blut in Frieden umzuwandeln. Auf der anderen Seite versucht der Staat, dieses Volk durch Militäroperationen und Folter zu unterdrücken. Wir beharren jedoch darauf, dass dieses Problem durch Dialog gelöst werden sollte. In dieser Phase hat Herr Öcalan eine Situation herbeigeführt, in der die Waffen schweigen und das Blutvergießen aufhören könnte. Diese Gelegenheit wird dem Staat vom kurdischen Volk geboten, und sie darf nicht vergeben werden. Wir fordern die Freiheit der Völker und propagieren nicht die Separation. Wir streben danach, den freien Menschen und das freie Individuum zu schaffen."

Türk betonte weiter, die künftigen Schritte gemeinsam mit der Bevölkerung zu gehen: „Wir wollen in der zukünftigen Phase den Frieden schaffen, und um die Demokratische Autonomie aufzubauen, wollen wir die Meinungen und Ideen aller, unabhängig von ihrer Überzeugung, einholen. Unsere Bemühungen, die darauf abzielen, unserem Volk die Möglichkeiten zur Selbstverwaltung und zur Regierungsteilhabe zu geben, gehen weiter. Ein Beispiel dafür ist die Erklärung von Amed (Diyarbakır), welche auch international für Aufmerksamkeit gesorgt hat und von 641 Personen und Vereinigungen unterzeichnet wurde."

Die Ergebnisse der regionalen Arbeit des Kongresses der Demokratischen Gesellschaft

Die Organisationskommission des DTK hat die Beschlüsse der Konferenz vom 2. und 3. Dezember 2010 in Amed (Diyarbakır) veröffentlicht und betont, dass die Stadträte, welche eine wichtige Säule der Demokratischen Autonomie darstellen würden, gestärkt und da, wo sie nicht vorhanden seien, aufgebaut werden müssten. Auch die Organisationskommission selbst müsse unter Berücksichtigung der autonomen Prinzipien neu strukturiert werden. Nach dem Beschluss zum Aufbau der Demokratischen Autonomie haben die DTK-Kommissionen ihre Arbeit vertieft und sind bis in die kommunale Basis gegangen.

Man will bis Januar 2011 alle existierenden Stadträte überprüfen, bei Bedarf stärken und neue aufbauen. Zu diesem Zweck wird man unter Beachtung der regionalen Besonderheiten eine konkrete Planung verabschieden.

Die DTK-Organisationskommission hat Folgendes im Zusammenhang mit dem Aufbau der Demokratischen Autonomie beschlossen:

„Es wird festgestellt, dass primär Regelungen und Arbeitsschritte für die Rechte der Demokratischen Autonomie, der Sicherheit der Bevölkerung und der anderen Bereiche definiert werden müssen. In diesem Sinne muss unser Volk, das durch kulturellen und physischen Genozid bedroht sowie der staat-

lich organisierten Prostitution, dem Drogenhandel und gesellschaftlicher Ausbeutung ausgesetzt ist, seine eigene Sicherheits- und Organisationsstruktur hervorbringen.“

Die DTK-Organisationskommission erklärt, dass sie sich selbst unter Beachtung der Grundlagen und Bedürfnisse der Demokratischen Autonomie neu strukturieren werde. Zu diesem Zweck werde man Volksversammlungen und Bildungsarbeit organisieren:

„Die DTK-Organisationskommission erkennt an, dass, obwohl das kurdische Volk der jetzigen Phase mit einem Geist der Freiheit begegnet, sie selbst Defizite beim Aufbau der Organe und Strukturen aufweist, während sie eine Vorreiterrolle hätte erfüllen müssen. Daher konnte gegen den genozidartigen Angriff auf militärischer, politischer und kultureller Ebene die Demokratische Autonomie nicht ausreichend umgesetzt werden, so dass sich auch ein demokratischer Volkswiderstand nicht ausreichend entwickeln konnte.“

Dies könnte ein Rahmenpapier zur Demokratischen Autonomie sein

Was bedeutet das Projekt der Demokratischen Autonomie?

Das Projekt der Demokratischen Autonomie, welches durch die Studien der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan auf die Agenda gekommen ist, gewinnt immer mehr an Bedeutung. Öcalan nannte das Konzept der Demokratischen Autonomie das Lösungsprojekt des kurdischen Volkes und beschrieb es folgendermaßen:

Wenn die demokratische Nation der Geist ist, dann ist die Demokratische Autonomie der Körper. Die Demokratische Autonomie ist die konkretisierte Form und Struktur der demokratischen Nation, als wenn sich das Fleisch um die Knochen gelegt hat.

Die Demokratische Autonomie hat verschiedene Ebenen bzw. Dimensionen:



„Wir wollen in der zukünftigen Phase den Frieden schaffen, und um die Demokratische Autonomie aufzubauen, wollen wir die Meinungen und Ideen aller, unabhängig von ihrer Überzeugung, einholen. Unsere Bemühungen, die darauf abzielen, unserem Volk die Möglichkeiten zur Selbstverwaltung und zur Regierungsteilhabe zu geben, gehen weiter.“ Ahmet Türk, Co-Vorsitzender des DTK Foto: DIHA

Die politische Dimension: Auf dieser Ebene gibt es ein Parlament oder einen Volkskongress, und dieser hat eine Exekutive.

Die rechtliche Dimension: Hier wird dem rechtlichen Status des Projekts der Demokratischen Autonomie Ausdruck verliehen. (Die Katalanen definieren dies als Status). Es ist sehr wichtig, wie der rechtliche Status der Kurden geregelt wird und in die Verfassung und die Gesetze Eingang findet. Mit Gesetzen und Normen können der Rahmen und der Inhalt der Demokratischen Autonomie bestimmt werden.

Die wirtschaftliche Dimension: Hier muss erörtert werden, wie die Wirtschaftsordnung auszusehen hat, und eine Politik zu Staudämmen sowie über- und unterirdischen Ressourcen bestimmt werden. Eine kapitalistische Wirtschaftsordnung ist hier ausgeschlossen. Vielleicht können wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht ganz beseitigen, jedoch ist es möglich, diese durch Einschränkungen so anzupassen, dass wir unser eigenes Wirtschaftssystem aufbauen können. Alle diese Punkte sind zu diskutieren.

Die kulturelle Dimension: Die kulturelle Dimension umfasst Sprache, muttersprachlichen Unterricht, die Geschichte und die Kunst. Wie ist das Verhältnis des Kurdischen zum Türkischen zu gestalten, wie hat der muttersprachliche Unterricht zu laufen, wie hat die Sprachenpolitik der demokratischen Nation auszusehen? All dies muss diskutiert und eine neue Bildungspolitik gestaltet werden.

Es muss auch ausführlich darüber diskutiert werden, wie die Kurden den kulturellen Genozid überwinden können, um so darüber ein Bewusstsein zu schaffen.

Die Dimension der elementaren Selbstverteidigung: Wir könnten dies auch die Sicherheitsdimension nennen, im Zuge derer wir den Genozid thematisieren und uns fragen, wie die Kurden diesem entgehen könnten. Der Genozidbegriff in diesem Kontext umfasst alle Definitionen des Genozids. Er betrifft nicht lediglich den physischen, sondern auch alle anderen Formen des Genozids, wie z. B. den kulturellen. Kurz, die kurdische Gesellschaft schafft und erlangt hier die Fähigkeit zur elementaren Selbstverteidigung. Damit ist gemeint, dass die Bevölkerung für die eigene Sicherheit sorgt und nicht zu einer bewaffneten Struktur wie die PKK und die KCK übergeht. Das bedeutet, dass die demokratische Gesellschaft sich auf allen Ebenen organisiert, in Institutionen vereinigt und so ihr eigenes Sicherheitssystem entwickelt. Da die Bevölkerung zu einem anderen Schluss kommen könnte, muss sie dies ausdiskutieren und zum Beispiel klären, ob sie im Militär vertreten sein will oder nicht. Oder wie sie dem Dorfschützersystem und der Betätigung der Dorfschützer ein Ende setzen kann.

Diese Sicherheitsdimension ist für die Bevölkerung genau so wichtig wie Wasser und Brot, und ohne diese kann man nicht leben.

Die diplomatische Dimension: Hier wird die Beziehung des kurdischen Volkes zu anderen Völkern und Gesellschaften thematisiert. Mit den Nachbarstaaten und den Kurden in anderen Staaten wird es Beziehungen geben. Und wie wir mit anderen Gesellschaften in Beziehung treten und zusammen leben wollen, das gilt es in dieser diplomatischen Dimension zu klären.

Das Projekt der Demokratischen Autonomie der BDP

Auch die Partei für Frieden und Demokratie BDP hat, wie die zuvor verbotene Partei für eine demokratische Gesellschaft DTP, das Projekt der Demokratischen Autonomie zu ihrer Hauptforderung erklärt und es in neun Punkte untergliedert.

Darunter fallen Lösungskonzepte wie die grundlegende Reform im politischen Bereich und im Verwaltungssystem, die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, autonome Verwaltung und Regionalparlamente. Dies sind die Kernthemen des Projekts der Demokratischen Autonomie.

Der Rahmen der von der BDP vertretenen Auffassung von der Demokratischen Autonomie wird wie folgt beschrieben:

1. Die Türkei muss eine grundlegende Reform im politischen und administrativen System durchführen, um dieses zu demokratisieren.
2. Allein durch einen Systemwandel kann den Problemen nicht begegnet werden, daher muss zu deren Überwindung das Augenmerk auf die Kompetenz der Gesellschaft gelegt werden.
3. Die Verfahren und Methoden, welche zur Lösung der Probleme eingesetzt werden, müssen der Philosophie der Stärkung der Basis, der Beteiligung der Bevölkerung und deren Befähigung zu Entscheidungen entsprechen.
4. Um die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen zu gewährleisten, plädiert sie im Kern für Räte bis hin zur kommunalen Ebene.
5. In der regionalen und kommunalen Struktur muss die kulturelle Vielfalt ihren Ausdruck finden und gegen Kriterien wie „Ethnie“ und „Land und Boden“ verteidigt werden.
6. Während für die gesamte Nation der Türkei die Fahne und die offizielle Sprache gelten, haben die regionalen und kommunalen Strukturen auch für sich die Möglichkeit, mit ihren eigenen Farben und Symbolen ihre demokratische Grundverwaltung aufzubauen.
7. Die Verwaltung der Demokratischen Autonomie organisiert sich in einem Regionalparlament, wobei deren Mitglieder als regionale Abgeordnete zu sehen sind. Das Parlament wählt den Parlamentspräsidenten und die verantwortlichen Exekutiv-Komitees für die einzelnen Bereiche. Der Präsident und die Mitglieder der Komitees sind für die Umsetzung der Parlamentsbeschlüsse zuständig.
8. Jede Region ist mit ihrem eigenen Namen oder nach dem größten Bezirk in ihrem Verwaltungsbereich zu benennen.
9. Im Modell der Demokratischen Autonomie sind die Bezirksgouverneure damit beauftragt, die Beschlüsse der Zentralregierung und der Regionalverwaltung umzusetzen. Auch die Provinzialvertretungen der Ministerien unterliegen dieser Verpflichtung. Strukturen wie Bezirksparlamente, Kommunen und Gemeindevorsteher werden fortbestehen. ♦

Zwei Frauen aus der Friedensgruppe blicken auf die Ereignisse um den 20. Oktober 2009 zurück

Ein langer Weg – und doch so nah?!

Şervîn Nûdem, 4. Dezember 2010

„Vielleicht haben wir bislang weder die Revolution gewonnen noch den Frieden erreicht. Aber wir erlebten, wie sich der Tag der Revolution anfühlen wird. Das hat uns das kurdische Volk spüren lassen." Mit diesen Worten beschreiben Hamiyet Dinçer und Gülbahar Çiçekçi ein Jahr, nachdem sie die Grenze von Habur nach Silopi überquert hatten, rückblickend die Ereignisse und Gefühle, die sie in den Tagen um den 20. Oktober 2009 erlebten. Sie hatten sich auf eigenen Wunsch hin an der Friedensgruppe beteiligt, die sich von der Guerilla aus den Bergen Kandils auf den Weg machte, um zur Überwindung der politische Sackgasse in der Türkei und einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage beizutragen.

Hamiyet Dinçer erläutert den damaligen politischen Kontext wie folgt: „Im vergangenen Jahr sah die politische Situation so aus, als seien neue Möglichkeiten entstanden. Die AKP-Regierung hatte unter dem Namen 'Demokratische Öffnung' verkündet, sie werde die kurdische Frage lösen. Es sah nach einer neuen Initiative aus, wobei sie behaupteten, wir könnten in der Türkei politisch arbeiten. Unsere Führung wollte den Puls der Zeit nutzen und die AKP-Regierung auf die Probe stellen, um herauszufinden, wie ehrlich sie an der Lösung der kurdischen Frage interessiert war." Um die Dialog- und Friedensbereitschaft von kurdischer Seite aus zu manifestieren, rief Abdullah Öcalan dazu auf, drei Friedensgruppen zusammenzustellen, die die gesamte kurdische Gesellschaft repräsentieren sollten. Aus Maxmur kamen Menschen, die aufgrund des Krieges und der Dorfzerstörungen durch den türkischen Staat ihre Heimat hatten verlassen müssen. In der Gruppe aus Kandil gab es Menschen, die gegen die staatliche Unterdrückung und Völkermordpolitik Widerstand leisten wollten und in die Berge gegangen waren. Eine dritte Gruppe, die sich auf ihre Rückkehr vorbereitete, bestand aus in Europa im Exil lebenden KurdInnen. Die Gruppen bestanden zu gleichen Anteilen aus Männern und Frauen, wobei alle Altersgruppen vom Säugling über Kinder, Jugendliche und Erwachsene bis hin zu alten Menschen vertreten waren.

Die Gründe für diese Gruppenzusammensetzung erörtert Gülbahar Çiçekçi folgendermaßen: „Diese drei Gruppen zeigten auf, dass die kurdische Frage eine sehr weite Dimension besitzt. Zugleich hat jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer der Friedensgruppe – darunter auch Kinder – eine individuelle Geschichte und individuelle Probleme, die wiederum auch repräsentativ für die Geschichte und die Probleme der kurdischen Gesellschaft sind. Zum Beispiel war unter uns ein Kind im Alter von 6 Monaten. Dieses Baby hat das Problem, dass es nicht in seiner Muttersprache eine Schulbildung empfangen und sein Leben gestalten können wird. Seine Mutter war vor der Flucht nach Maxmur durch Dorfschützer mit dem Tode bedroht worden. Alle diese Menschen hatten den Wunsch, dass die kurdische Frage auf friedliche und demokratische Weise gelöst wird. Andere unter uns waren in Europa zur Schule gegangen und hatten dort studiert. Unsere persönlichen Lebensgeschichten stellen jeweils einen Teil der kurdischen Frage dar. Deswegen haben wir auch in der Türkei immer wieder gesagt: 'Wenn es Euch gelingt, die Probleme unserer 34-köpfigen Gruppe zu lösen, dann ist die kurdische Frage an sich schon gelöst!'"

Die Friedensgruppen aus Kandil und Maxmur wurden von der Bevölkerung aus Südkurdistan mit großen Erwartungen und einer unbeschreiblichen Aufregung bis zum Grenzübergang nach Habur begleitet. Gegenüber auf der anderen Seite der Grenze hatte sich bereits die Bevölkerung aus Silopi versammelt. Lieder und Freiheitsparolen überwanden trotz Grenzschutzanlagen und Militäraufgeboten die Grenze und vereinten sich.

Obwohl bei der Einreise in die Türkei das Risiko einer Festnahme nicht ganz auszuschließen gewesen war, beschlossen die Friedensgruppen einstimmig: „Nachdem sich so viele Menschen hier angesammelt und gemeinsam ihren Willen auf eine so starke Weise hier manifestiert haben, werden wir weitergehen, selbst wenn wir dafür 40 Jahre Gefängnis oder sogar den Tod in Kauf nehmen müssen. Wir lassen uns nicht aufhalten, wir gehen weiter!"

Beim Grenzübertritt wurden alle einzeln durch die Staatsanwaltschaft verhört. Als die Verhöre am Morgen abgeschlossen waren, wurden fünf Gruppenmitglieder festgenommen. „Sie wollten es so darstellen, als hätten einige von uns das Reuegesetz in Anspruch genommen", sagt Hamiyet Dinçer empört. Aber natürlich haben sie dagegen protestiert und

gesagt: „Wir haben alle die gleiche Aussage gemacht und sind alle mit dem gleichen Ziel aufgrund des Aufrufs Abdullah Öcalans gekommen.“ Zugleich wurde die Bevölkerung, die in Silopi versammelt war, immer unruhiger und fing an, die Polizei und die Grenzbeamten anzugreifen. Das Volk hatte keine Geduld mehr, denn die Menschen warteten seit 2–3 Tagen im Freien auf den Straßen. Dann wurde plötzlich ein Schnellgerichtsverfahren durchgeführt und letztendlich alle freigelassen.

„Vor Freude befanden sich die Menschen in einer Art Trancezustand. Es war wie ein kollektives Fest und Gebet der kurdischen Bevölkerung. Es war, als ob dies der Tag der Befreiung gewesen sei“, beschreibt Gülbahar Çiçekçi den Moment des Zusammentreffens mit der Bevölkerung. Dem fügt Hamiyet Dinçer hinzu: „Die Gefühle, die wir damals erlebten, waren etwas sehr Außergewöhnliches. Es war eine ganz besondere emotionale und liebevolle Atmosphäre. Ich kann sagen, es waren historische Tage. Bislang waren über den Grenzübergang bei Habur immer nur Leichname von Guerillas zurückgekehrt. Zum ersten Mal konnte das kurdische Volk seine Kinder an der Grenze lebendig wiedersehen und in Empfang nehmen. Auch für uns war das sehr außergewöhnlich. Früher, wenn wir bei der Guerilla zusammengesessen und versucht haben, uns auszumalen, wie der Tag der Befreiung sein würde, dann träumten wir davon, uns auf den Plätzen Ameds wiederzutreffen. Von vielen FreundInnen, die mittlerweile gefallen sind, hatten wir uns mit den Worten verabschiedet: ‘Eines Tages werden wir uns auf den Plätzen Ameds in Freiheit wiedersehen.’ Uns kam jetzt die Rolle zu, die Träume unserer gefallenen GenossInnen zu verwirklichen und als BotschafterInnen für den Frieden tätig zu werden. Diese Aufgabe hatten uns unsere FreundInnen in den Bergen übertragen.“



Gülbahar Çiçekçi schloss sich im Jahr 2000 von Istanbul aus der kurdischen Befreiungsbewegung an. Ursprünglich kommt sie aus Cewlig (Bingöl) und war in der Pressearbeit aktiv. Sie ist eine der drei SprecherInnen der Friedensgruppe aus Kandil.

Hamiyet Dinçer schloss sich im Jahr 1992 als erste Frau aus Elbak (Başkale) der Guerilla an. Sie war verheiratet und Mutter, als sie gemeinsam mit ihrem Ehemann in die Berge ging. In verschiedenen Teilen Kurdistans war sie in den Arbeiten der Frauenbewegung aktiv, bevor sie sich der Friedensgruppe aus Kandil anschloss.

Für den Weg von Silopi nach Amed, der normalerweise 4 bis 5 Stunden dauert, brauchte der Bus der Friedensgruppe 3 Tage. Denn Tausende von Menschen waren zur Begrüßung auf den Straßen. Gülbahar Çiçekçi schildert die Atmosphäre: „Die Welle der Kraft und Einheit der kurdischen Bevölkerung verlief über die Grenzen hinweg und dann weiter von Silopi bis Amed. Das hat den Staat und insbesondere die nationalistischen Parteien in Panik versetzt.“ Zuvor hatte Erdoğan noch gesagt: „Wer freut sich nicht, wenn er die Bilder aus Habur sieht?“ Doch als der damalige CHP-Vorsitzende Baykal darauf die Regierung angriff und meinte: „Die sind nicht gekommen, um sich zu ergeben, sondern um uns zum Ergeben zu zwingen!“, da machte die Regierung schnell einen Rückzieher.

Aber die Wirklichkeit ist: Wir sind weder gekommen, um uns zu ergeben, noch um irgendwen zum Ergeben zu zwingen!

Genau zu diesem Zeitpunkt begannen in Izmir und an anderen Orten die Lynchangriffe gegen KurdInnen. Gülbahar Çiçekçi schätzt das Ziel dieser geplanten rassistischen Pogrome so ein: „Sie wollten uns damit zu verstehen geben, dass die Friedensgruppe aus Europa von ihrem Kommen absehen soll. Denn in den kurdischen Regionen dauerten die Freude und die Feiern weiterhin an. Wäre zu so einem Zeitpunkt mit dem Kommen der Gruppe aus Europa auch noch in Istanbul eine solche Atmosphäre geschaffen worden, dann wäre das die Krönung gewesen. Gerne hätten wir die Freude, die wir in Amed erlebt hatten, mit den Menschen in der Türkei geteilt. Jedoch wollte der Staat nicht zulassen, dass nach dieser Manifestation des Freiheitswunsches in Kurdistan jetzt auch noch die Serhildans im Westen der Türkei weitergehen könnten. Deshalb haben sie einerseits Lynchangriffe organisiert, andererseits wurde das Kommen der Gruppe aus Europa bürokratisch verhindert. Während wir ohne Pässe einreisen konnten, wurden die Einreisegesuche der Friedensgruppe aus Europa aufgrund unzulänglicher Ausweisdokumente zurückgewiesen. Zunächst schuf der Staat bürokratische Hürden, dann kamen auch noch Drohungen hinzu. Damit hatte sich das Kommen einer Friedensgruppe aus Europa erübrigt.“

Der türkische Staat vermittelte den Eindruck, als könne er es nicht ertragen, dass sich eine langjährige Hoffnung und Sehnsucht des kurdischen Volkes erfüllen könnte, das einstimmig „Frieden, Geschwisterlichkeit und Lösung der kurdischen Frage!“ forderte. Das war für den türkischen Staat unerträglich. Seine Reaktion darauf lautete: „Wir werden alles noch

mal auslöschen und von vorne beginnen!“ Und danach ging es dann wieder von vorne los.

Trotz Repressionen, Gerichtsverfahren, Verhaftungswellen und Militäroperationen einschließlich erneuter Dorfzerstörungen bemühten sich die Mitglieder der Friedensgruppen 8 Monate lang in der Türkei an jedem Ort, Plattformen des Dialogs für den Frieden aufzubauen und zu stärken. Nach Meinung von Gülbahar Çiçekçi, die im dreiköpfigen SprecherInnenrat der Friedensgruppe die Frauen repräsentierte, war die Initiativkraft der Frauen in den Friedensgruppen in vielen Situationen entscheidend: „Beide Gruppen bestanden jeweils zur Hälfte aus Frauen und Männern. Jedoch haben die Frauen insgesamt eine bestimmende, führende Rolle gespielt. Denn viele von uns hatten zuvor in der Gesellschaftsorganisierung gearbeitet und kannten die Bevölkerung gut. Die männlichen Genossen taten sich damit schwerer. Sie waren meistens stiller und wussten nicht, wie sie reagieren sollten. Als Frauen waren wir aktiv, beteiligten uns an den Diskussionen, Versammlungen und Kundgebungen. Wir besaßen unter der Bevölkerung eine größere Wirkungskraft und uns wurde großer Respekt entgegengebracht. Die Menschen begegneten uns ganz offen, ohne irgendwelche Zweifel oder Zurückhaltung.“

Am 20. Oktober 2009 wurde die Friedengruppe von tausenden Menschen an der Grenze zur Türkei empfangen. „Es war, als ob dies der Tag der Befreiung gewesen sei“, so Gülbahar Çiçekçi. Foto: DIHA

Neben ihrer aktiven Mitarbeit in den Gremien des Friedensrates in der Türkei nahmen die Frauen aus der Friedensgruppe auch an der ersten nationalen kurdischen Frauenkonferenz in Amed teil und waren als offizielle Vertreterinnen der PKK zu einer Konferenz mit dem Thema „Friedensprozesse“ eingeladen. Dort hatten sie die Möglichkeit, mit VertreterInnen anderer revolutionären Bewegungen wie z. B. aus dem Baskenland, Südafrika und anderen Teilen der Welt ihre Erfahrungen auszutauschen. Das politische und gesellschaftliche Engagement ihrer Friedensarbeit war eng miteinander verknüpft. Gülbahar Çiçekçi berichtet: „Wenn es Probleme zwischen verschiedenen Stämmen oder familiäre Probleme gab, dann sind wir Frauen dorthin gegangen und haben eine Führungsrolle bei der Lösung dieser gesellschaftlichen Probleme gespielt. Einige Entwicklungen, die heute stattfinden, gehen auf das Engagement der Frauen aus der Friedensgruppe zurück. So sind die Mütter im Alter von 65 oder 70 Jahren aus der Maxmur-Gruppe von Haus zu Haus zu den Familien gegangen und haben mit den Frauen gesprochen. An Orten wie Silopi oder Şirnex, an denen früher Frauen kaum Rederecht hatten, haben diese Mütter die Bevölkerung organisiert. Sie haben die Frauen eigenständig versammelt und mit ihnen Versammlungen durchgeführt. Das hat eine große Begeisterung ausgelöst. Zum Beispiel war eine der Mütter in der Gegend von Silopi unterwegs. Sie ist in ihr Dorf gegangen, in dem es Dorfschützer gab. Dort ist sie zu einem Haus von Dorfschützern gegangen, die zugleich ihre Verwandten waren. Sie hat ihnen gesagt: ‚Wenn Ihr wollt, dass ich Euer Haus betrete, dann müsst Ihr zuerst die Waffen niederlegen!‘ Heute sehen wir, dass langjährige Dorfschützer dort in den Regionen Silopi und Gever ihre Waffen niederlegen. Das ist ein Ergebnis der Arbeit der Frauen aus der Friedensgruppe. Sie haben genau das geschafft, wovor sich der Staat am meisten fürchtet: Sie haben die Spaltung der Gesellschaft überwunden.“

Dazu Hamiyet Dinçer: „Je mehr du in der Türkei von Frieden sprichst, desto mehr machst du dich schuldig und strafbar. An jedem Ort, an dem wir vom Frieden gesprochen haben, leiteten sie danach ein neues Strafverfahren gegen uns ein. Sie zogen einzelne Wörter aus unseren Reden heraus und benutzten diese als Vorwände für Anklagen. Aber wir sind nicht schuldig! Wenn der Staat von Demokratie redet, dann muss auch ich das Recht haben, mich auszudrücken. Aber leider haben wir gesehen, dass das in der Türkei nicht möglich ist. Unser Kommen hatte Abdullah Öcalan als einen Test für die Türkei bezeichnet. Aber leider hat die Türkei diesen Test nicht bestanden.“

Wie schwer sich die Friedensarbeit in der Türkei gestaltet, wird allein daran deutlich, dass gegen alle 30 volljährigen Mit-

glieder der Friedensgruppe ein Strafverfahren eröffnet wurde, in dem die Staatsanwaltschaft Gefängnisstrafen von insgesamt 490 Jahren fordert.

Neben diesen Anklagen wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer illegalen Organisation wurden gegen jedes Mitglied der Friedensgruppen noch mindestens 10 bis 12 weitere Verfahren eröffnet. Weder die Anklageschriften noch die Strafverfahren haben eine rechtliche Substanz. Die Prozessakten wurden aus öffentlichen politischen Erklärungen zusammengestellt. Als belastende Beweise werden die Aussage von Murat Karayılan „Wir schicken eine Friedensgruppe" sowie die Aufforderung Abdullah Öcalans „Es sollen Friedensgruppen kommen, um die politische Stagnation zu überwinden" angeführt. Dabei hatten die Friedensgruppen schon bei ihrer Einreise erklärt, dass sie aufgrund des Aufrufs Abdullah Öcalans gekommen seien. Damals war der Artikel 221, das Reuegesetz, überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Aber bei den erneuten Gerichtsverfahren, die am 17. und 24. Juni 2010 begannen, wurde plötzlich allen Gruppenmitgliedern die Frage gestellt: „Bereust du es oder nicht?" Die Antwort lautete auch dieses Mal einstimmig: „Wir bereuen nichts! Wir sind mit einem Ziel gekommen. Wir bereuen weder unser Ziel noch unser Kommen noch unsere Teilnahme an der PKK."

Daraufhin wurden zehn Mitglieder der Friedensgruppen bei den ersten Gerichtsterminen verhaftet. Seitdem sind Elif Uludağ, Zehra Tunç, Lütfü Taş, Hüseyin Ipek, Nurettin Turgut, Caziye Kabul, Ayşe Kara, Mustafa Ayhan, Sosin Yaman, Abdullah Yaman und deren Sohn, sprich vier FreundInnen von der Guerilla und sieben Menschen aus der Bevölkerung von Maxmur, im Gefängnis von Amed (Diyarbakır) gefangen. Um ihren Kampf für einen gerechten Frieden besser fortsetzen zu können, kehrten dreizehn der noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Friedensgruppen am 19. Juli 2010 nach Südkurdistan in das Flüchtlingscamp Maxmur zurück, während der Gerichtsprozess in der Türkei gegen sie weitergeht. Am 25.11.2010 wurde gegen elf von ihnen Haftbefehl erlassen.

Dazu Hamiyet Dinçer: „Wir hatten zunächst vermutet, dass sie die FreundInnen von der Guerilla verhaften, die Menschen aus Maxmur jedoch freilassen würden. Aber der Staat hat da keinen Unterschied gemacht. Selbst alte Mütter wurden verhaftet, ohne dass ihnen das Gericht auch nur eine Frage gestellt hätte. Es war so, als seien wir zur Plage für den Staat geworden. Der Staat wusste nicht mehr, wie er mit uns umgehen sollte, denn wir hatten der Öffentlichkeit gezeigt, dass seine Behauptungen, er würde die kurdische Frage lösen wollen, nicht richtig waren. Angeblich waren in der Nähe von Zaxo Lager aufgebaut worden, um die Rückkehr von 5 000 Menschen aus Maxmur vorzubereiten. Aber in Wirklichkeit war der Staat für die Rückkehr dieser Menschen gar nicht bereit. Beispielsweise gab es in unserer Gruppe drei UniversitätsabsolventInnen, die Politik, Soziologie und Jura studiert hatten. Aber ihre Diplome wurden nicht anerkannt. Bei einer offiziellen Einrichtung wurde unser Soziologe als ‚Analphabet' und ‚Dummer' beleidigt, weil er nicht Türkisch sprach. Darauf haben wir gefragt: Wie wollt ihr die kurdische Frage lösen? Allein in Maxmur gibt es 5 000 SchülerInnen, die von der Grundschule bis zur Universitätsvorbereitungsklasse in der kurdischen Sprache unterrichtet werden. Wie sollen diese SchülerInnen zur Schule gehen, wenn die Türkei das Recht auf muttersprachlichen Unterricht nicht anerkennt? Diejenigen, die in Maxmur zum Gymnasium gehen, müssten dann in der Türkei nochmal mit der Grundschule anfangen. DoktorInnen oder AnwältInnen aus Maxmur, die im Irak studiert haben, müssten dann in der Türkei als HilfsarbeiterInnen arbeiten oder wären arbeitslos. Auf diese Widersprüche haben wir hingewiesen. Da zeigte sich, dass das sogenannte ‚Paket für eine demokratische Öffnung' leer war. Bezüglich des Rechts auf Muttersprache, der Lösung gesellschaftlicher Probleme oder der Wiedergutmachung für die durch Krieg und Vertreibung erlittenen Schäden hatte der türkische Staat darin nichts vorgesehen.

In den 8 Monaten, die wir in der Türkei waren, begann eine neue Phase. Wir hatten die Morde sogenannter ‚unbekannter Täter', die in den 90er Jahren an der Tagesordnung gewesen waren, so langsam vergessen gehabt. Aber diese Morde begannen wieder von Neuem. Wir hatten Dorfverbrennungen wie in den Jahren 1992–94 vergessen. Aber in dieser Zeit wurden in der Region Êlîh (Batman) erneut zwei Dörfer verbrannt. Wir hatten die Waffen niedergelegt und waren in die Türkei gekommen, um politisch zu arbeiten. Doch diejenigen, die in den Ebenen und Städten politische Arbeit machen, werden mit Handschellen abgeführt. Der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Verhaftung unserer FreundInnen bei den Prozessen am 17. und 24. Juni 2010. Das machte es notwendig, dem Staat gegenüber eine klare Haltung einzunehmen. Der Staat ließ vorher schon jeden unserer Schritte Tag und Nacht durch die Polizei überwachen. Unsere Telefone und Wohnungen wurden abgehört. Für den Friedensprozess fanden wir es letztendlich notwendig, als Gruppe einen gemeinsamen Beschluss zu fassen, unsererseits eine klare Haltung zu zeigen und aus der Türkei auszureisen. Doch auch jetzt gehen unsere Arbeiten für den Frieden, für die Revolution weiter. Wie lange dieser Kampf auch weitergehen mag, letztendlich wird es zum Frieden kommen. Aber wir arbeiten daran, das möglichst schnell zu realisieren."

Hamiyet Dinçer und Gülbahar Çiçekçi, die nun beim UNHCR ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge beantragt haben, setzen gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Friedensgruppe von Maxmur aus ihren Einsatz für einen gerechten Frieden fort. Die Phase der Aktionslosigkeit, die seitens der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK am 1.11.2010 bis zu den Parlamentswahlen in der Türkei im Juni 2011 einseitig verlängert wurde, sehen sie als eine wichtige Chance. Ob der Weg hin zu einem beidseitigen Friedensprozess nah oder doch noch sehr lang sein wird, wird daran liegen, wie diese Chance durch den türkischen Staat aber auch durch demokratische und internationalistische Kräfte für solidarisches Engagement genutzt werden wird. ♦

Eine kurze Analyse des KCK-Verfahrens

Gemeinsames Merkmal der Angeklagten: oppositionell

Cihan Aydın, Rechtsanwalt Amed (Diyarbakır)

Dieses Verfahren begann angeblich mit einer telefonischen Anzeige bei der Polizeidirektion Diyarbakır. Am 14.02.2007, sofort nach der Anzeige, wurde die Telefonüberwachung der angezeigten Person eingeleitet. Zu einem späteren Zeitpunkt wurden alle Telefone von Personen, die Kontakt mit ihr hatten, angezapft. Auf diese Weise wurden über zwei Jahre die Telefone von Dutzenden Personen abgehört. Als ob dies nicht reichte, wurde das auf Beschluss des Leitungskomitees der Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP eröffnete Büro der Kommission für Ökologie und kommunale Verwaltung mit Kameras überwacht, ebenso wurden auch alle im Inneren stattfindenden Gespräche mitgehört. Das Büro der Kommission wurde mit einer vom Richter auf eine Woche befristeten Abhörgenehmigung 60 Wochen lang überwacht. Jede/r, die/der das Büro betrat oder herauskam, taucht in der Anklage als Beschuldigte/r auf.

Als Ergebnis dieser Operation geht die Zahl der Festgenommenen und Inhaftierten in die Tausende. Die politischen Aktivitäten von DTP und BDP (Partei für Frieden und Demokratie, Nachfolgerin der Dez. 2009 verbotenen DTP) sind sozusagen zum Ziel der Strafermittlungen geworden. Im Moment stehen weitere KCK-Prozesse in Şirnex (Şırnak), Êlîh (Batman), Mêrdîn (Mardin), Wan (Van), Adana, Mersin und Antep an. Ein Verfahren in Sêrt (Siirt) im Rahmen der KCK-Operationen steht noch aus; eine Anklage ist jedoch auch nach 10 Monaten Haft gegen die Angeklagten nicht erhoben worden.

Der Beginn der Operation

Bei der DTP-Operation (nach deren Verbot dann gegen die BDP) wurden zu Beginn am 14. April 2009 zeitgleich bei 60 Mitgliedern der DTP und deren Führung um fünf Uhr morgens Razzien durchgeführt. Danach folgten im Juni, September und schließlich am 24.12.2009 im Rahmen desselben Ermittlungsverfahrens ähnliche Operationen. Die Anzahl der Inhaftierten betrug nach diesen Einsätzen 103. Nach stundenlangen Durchsuchungen wurde eine große Menge an Computern, Speichermedien, schriftlichen Dokumenten, CDs, Büchern und ähnlichen Dingen beschlagnahmt. Das Verfahren wurde von Anfang an geheim durchgeführt, das heißt, es wurde verhindert, dass AnwältInnen und deren inhaftierte MandantInnen die Anklagepunkte gegen sie erfahren und eine entsprechende Verteidigung vorbereiten konnten. Endlich, 14 Monate nach Beginn der Operation, wurde im Juni 2010 die Anklageschrift dem Gericht übergeben. Die Akte besteht aus 366 Ordnern mit Zusatzunterlagen und einer 7480 Seiten starken Anklageschrift, welche innerhalb einer Woche angenommen worden war. Der Beginn des Prozesses wurde auf den 18. Oktober 2010 festgelegt.

Das Profil der Angeklagten

Der Großteil der Angeklagten in diesem Verfahren sind StellvertreterInnen der DTP-Vorsitzenden, AnwältInnen, Mitglieder von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften, Frauen, die sich gegen Diskriminierung stellen, GründerInnen des Kongresses der Demokratischen Gesellschaft DTK, Co-Vorsitzende von BDP/DTP, ehemalige Abgeordnete, Leitungspersonen und ihre MitarbeiterInnen, ehemalige und amtierende BürgermeisterInnen. Kurz herausgestellt, das gemeinsame Merkmal der Angeklagten ist: Sie stehen oppositionell zur Praxis des Staates und zu seiner Politik in der kurdischen Frage.

Die Anschuldigungen in der Anklageschrift und ihre Grundlage

Von den 152 Angeklagten droht 11 eine lebenslange Inhaftierung. Die übrigen sollen wegen Mitgliedschaft in und Leitung einer (verbotenen) Organisation zu Haftstrafen zwischen 5 und 20 Jahren verurteilt werden. Die Grundlagen der Anklage liefern vor allem abgehörte Telefonate und durch technische Überwachung erlangte Informationen. Es gibt keine Spur, die darauf hinweist, dass die Angeklagten in irgendeine Art gewalttätiger Aktion verwickelt gewesen wären. Außerdem finden sich in den Akten Aussagen sogenannter „geheimer ZeugInnen“ gegen sie.

Der Beginn des Prozesses und die Probleme während des Prozesses

Ganze 18 Monate nach der Operation vom 14. April 2009 begann am 18. Oktober 2010 der Prozess. Der erste Verhandlungstag wurde eröffnet mit der Feststellung der Identität und des Standes der Angeklagten. Diese wollten während der Aufnahme ihrer Personalien Kurdisch sprechen. Das Gericht wies diesen Wunsch der Angeklagten zurück und nahm stattdessen

die in den Akten vermerkten Personalien zur Kenntnis. Schließlich wurde es nicht akzeptiert, dass die Angeklagten sich im Gericht auf Kurdisch ausdrückten. Den letztlich nach 18 Monaten vor Gericht gebrachten Angeklagten wurde hier erneut verunmöglicht sich zu verteidigen.

Hintergrund des Prozesses und dessen Einfluss auf die kurdische politische Bewegung

Um den Hintergrund des Prozesses verstehen zu können, muss man sich die Ergebnisse der Wahlen von 2004 und 2009 vor Augen führen. Bei den Regionalwahlen 2004 konnte die AKP in den kurdischen Gebieten im Vergleich zu vorherigen Wahlen einen starken Anstieg ihrer Stimmenzahl verzeichnen. Die DTP errang 2004 50 BürgermeisterInnenposten, diese Zahl konnte sie bei den Regionalwahlen 2009 auf 99 erhöhen. Der Erfolg der DTP 2009 führte zu einer großen Desillusionierung bei der AKP. Diese sah den Grund ihrer Niederlage in den kurdischen PolitikerInnen und eröffnete eine Festnahmewelle gegen sie. Wieder hatte der Staat die kurdische Frage nicht richtig interpretieren können, daran hatten auch Kreise, welche die Regierung politisch falsch beraten, einen großen Anteil; das ist die gemeinsame Ansicht politischer Kreise in der Türkei. Schließlich gibt es noch einen anderen Faktor, der nicht außer Acht gelassen werden sollte. Im Kontext der Maßnahmen gegen die extralegalen Strukturen von Ergenekon und im Militär diente die DTP-Operation auch dazu, in der Öffentlichkeit eine Art von Gleichgewicht zu vermitteln. So folgte ja die Operation gegen die kurdischen PolitikerInnen direkt denen gegen Mitglieder von Ergenekon und Militär. Die Regierung versuchte auf diese Weise, nationalistische Kreise zu beschwichtigen.



Internationaler Protest gegen die KCK-Operationen bei Prozessbeginn in Amed Foto: DIHA

Der Eindruck, den der Prozess bei KurdInnen hinterlässt

Ziel dieses Prozesses sind ohne Zweifel die gewählten zivilen PolitikerInnen, die für die Interessen der kurdischen Bevölkerung eintreten. In einer Zeit, in der die Regierung die zivile Lösung der kurdischen Frage zur Sprache bringt, stellen die dem Diskurs genau entgegengesetzten, gegen den zivilen Bereich gerichteten, Operationen und Verhaftungen ohne Zweifel einen schweren Schlag gegen diese Suche nach einer zivilen Lösung dar. Gleichzeitig sorgt die Regierung damit für die berechtigte Befürchtung, dass sie bei der Suche nach einer zivilen Lösung nicht aufrichtig ist. Wenn man die letzten Jahre beurteilt, dann kommt man zu der Feststellung, dass, wenn die kurdische zivile Politik geschwächt wird, ganz natürlich und unausweichlich der bewaffnete Kampf an Kraft gewinnt. Es ist deutlich geworden, dass diese Realität von der Regierung nicht ausreichend wahrgenommen wurde. Vor diesem Hintergrund ist es nur möglich, dass die Regierung entweder kein Lösungsprojekt hat und in dieser Sache nicht aufrichtig ist oder aber das Problem nicht einsehen konnte und dadurch nicht über passende Lösungsansätze oder eine Perspektive verfügt.

Es gibt keinen Zweifel, dass die seit mehr als 30 Jahren kontinuierlich angewandte Law-and-Order-Politik in der kurdischen Frage der Hauptgrund für die Unlösbarkeit dieses Problems ist. In den letzten Jahren beobachten wir allerdings, dass die Justiz als Reservekraft an ihre Seite tritt. Durch diesen Prozess ist der seidene Faden der „gemeinsamen Bürgerschaft“ zwischen den KurdInnen und dem Staat noch dünner geworden. Die Praxis, Personen, die keine Gewalt anwenden, nicht zur Gewalt aufrufen, sofort mit aller Härte zu bestrafen, bewirkt im Bewusstsein der Bevölkerung eine Trennung vom Staat. Wenn der Staat, anstatt die Suche nach einer friedlichen Lösung zu befördern, kurdische zivile PolitikerInnen unter KCK-Anschuldigungen oder irgendetwas anderem inhaftiert und verurteilt, dann ist das keine intelligente Maßnahme. Von besonderer Bedeutung ist die Aussage eines unserer MandantInnen, Herrn Hatip Dicles, während des Prozesses: „Ich habe diese KCK-Verfassung das erste Mal in diesem Verfahren gesehen und gelesen, und sie hat mir gefallen. Dass eine Organisation [*Anm. d. Ü.: gemeint die PKK*] solche Anstrengungen unternehmen kann, sich zu ändern, sich in eine zivile Organisation zu verwandeln, das muss der Staat unterstützen.“

Unterm Strich stellt sich der Prozess, der die Repression gegen die KurdInnen auf die nationale und die internationale Tagesordnung gehievt hat, als ein Scheideweg in der kurdischen Frage dar. Wenn die Repression so weitergeht, wird der Eindruck entstehen, dass die zivilen politischen Bemühungen der KurdInnen vergebens sind. Dieser Eindruck kann zur Renaissance einer ungewollten und gefährlichen Epoche der Gewalt führen. ♦

Aktueller Ermittlungsstand zum Massaker am 16.09.10 in Peyanis/Colemêrg

„Das Massaker in Peyanis ist eine Botschaft des Staates an die kurdische Bevölkerung“[1]

Michael Knapp, Kurdistansolidaritätskomitee Berlin

Im Rahmen unserer Menschenrechtsdelegation im Oktober 2010 besuchten wir u. a. die Region Colemêrg (Hakkari), die, angrenzend an iranisches und irakisches Staatsgebiet, vom Krieg schwer gezeichnet ist. Bombardierungen und Gefechte sind in dieser Region an der Tagesordnung. Aber auch der sogenannte „tiefe Staat“, also Todesschwadronen, die sich aus JITEM[2]-Mitgliedern, Soldaten und Dorfschützern rekrutieren, zeigt hier besondere Aktivität. Das Gebiet ist aber nicht nur Schauplatz von Repression, sondern auch ein Ort, an dem die kurdische Freiheitsbewegung eine sehr starke Verankerung in der Bevölkerung zeigt. Aus diesem Grund gerät insbesondere die Zivilbevölkerung immer wieder ins Fadenkreuz staatlicher und parastaatlicher Angriffe.

So explodierte am Morgen des 16.09.2010 um 9.00 Uhr eine ferngezündete Antipanzermine aus deutscher Produktion in der Nähe des Dorfes Peyanis (Geçitli) unter einem Reisebus und riss neun DorfbewohnerInnen, unter ihnen auch Kinder, in den Tod. Für die türkischen Medien und einen Großteil der staatlichen Kreise waren die Schuldigen schnell gefunden: die kurdische Freiheitsbewegung und ihre Guerilla. [*vgl. KR 152, S. 25ff.*]

Eine Analyse und Recherche der Fakten durch MenschenrechtlerInnen[3] aus der Region wirft jedoch ein ganz anderes Licht auf die Tat.

In den türkischen Medien wurde das Dorf mit seinen etwa 900 EinwohnerInnen als ein zum türkischen Militär loyales Dorfschützerdorf dargestellt und damit das angebliche Massaker der PKK begründet. Zwei entscheidende Fakten sprechen dagegen. Einerseits ist dieses Dorf schon vor einiger Zeit zur Partei für Frieden und Demokratie (BDP) übergetreten, unterstützt die kurdische Freiheitsbewegung und kam einem von der BDP und der gesamten kurdischen Bewegung getragenen Verfassungsreferendumsboykott am 12.09.2010 zu 99 % nach. Andererseits zählt weder der verwendete Sprengsatz in Form einer Antipanzermine noch ein Massaker an der Zivilbevölkerung zu den Mitteln der kurdischen Guerilla.[4]

Weiterhin wurden am Tatort zurückgelassene Rucksäcke von Spezialeinheiten der Region gefunden, welche Sprengsätze, Kabel und Anleitungen aus Militärbesitz enthielten. Darüber hinaus liegt der Tatort auf einer übersichtlichen Ebene, die an allen möglichen Fluchtwegen von Militärstützpunkten abgesperrt ist. Dorfschützerstationen in einer Entfernung von 100 bzw. 200 m haben direkten Blick auf den Tatort. Das heißt, der Tatort befindet sich auf einer gut einsehbaren Ebene in einem extrem militarisierten Gebiet. Zur Tatzeit war Tageslicht und selbst bei Nacht wäre es den Tätern nicht möglich gewesen, ohne Hilfe des Militärs zu entkommen, da alle Ausgänge des Tals von Militärbasen besetzt sind.

Der Tatablauf stellt sich in diesem Zusammenhang wie folgt dar: Nachdem die Täter den Sprengsatz gelegt hatten, zogen sie sich zurück, um ihn zu zünden. Dabei wurden mehrere Taschen zurückgelassen. Nach der Detonation funkten die Täter, dass ihre Ausrüstung dort zurückgeblieben sei und geholt werden müsse. Die Bevölkerung war jedoch schon an den Tatort geströmt und hatte die Beweise in Besitz genommen. Erst nach 40 Minuten kam das Militär zum Tatort und feuerte mehrfach in die Luft, um die Menschen zu zerstreuen und Zugriff auf die Taschen zu bekommen. Die Bevölkerung übergab die Taschen jedoch erst später nach eingehender Dokumentation direkt der Staatsanwaltschaft und ließ sich nicht einschüchtern.

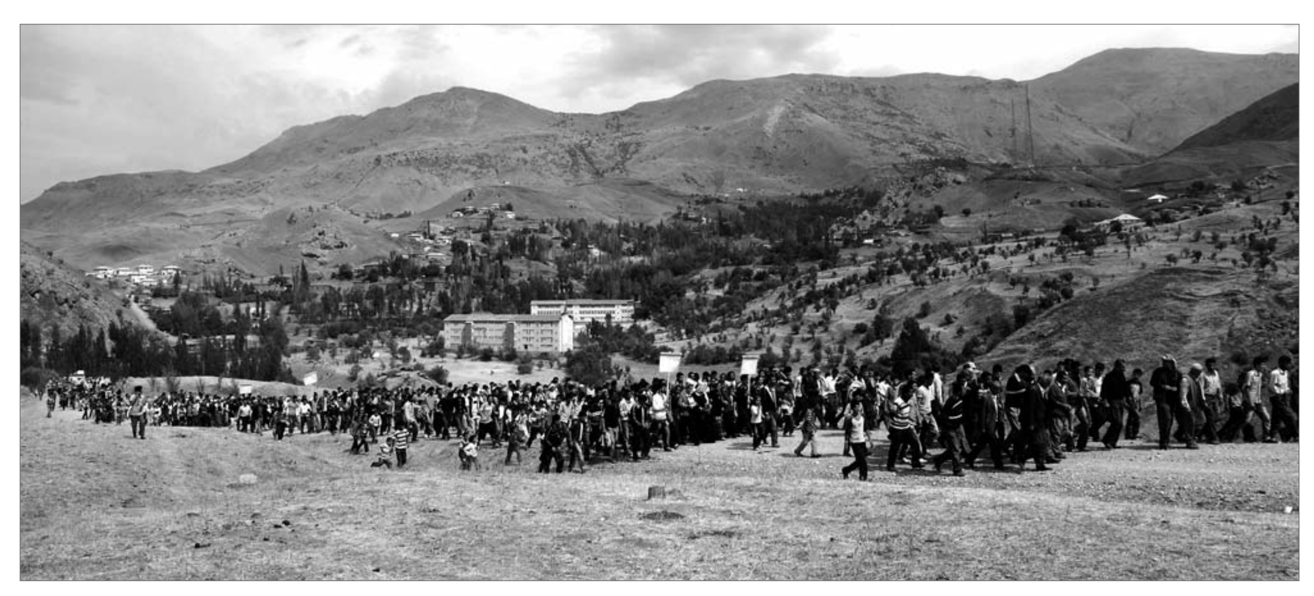
Schon vor der Tat war eine Order an die Dorfschützer der Region herausgegangen, eine sich dort bewegende Gruppe nicht zu behelligen. Obwohl der Ort per Hubschrauber aus Colemêrg (Hakkari) in drei Minuten erreichbar ist und das türkische Militär bei jedem Auftauchen von KämpferInnen der PKK üblicherweise eine Operation mit Luftunterstützung startet, blieben Maßnahmen dieser Art an diesem Tag aus. Selbst der Gouverneur erklärte, er verstehe nicht, warum das so war. Auch die sonst immer in der Nähe des Tatorts diensttuenden Dorfschützer waren nach Augenzeugenberichten schon eine Woche nicht mehr zu sehen gewesen und die Armee hatte eine Woche vorher ihre tägliche Suche nach Sprengkörpern entlang der Straße eingestellt. Nach dem Anschlag entschloss sich die Bevölkerung des Dorfes, geschlossen die Region zu verlassen, da ihre Sicherheit nicht mehr garantiert sei. Nur durch große Anstrengungen von BDP und MenschenrechtsaktivistInnen konnte sie zum Bleiben über-

zeugt werden. Die Menschen in dem Dorf fühlen sich insbesondere von den staatlichen Behörden, aber auch vom internationalen Interesse alleingelassen. Es wird befürchtet, dass die Ermittlungen möglichst bald abgeschlossen werden sollen, ohne dass die wirklichen Täter ermittelt worden sind. Auch drei Monate nach dem Verbrechen hat sich nichts getan, um diese zu ergreifen.

Hediye Gör, Mutter von drei Kindern, deren Mann bei dem Massaker getötet worden war, erklärte: „Ich richte mich hier an den Staat, wenn er behauptet, es gäbe hier keine Diskriminierung, warum ist dann seit drei Monaten nichts passiert? Warum wird sich nicht mit dem Ereignis beschäftigt? Fragt der Staat etwa nach der Situation der hinterbliebenen Familien? Wie sie wohl leben? Seht, bei dem Ereignis in Istanbul[5] hatten sie nach nicht einmal zwei Tagen die Verdächtigen. Aber wenn unsere Kinder und Geschwister umgebracht werden, fragt niemand danach. Es sind drei Monate vergangen und trotzdem sagt niemand irgendetwas. Die Hälfte der Angehörigen der bei diesem Ereignis Getöteten erstickt an psychischen Problemen.“[6] Insbesondere die Kinder in dem Ort leiden unter schweren Traumata.

Abla Gör erklärte dazu: „Fragen sie etwa, wie diejenigen, die ihre Mütter, Väter und Geschwister verloren haben, es ertragen? Sie sollen herkommen und es sich anschauen. Wenn sie danach ein ruhiges Gewissen haben, werden wir nichts sagen. Sie sollen herkommen und sehen, was die Hinterbliebenen erleben. Schauen wir, ob sie es aushalten. (...) Allein meine Geschwister und ich, wir sind als zwölf Kinder ohne Elternteil zurückgeblieben. Niemand darf zu diesem Ereignis schweigen. Die, die das getan haben, müssen gefunden werden (…) Das sagen wir nicht nur für unsere Geschwister, wir sehen alle, die gestorben sind, als unsere Familie.“

Angriffe dieser Art kommen in der Türkei, insbesondere in den kurdischen Gebieten, mit regelmäßiger Häufigkeit im Zusammenhang mit Waffenstillständen und Friedensbemühungen von kurdischer Seite vor. So kam es nach einer am 15.12.1995 von Seiten der Guerilla erklärten einseitigen Waffenruhe am 16.01.1996 in Basê (Güçlükonak) in der Provinz Şirnex (Şırnak) zu einem Massaker an elf Dorfschützern, die aus einem Bus herausgeholt und erschossen wurden. Ihre Leichen wurden verbrannt. Der Staat und der Generalstab beschuldigten die PKK, während auch hier nach Ermittlungen von Menschenrechtsorganisationen der tiefe Staat verwickelt war. Die Guerilla dementierte ihre Beteiligung an dem Massaker sofort. Es ist bezeichnend, dass hier ebenfalls Dorfschützer getötet wurden, die nicht mehr loyal zum türkischen Staat waren. Mittlerweile sind die Täter und die Hintermänner aus dem türkischen Militär bekannt. Der Dorfschützer Ahmet Özalp hatte nach Zeugenaussagen 50 000 $ vom örtlichen Militärkommandanten Selahattin Uğur erhalten und war aufgefordert worden, den Mord der PKK unterzuschieben. Der ehemalige Staatsminister des damaligen Kabinetts, Adnan Ekmen, erklärte neuerdings zu diesem Massaker: „Es ist nicht möglich, dass die PKK dort eine Aktion durchgeführt hat. Die Ausweise der Ermordeten befinden sich bei den Sicherheitsbehörden; die Menschen wurden verbrannt, aber ihre Ausweise wurden nicht beschädigt. Das bedeutet, dass den Verbrannten vor ihrer Ermordung die Ausweise abgenommen worden waren.“



Am Morgen des 16.09.2010 um 9.00 Uhr explodierte eine ferngezündete Antipanzermine aus deutscher Produktion in der Nähe des Dorfes Peyanis (Geçitli) unter einem Reisebus und riss neun DorfbewohnerInnen, unter ihnen auch Kinder, in den Tod. Die Bevölkerung eilte zu dem Tatort und sicherte die Beweise vor dem Militär. Die Menschen in dem Dorf Peyanis fühlen sich insbesondere von den staatlichen Behörden, aber auch vom internationalen Interesse alleingelassen. Es wird befürchtet, dass die Ermittlungen bald abgeschlossen werden, ohne dass die wirklichen Täter ermittelt worden sind. Foto: DIHA

Ein weiteres Massaker, das eine ähnliche Handschrift trägt, ereignete sich während eines anderen Waffenstillstands der kurdischen Guerilla. Am 26. September 2007 wurden zwölf Personen in der Nähe von Elkê (Beytüşşebap), ebenfalls in der Provinz Şirnex (Şırnak), erschossen, als sie mit einem Minibus unterwegs waren. Der Generalstab beschuldigte die PKK, während diese dementierte und auch die örtliche Bevölkerung auf ein Werk des extralegalen Geheimdienstes JITEM verwies. Auch hier waren die Opfer Dorfschützer. Ein Teil von ihnen war kurz zuvor wegen „Unterstützung der PKK" festgenommen, der andere Teil zur Erledigung eines „Auftrags" zum Militärstützpunkt bestellt worden.[7] Auch aus den letzten Tagen wurden erneut Einheiten der parastaatlichen Todesschwadron „Dolch-Team" (Hançer Timi) in der Provinz Şırnak gemeldet.[8] Die Gruppe, die u. a. für die Ermordung von zwei DTP-Mitgliedern im letzten Jahr verantwortlich war, setzt sich aus Dorfschützern, JITEM-Mitgliedern und Militärs zusammen.[9]

Das jüngste Beispiel für die Repressionspolitik des türkischen Staates erschütterte die Region während der Fertigstellung dieses Artikels am 10. Dezember. Auf der Straße zwischen Gever (Yüksekova) und Wan (Van) stoppten nach ZeugInnenaussagen Soldaten zwei Fahrzeuge, in denen sich BDP-Mitglieder befanden, ließen die InsassInnen aussteigen, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen und schossen dem Sprecher der kurdischen Demokratischen Patriotischen Jugend (DYG), Serdar Karabağ, in den Kopf. Sein Zustand ist auch am 12.12. immer noch kritisch. Acht weitere BDP-Mitglieder wurden festgenommen, über ihre Situation wurde von der Staatsanwaltschaft eine Geheimhaltungsverfügung erlassen. Das bedeutet, dass mindestens in den ersten 24 Stunden nach der Festnahme weder anwaltliche Gespräche noch Besuche möglich sind. Weiterhin bleibt die Akte sowohl für die Beschuldigten als auch ihre AnwältInnen bis Prozessbeginn uneinsehbar.

Der Gouverneur der Provinz Colemêrg (Hakkari) verbreitete sofort nach dem Angriff, Serdar Karabağ habe sich selbst in den Kopf geschossen – angesichts der Umstände eine dreiste Lüge, deren Widerlegung durch die Geheimhaltungsverfügungen behindert werden soll.[10]

Erol Aydın aus der BDP-Leitung erklärte dazu: „Die Bevölkerung von Gever (Yüksekova) erlebt seit dem Referendum[11] eine offene Feindschaft [*Anm. d. Ü.: des Staates*]. In den letzten Tagen legten Jandarma und Polizei Hinterhalte in den Stadtvierteln, um Provokationen zu schaffen. Das neueste Beispiel dieser Politik ist das, was gestern unserem Jugendmitarbeiter passiert ist. Von unseren im Stadtzentrum angehaltenen Freunden sollte Sedat Karabağ offen hingerichtet werden."

Angriffe wie die aktuellen Vorfälle dienen der Einschüchterung und der psychologischen Kriegsführung. Es kommt nicht von ungefähr, dass das Dorf Peyanis, in dem das Massaker verübt wurde, eine BDP-Hochburg ist. Die AKP, die ihr Verfassungsreferendum vom 12. September 2010 zur Machtfrage erhoben hatte, scheiterte in den kurdischen Provinzen, allen voran Colemêrg (Hakkari), kläglich. Kurz nach dem Referendum wurde die Region Colemêrg (Hakkari) von Erdoğan und der AKP nahestehenden Medien wie der Zeitung Zaman zum Ziel massiver Kriegshetze gemacht, indem behauptet wurde, die Regionen müssten „gesäubert" bzw. „befreit" werden. Es wurde unterstellt, die Menschen würden aus der Region vor der PKK fliehen, Aussagen wurden nachweislich in verschiedenen türkischen Medien verfälscht wiedergegeben und teilweise vollständig erfunden.

Die Co-Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK), Aysel Tuğluk, machte am 01.12.10 in Amed (Diyarbakır) noch einmal deutlich, dass das Verbrechen in Peyanis von Kräften aus dem Staatsapparat verübt worden sei, um der kurdischen Bevölkerung eine Botschaft zu vermitteln: „Wenn Ihr die Demokratische Autonomie ausruft, dann wird es für Euch so." Sie erklärte weiter, dass der Staat zwar auf der einen Seite mit Herrn Öcalan spreche, aber hinter allem die Strategie zur Vernichtung der kurdischen Bewegung stehe. Militärisch hole der türkische Staat gerade zu einem letzten großen Schlag gegen die kurdische Freiheitsbewegung aus.

Sowohl die türkischen als auch die internationalen Medien griffen bei allen erwähnten Massakern jeweils die Version des türkischen Staates nur allzu bereitwillig auf, ohne eigene Recherchen anzustellen. Während die Meldung „Die PKK ermordet Zivilisten" um die Welt geht, bleiben die Stimmen der Menschen aus der Region ungehört. Dass die Situation in der Region ganz anders aussieht, zeigt das Beispiel des Jirki Aşirets, eines „Clans" von Dorfschützern, der seit mehreren Jahrzehnten gegen die PKK kämpft und über mehrere tausend Bewaffnete verfügt. Dieser Aşiret erklärte, dass sie sicher seien, dass das Massaker nicht von der PKK begangen worden sei, und dass sie auch nicht fürchten würden, das zu äußern. Des Weiteren erklärten sie, dass sie die Waffen niederlegen und von nun an auf Seiten der BDP und der kurdischen Bewegung stehen würden. Allein dieses Beispiel macht deutlich, dass der türkische Staat trotz schmutziger Kriegsführung in den kurdischen Gebieten und am deutlichsten in der Provinz Colemêrg (Hakkari) immer weiter an Boden verliert. ♦

Fußnoten:

1 Aysel Tuğluk (Co-Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK))

2 offiziell geleugneter Jandarma-Geheimdienst

3 siehe auch Bericht der IHD-Abteilungen von Wan (Van), Colemêrg (Hakkari) und Amed (Diyarbakır) vom 20.09.10

4 Die PKK selbst hat die Antiminenkonvention von Ottawa unterzeichnet und zeigt in ihrer Praxis auch, im Gegensatz zur Türkei, deren konsequente Durchsetzung.

5 Sie bezieht sich hier auf den Bombenanschlag vom Taksim am 31.10.10.

6 siehe www.yuksekovahaber.com

7 In diesem Rahmen ließe sich die Liste um etliche weitere Massaker erweitern. Erwähnt sei hier nur das Massaker von Mardin/Bilge, bei dem 44 Menschen getötet wurden. Unser Delegationsbericht hierzu kann unter: http://de.indymedia.org/2009/05/250614.shtml abgerufen werden.

8 ANF 03.12.10

9 Yüksekovahaber, 06.08.10

10 ANF 11.12.10

11 Verfassungsreferendum der Regierungspartei AKP, welches in Gever (Yüksekova) zu fast 100 % boykottiert wurde.

Der Tod von Rasim Gencer

Gefangene als Geiseln des türkischen Staates

Michael Knapp, Kurdistansolidaritätskomitee Berlin

Dieser Bericht beruht auf den Erfahrungen unserer Menschenrechtsdelegation in die kurdischen Provinzen auf türkischem Staatsgebiet im Oktober 2010. Im Rahmen dieser Reise besuchten wir am 21.10. die kurdische Metropole Wan (Van).[1] Da am 19.10., also kurz vor unserer Ankunft, der seit 1993 inhaftierte und schwer kranke kurdische politische Gefangene aus der PKK Rasim Gencer (40) im E-Typ-Gefängnis von Muş an einem Herzinfarkt gestorben war, wurden wir sofort mit dem Thema der lebensgefährlich erkrankten Gefangenen konfrontiert. Rasim Gencers Zustand war schon seit langem als kritisch bekannt gewesen. Deshalb war er einer von 50 kurdischen politischen Gefangenen, deren Freilassung aufgrund ihres kritischen Gesundheitszustandes schon seit längerem u. a. von Menschenrechtsorganisationen gefordert wird.

Rasim Gencer, ein Vater von fünf Kindern, war 1993 wegen PKK-Mitgliedschaft festgenommen und zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Er war kontinuierlich Misshandlungen, Zellendurchsuchungen und Bedrohungen durch Gefängnispersonal ausgesetzt.[2]

Aufgrund seines Todes fand am 21.10.10 in Wan eine Demonstration für die Freilassung der Gefangenen und gegen die Todesfälle hinter Gittern statt. Diese Demonstration wurde von der Polizei angegriffen, es kam zu mehreren Festnahmen. Später besetzten schwer bewaffnete Polizisten und Spezialeinheiten mit Wasserwerfern und Panzern strategische Punkte in der Stadt.

Im Anschluss an die Demonstration fand eine Trauerfeier in Bostaniçi, einem Vorort von Wan, statt, an der unsere Delegation Gelegenheit hatte teilzunehmen. Vor dem Ort versammelte sich die Dorfbevölkerung zu einem Trauerzug, der schnell zu einer politischen Demonstration anschwoll. Es wurden Parolen für die Gefallenen, für den Frieden, für die PKK und ihren Vorsitzenden gerufen. Die Menschen machten dadurch deutlich, dass auch der Tote Rasim Gencer als ein Gefallener des kurdischen Freiheitskampfes anzusehen ist. Der Demonstrationszug wurde von einem starken Frauenblock angeführt, an dem insbesondere viele Friedensmütter teilnahmen. Diese Frauen, die oft selbst Mütter von Gefallenen sind, traten sehr deutlich für ein Ende des Krieges ein und thematisierten immer wieder, dass der türkische Staat und Europa den Krieg vorantreiben und die immer wieder zum Frieden ausgestreckte Hand der kurdischen Freiheitsbewegung in der Luft hängen lassen.

Der Zug, an dem etliche hundert Menschen teilnahmen, endete am Trauerzelt, wo Reden gehalten wurden, die den deutlichen Wunsch nach Frieden und Anerkennung der Rechte der kurdischen Bevölkerung zum Ausdruck brachten. Insgesamt war die Stimmung voller Trauer, Wut und Kraft. Sowohl Familienangehörige als auch AktivistInnen des Gefangenenhilfsvereins TUHAD-DER machten in Reden, aber auch in Gesprächen deutlich, dass der türkische Staat die Gefangenen wie Geiseln behandelt. Uns wurde immer wieder berichtet, wie sie misshandelt, bedroht und unter katastrophalen Bedingungen inhaftiert werden, um an ihnen Rache zu nehmen für den mit Repression nicht zu zerschlagenden Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung. Fast jedeR unserer GespächspartnerInnen konnte von Gefallenen, Ermordeten, Gefolterten oder Inhaftierten aus ihren Familien berichten.

Dass das Beispiel Rasim Gencer symptomatisch für die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei ist, zeigt ein Blick auf die aktuelle Lage. Im Moment ist die unmittelbare Freilassung von 50 in akuter Lebensgefahr schwebenden Gefangenen unerlässlich.[3] Den schwer erkrankten Gefangenen[4] wird eine adäquate medizinische Versorgung verweigert. Aufgrund von Erkrankungen sind allein in den letzten drei Jahren mindestens 15 kurdische politische Gefangene gestorben.

Nach Angaben des Gefangenenhilfsvereins TUHAD-DER wird Gefangenen im Allgemeinen eine angemessene vitaminreiche Ernährung, ganz zu schweigen von Spezialdiäten für Erkrankte, verweigert. Das ist besonders gravierend, wenn Gefangene beispielsweise auf glutenfreie Ernährung oder Spezialdiäten zur Behandlung von Diabetes angewiesen sind. Durch diese Form der Nichtbehandlung und die damit einhergehende Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes ist

es nicht übertrieben zu sagen, dass die Gefangenen Stück für Stück zu Tode gebracht werden.

Im Rahmen von Reformen des Gefängniswesens wurde erst vor wenigen Jahren die Haftsituation der Gefangenen weiter verschärft. So wurde ihnen beispielsweise verboten, Nahrungsmittel von Angehörigen zu bekommen. Dies macht sie vollkommen abhängig von der ungesunden Ernährung im Gefängnis und den überteuerten Gefängnisläden, die ebenfalls keine frischen Produkte führen.

Selbst notwendige Renovierungsarbeiten am Gefängnis wie z. B. das Streichen von Wänden oder Vorgehen gegen Schimmel werden häufig nicht vom Staat bezahlt, sondern von Angehörigen oder Gefangenenhilfsorganisationen.[5] Dies führt insbesondere bei für lange Zeit Inhaftierten zu schweren Erkrankungen. In vielen kurdischen und türkischen Städten finden zurzeit aus diesen Gründen Kampagnen für die sofortige Freilassung der kranken Gefangenen statt.

Während in vielen Gefängnissen auch durch die massive Überbelegung und die schlechte Ausstattung, Übergriffe, Bedrohungen und Misshandlungen viele Gefangene verletzt werden oder erkranken, führt andererseits in F-Typ-Gefängnissen, also Isolationshaftgefängnissen nach deutschem Modell, die Folter durch Isolation, die sensorische Deprivation, zu schweren physischen und psychischen Erkrankungen.

Die Gefangenen werden auf verschiedenste Art schikaniert und schlecht behandelt. Nach Auskunft des Anwalts vom Menschenrechtsverein IHD Diyarbakır sollen beispielsweise die kranken Gefangenen aus Amed (Diyarbakır) zur Behandlung in den oft von MenschenrechtlerInnen kritisierten „Ring-Fahrzeugen“ in das über 1 000 km entfernte Istanbul gebracht werden. Diese Fahrzeuge sind neben der extrem schlechten Unterbringung der Gefangenen als Orte systematischer Übergriffe und Folter gefürchtet. Die Gefangenen werden von der Zelle bis zum Ende des Transports mit Handschellen gefesselt und werden ohne Heizung bzw. Lüftung transportiert. Sie werden in der Regel an den Händen, oft auch an den Füßen zusammengekettet und so mehrere Tage lang auf Transport geschickt. Die Bedingungen dieser Transporte allein sind gesundheitsgefährdend. Meist bekommen sie nicht ausreichend Flüssigkeit, geschweige denn Nahrung. In den völlig überbelegten Transportzellen können oft nicht alle Gefangenen sitzen – viele berichten, dass sie nicht auf die Toilette gelassen werden, auch nicht bei tagelangen Transporten. Nicht nur nach der Ansicht von AnwältInnen stellt dies neben den



Demonstration in Istanbul gegen die unerträglichen Haftbedingungen der erkrankten Gefangenen und für ihre Freilassung bzw. eine adäquate medizinische Versorgung. Die Liste der Gefangenen, die aufgrund ihrer Erkrankung freigelassen werden müssen, nimmt immer weiter zu. Foto: DIHA

Schlägen, Durchsuchungen und Misshandlungen in den Fahrzeugen eine Form der Folter dar, die gerade bei den schwer erkrankten Gefangenen lebensbedrohlich ist.[6] Diese Transporte führen häufig zu schwerer Traumatisierung, oft Todesangst, Problemen durch Dehydrierung und Verletzungen z. B. durch Fesselungen. Eine andere Form des Transports und der Versorgung der Gefangenen wird systematisch verweigert.[7]

Täglich werden weitere Personen im Rahmen der andauernden Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung inhaftiert. So sind mittlerweile mehr als 1 700 PolitikerInnen, MenschenrechtlerInnen, JournalistInnen, Frauenaktivistinnen allein aufgrund ihres legalen politischen Engagements seit April 2009 inhaftiert worden. Die türkische Justiz verhängt systematisch Geheimhaltungsverfügungen über die Verfahren, so dass weder den Inhaftierten, noch ihren AnwältInnen bis zum Prozessbeginn bekannt wird, wessen sie angeklagt sind. So wird eine effektive Verteidigung verhindert und es werden Menschen für Dinge inhaftiert, die sich im Verfahren als unhaltbare Anklagepunkte erweisen. So wird die Strafe der Verurteilung vorgezogen.

Diese Inhaftierungswelle führt zu einer drastischen Überbelegung der Gefängnisse, so dass Gefangene vielerorts keine eigenen Betten haben, sondern in Schichten schlafen müssen. In der politischen Abteilung im E-Typ-Frauengefängnis von Bitlis sitzen 27 Frauen und Kinder in einer Zelle. Ihnen steht zu den Hofgängen ein Areal von 13 m² zur Verfügung. Die am 02.07.10 in Şemzinan (Şemdinli) gefangen genommene Guerillakämpferin Cihan Öner wurde 42 Tage lang mit Geschosssplittern im Körper von der Jandarma und dem Militär festgehalten, ohne behandelt zu werden.[8] Auch im Frauengefängnis von Bitlis wurde sie nicht behandelt, angeblich weil sie nicht bereit war, sich auf demütigende Art und Weise durchsuchen zu lassen. Zehn Tage lang kümmerten sich die Mitgefangenen um sie. Der BDP-Abgeordnete Hamit Geylani erklärte zu diesem Fall: „Indem die Splitter 42 Tage lang nicht aus ihrem Bein entfernt wurden, wurde sie gefoltert. Auch in diesem Gefängnis sind weitere Gefangene schwer erkrankt und werden nicht versorgt. Die Behandlung zur Verhinderung einer Blutvergiftung bei Öner wurde so von der Gefängnisleitung bewusst verweigert. Die Anzeigen von Angehörigen bei der Gefängnisleitung blieben ergebnislos."

Es herrscht ein doppelter Standard beim Umgang mit Gefangenen, einerseits werden Ergenekon-Gefangene, sobald sie krank sind, automatisch entlassen, andererseits sterben Gefangene aus linken Bewegungen im Gefängnis und erhalten nicht einmal eine angemessene Behandlung.

Gegen die Tode hinter Gittern, für die Freilassung der kranken Gefangenen engagieren sich in den kurdischen Gebieten und der Türkei viele verschiedene Menschenrechts- und Angehörigenorganisationen und die kurdische Friedens- und Demokratiepartei BDP. Dass gerade auch diese konkrete und humanitäre Arbeit in der Türkei gefährlich ist, belegen die Inhaftierungen etlicher AktivistInnen aus eben diesen Gefangenenhilfsorganisationen und ihren Vorständen.



„Genehmigt" 100 Bilder von 100 politischen Gefangenen
Ausstellung vom IHD in Mersin Foto: DIHA

Die Gefangenen führten bisher aus Protest gegen diese Situation mehrere Hungerstreiks und Aktionen durch. Erst am 01.12.10 kam es im H-Typ-Gefängnis von Erzirom (Erzurum) zu einem Aufstand gegen die Repression und die Misshandlungen im Gefängnis.[9]

Unsere Aufgabe in Europa muss es sein, vor der Situation der Gefangenen nicht die Augen zu verschließen, denn gerade die Modernisierung und die Einführung von Isolationsfolter und Antiterrorparagrafen sind Exporte aus Europa. Die Verfasstheit des türkischen Staates und der hinter ihm stehenden europäischen Staaten zeigt sich auch daran, wie die Menschen hinter Gittern behandelt werden. Lasst uns dagegen zusammen angehen, durch gemeinsame Proteste, Kontakt mit den Gefangenen und gemeinsamen Widerstand. ♦

Fußnoten:
1 Der gesamte Delegationsbericht findet sich unter: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2010/10/Delegationsbericht%20Okt%202010.pdf
2 siehe parlamentarische Anfrage der DTP, Nr. 443, vom 18.12.2008
3 RA. Serdar Çelebi, IHD Diyarbakır
4 Krankheiten sind dabei unter anderem verschiedenste Krebsarten in unterschiedlichen Stadien, Herzerkrankungen, Diabetes u. a.
5 Zu diesem Thema sind mehrere aktuelle Beispiele aus dem Männergefängnis von Amed (Diyarbakır) bekannt.
6 IHD Diyarbakır
7 ebd.
8 parlamentarische Anfrage von Hamit Geylani, BDP
9 ANF 01.12.10

Verstoß des türkischen Anti-Terror-Gesetzes gegen elementare Grundrechte

Wie aus Demonstranten Terroristen werden

Emel Engintepe (Kurd-Akad, Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.)

Momentan ist die kurdische Frage in der Türkei und in Kurdistan überschattet von einer Vielzahl von Aspekten. Dabei steht die nachhaltige Gestaltung des sogenannten Friedensprozesses zur Debatte. Auf der einen Seite lässt die türkische Regierung Verlautbarungen eines Friedensprozesses und der politischen Öffnung gegenüber den kurdischen Interessen in der ausländischen, türkischen und kurdischen Öffentlichkeit verbreiten, aber auf der anderen Seite sind kurdische Parteien, Initiativen, Politiker und Menschenrechtsaktivisten seit den Kommunalwahlen im März 2009 einer Reihe staatlicher, polizeilicher und militärischer Repressionen ausgesetzt.

Insbesondere nach dem Verbot der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) im Dezember 2009 verschärften sich die polizeilichen Maßnahmen. Mittlerweile sind insgesamt 1 700 Politiker und Menschenrechtsaktivisten in Gewahrsam. Von der Verhaftungswelle sind u. a. gewählte Repräsentanten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), der Nachfolgepartei der DTP, und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen wie dem Menschenrechtsverein (IHD), aber auch eine Vielzahl von Demonstranten betroffen.[1]

Großes Aufsehen erregte dabei die Verhaftung von Minderjährigen, die zu hohen, mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Grundlage bildet das Anti-Terror-Gesetz, wonach die Kinder und Jugendlichen ungeachtet nationaler und internationaler Kinderschutzgesetze nach Erwachsenenrecht angeklagt wurden. Dies stellt einen Bruch mit der von der Türkei unterzeichneten UN-Konvention für die Rechte von Kindern dar. Im Zuge der anhaltenden Proteste im In- und Ausland wurden im Juli 2010 Reformen verabschiedet, die vorsehen, einen Teil der Verfahren vor Jugendgerichten neu aufzurollen. Bisher blieb es bei den Lippenbekenntnissen.[2]

Bei genauerer Betrachtung der rechtlichen Grundlagen, auf die sich die Staatsanwaltschaft und die Richter bei den Verhaftungen berufen, stoßen wir auf das Strafgesetzbuch, das 2005 durch das Anti-Terror-Gesetz erweitert wurde. Der im November erschienene Bericht von Human Rights Watch bestätigt die Vermutung, dass das Anti-Terror-Gesetz wesentliche Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsrechte einschränkt und ein Konglomerat von Straftatbeständen vereint. Darunter fallen sowohl die Teilnahme an Demonstrationen als auch die Unterstützung oder aber Mitgliedschaft in einer als „terroristisch" gebrandmarkten Organisation.

Es gibt primär zwei Paragraphen des Strafgesetzbuches, die erlauben, Mitglieder und Unterstützer krimineller und bewaffneter Organisationen mit Haftstrafen zwischen 2 und 15 Jahren zu belangen, und zwar die Artikel 220 und 314. Im Jahre 2005 ist das Anti-Terror-Gesetz hinzugefügt worden, das zur Anklage von Unterstützern, Mitgliedern, aber auch Teilnehmern einer Demonstration verbotener Organisationen benutzt wird (Artikel 2 und 7).

Dabei ist bemerkenswert, dass Artikel 7 erlaubt, Vermummung bei Demonstrationen, das Tragen von Symbolen und Zeichen, aber auch das Rufen von Parolen „terroristischer Organisationen" mit mehrjähriger Haftstrafe zu ahnden, gleich einem Vergehen, mit dem Aktivisten verbotener Organisationen verurteilt werden.[3]

Die Gleichsetzung von Protest, Unterstützung, Mitgliedschaft und Aktivität kristallisierte sich im Laufe der letzten Jahre heraus. In einer ersten Anklagewelle zwischen 2007 und 2008 hatte die türkische Justiz in einer Vielzahl von Fällen mithilfe des Anti-Terror-Gesetzes verurteilt. Infolge der Berufungsverfahren kam es in der höheren Instanz zu Verschärfungen der Urteile, die nun als Präzedenzfälle dienen. Dabei wurde den Angeklagten vorgeworfen, im Auftrag verbotener Organisationen gehandelt zu haben, ohne eine Anweisungs- und Handlungskette zwischen der Organisation und den Demonstrationsteilnehmern nachzuweisen. Das Resultat ist, dass allein die Teilnahme an einer Demonstration ausreichte, um beispielsweise Felat Özer als Mitglied einer bewaffneten Organisation zu 14 Jahren Haft zu verurteilen. Die Richter beriefen sich auf Video- und Bildmaterial, das ihn im Jahre 2006 bei der Beisetzung eines Guerillas und zudem an Newroz-Demonstrationen und bei späteren Protesten beim Rufen von Parolen, teilweise unter Vermummung, zeigte. Es gab keine Belege für Absprachen mit einer verbotenen Organisation oder einer Handlung im Auftrag einer solchen. Und es gab keine Beweise für eine begangene Gewalttat.[4]

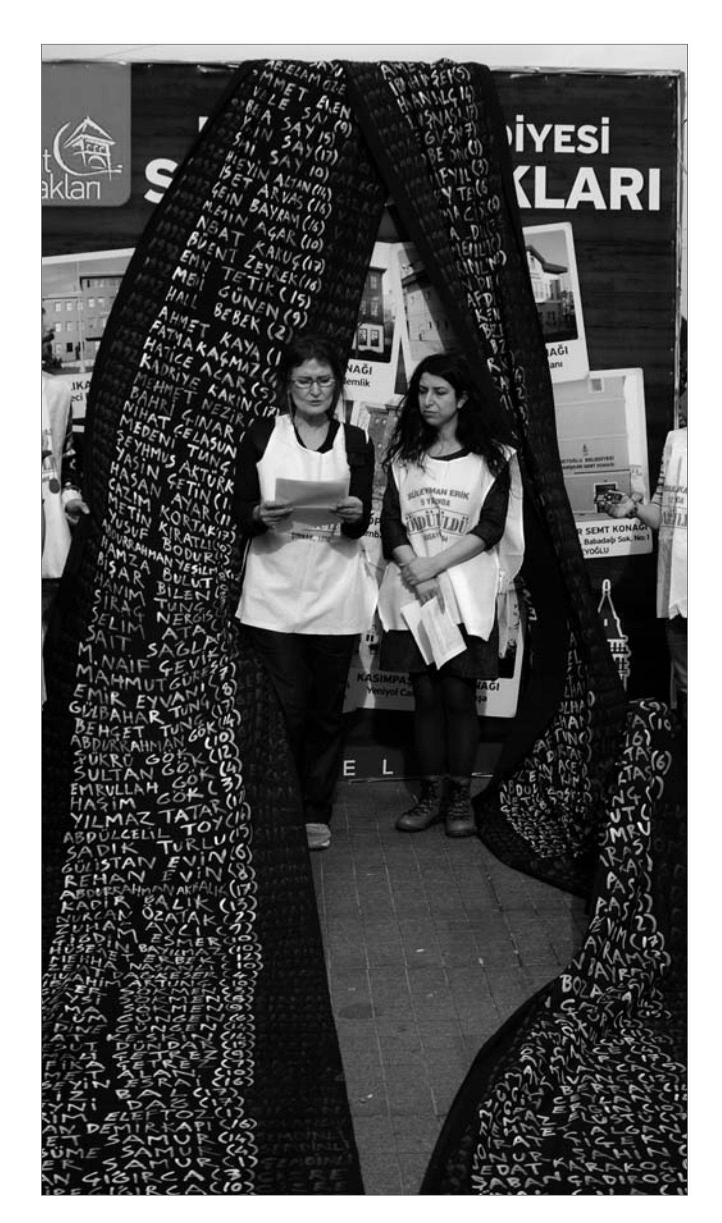
Human Rights Watch kritisiert, nach Auswertung von 14 Fällen, den Interpretationsspielraum des Anti-Terror-Gesetzes, der zu Lasten der Angeklagten, in besagten Fällen sogar zu Lasten von Demonstrierenden ausgelegt wird, denn dieser erlaube, Demonstranten als vermeintliche Terroristen zu langen Haftstrafen zu verurteilen, „for activities such as shouting

slogans, making victory signs, holding up banners, and throwing stones“.[5]

Auch der kürzlich erschienene Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission beanstandet die strenge Auslegung des Terrorismusparagraphen, mit dem grundlegende Freiheitsrechte wie die Meinungsfreiheit eingeschränkt würden. Das Anti-Terror-Gesetz solle geändert werden, um den weiten Interpretationsrahmen einzugrenzen und die unverhältnismäßig hohe Anzahl an Terrorismus-Anklagen zu reduzieren.[6]

Jüngst bezogen prokurdische Nichtregierungsorganisationen vor Ort Stellung gegen die scharfe Gesetzgebung. Bei einem Treffen in Diyarbakır haben 683 NGOs ihre Grundforderungen nach Einstellung der Militäroperationen, Senkung der 10%-Hürde bei den Parlamentswahlen, Reformierung der Verfassung, Recht auf Verteidigung in der Muttersprache, Verhandlungen mit Abdullah Öcalan und die Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission bekräftigt. Darüber hinaus wurde explizit die Aufhebung des Anti-Terror-Gesetzes verlangt.[7]

Es wird sich zeigen, inwiefern die ambivalente Politik der Regierungskräfte, die zwischen vermeintlichen Zugeständnissen und zutiefst antidemokratischer Repression laviert, sich im Ergebnis der Parlamentswahlen im Juni 2011 widerspiegeln wird. Auf die Stimmen der Angehörigen der zigtausend Inhaftierten können die Regierungsparteien eher weniger zählen, wohingegen die Zahl der protestierenden „Terroristen“ unweigerlich zunehmen wird. ♦



Die Liste der getöteten Kinder im Krieg der Türkei gegen die Kurden und Kurdinnen ist bei einer Kundgebung in Istanbul veröffentlicht worden. Auch die Zahl der Kinder in den Gefängnissen der Türkei nimmt trotz des revidierten Antiterrorgesetzes immer weiter zu. Kinder werden mit der Beschuldigung, „Mitglied einer illegalen Organisation“ zu sein oder „im Auftrag einer Organisation zu handeln“ oder „öffentliches Eigentum zu beschädigen“, „explosives Material zu verwenden“ bzw. „das Demonstrationsrecht zu verletzen“, in Gewahrsam genommen. Foto: DIHA

Fußnoten:
1 Am 18. Oktober 2010 begann der Prozess gegen die insgesamt 151 Politiker und Menschenrechtsaktivisten. Darunter befinden sich Kommunalpolitiker der BDP, beispielsweise der Bürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir, und Mitglieder des IHD, so auch dessen Vorsitzender Muharrem Erbey. Ihnen wird Separatismus vorgeworfen, Unterstützung einer und Mitgliedschaft in einer bewaffneten Organisation. Zwar gelang es den Angeklagten bisweilen, dem Schauprozess eine politische Wendung zu geben, indem sie darauf beharrten, ihre Verteidigung in kurdischer Sprache zu führen, jedoch täuscht dies nicht über den Ernst der Lage hinweg. Die Verhaftungs- und Klagewelle zielt unmissverständlich darauf ab, die kommunalpolitischen Strukturen in den kurdischen Gebieten lahmzulegen und die protestierenden Bevölkerungsmassen einzuschüchtern. Eine Delegation von Prozessbeobachtern aus dem Ausland konnte sich davon überzeugen, dass die Prozesse politisch motiviert sind, aber auch davon, dass die Solidarität seitens der kurdischen Bevölkerung ungebrochen ist. In den ersten Prozesstagen sammelten sich täglich, dem martialischen Polizeiaufgebot zum Trotz, Tausende Protestierende vor dem Gerichtsgebäude. Der Prozess wird aller Voraussicht nach im Januar 2011 fortgesetzt.
Bericht der Menschenrechtsdelegation aus Brüssel, Berlin, NRW und Hamburg, November 2010: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/-2010/10/Delegationsbericht%20Okt%202010.pdf (28.11.2010); http://www.andrej-hunko.de/start/aktuell/122-tuerkei-bericht-der-menschenrechtsdelegation-aus-bruessel-berlin-nrw-und-hamburg (28.11.2010)
2 ISKU | Informationsstelle Kurdistan e. V.: NUCE, Nr. 490, 19. November 2010
3 Appendix: Translation of Relevant Articles: 2005 Turkish Penal Code and 2006 Revision to the Anti-Terror Law, in: Human Rights Watch: Protesting as a Terrorist Offense, 01. November 2010, S. 72; http://www.hrw.org/node/93926 (27.11.2010)
4 Human Rights Watch: Protesting as a Terrorist Offense, 01. November 2010, S. 25ff; http://www.hrw.org/node/93926 (27.11.2010)
5 Human Rights Watch: Protesting as a Terrorist Offense, 01. November 2010, S. 19; http://www.hrw.org/node/93926 (27.11.2010)
6 „Restrictions on the exercise of fundamental freedoms, in particular freedom of expression, stemming from a wide definition of terrorism under the Anti-Terror Law continue to be a cause of concern.“, European Commission: Turkey 2010 Progress Report, 09. November 2010, S. 35; http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/tr_rapport_2010_en.pdf (27.11.2010)
7 ISKU |Informationsstelle Kurdistan e. V.: NUCE, Nr. 490, 19. November 2010

Ein Bericht zur 7. Internationalen Konferenz im EU-Parlament in Brüssel

„Der Weg zum Frieden – sich der Herausforderung stellen“

Martin Dolzer

Am 17. und 18. November fand im Europaparlament in Brüssel die 7. Internationale Konferenz zum Thema „Die EU, die Türkei und die KurdInnen“ unter dem Motto „Der Weg zum Frieden – sich der Herausforderung stellen“ statt. Veranstalter waren die EU Turkey Civic Commission (EUTCC) und die Europaparlamentsfraktion der GUE/NGL – Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke. Ihren Schirm gaben der Veranstaltung u. a. Erzbischof Desmond Tutu, Bianca Jagger, Noam Chomsky, Yaşar Kemal, Leyla Zana und die fraktionsübergreifende „Kurdische Freundschaftsgruppe im Europaparlament“. An zwei Tagen gaben gut 30 ReferentInnen einen tiefen Einblick in die momentane Situation in der Türkei und der EU, insbesondere in Bezug auf die kurdische Frage. Unter den Vortragenden befanden sich PolitikerInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK), EuropaparlamentarierInnen aus mehreren Fraktionen (darunter Konservative, Grüne, SozialdemokratInnen und Linke), JournalistInnen aus der Türkei, AnwältInnen und MenschenrechtlerInnen.

Im Vergleich zu den Konferenzen in den letzten Jahren ist besonders bemerkenswert, dass sämtliche RednerInnen zurzeit eine Möglichkeit zum Beginn eines langfristigen Friedensprozesses sehen und dazu einen Dialog mit sämtlichen Beteiligten inklusive der PKK und Abdullah Öcalans für notwendig halten. Bereits Jürgen Klute, der Vorsitzende der „Kurdischen Freundschaftsgruppe im Europaparlament“ von der Partei Die Linke – in seiner Eröffnungsrede – und Erzbischof Desmond Tutu – in einer Videobotschaft – verdeutlichten, dass es an der Zeit ist, die PKK von der EU-Terrorliste zu streichen und einen perspektivischen Dialog zu beginnen, der auch eine Grundvoraussetzung zur notwendigen Demokratisierung der Türkei sei. In erfolgreich gelösten internationalen Konflikten, wie z. B. in Südafrika (in Bezug auf den ANC), habe sich gezeigt, dass die Entkriminalisierung der Akteure ein erster, notwendiger Schritt sei. „Die EU-Terrorliste ist kein Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus, sondern zur Unterdrückung von unliebsamer Opposition“, so der Tenor, der sich durch die Beiträge während der gesamten Konferenz fortsetzte. „Die kurdischen Akteure samt PKK sind seit Jahren bereit einen Frieden zu ermöglichen, jedoch nicht bedingungslos; die türkische Regierung muss ihre Ernsthaftigkeit diesbezüglich noch unter Beweis stellen“, so die realistische Einschätzung vieler der RednerInnen.

„Die EU-Terrorliste ist kein Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus, sondern zur Unterdrückung von unliebsamer Opposition“

Beispiele zur konkreten Gestaltung von Friedensprozessen in internationalen Konflikten gaben Nomfundo Walaza vom Desmond Tutu Friedenscenter, die Mitglied einer Wahrheitskommission in Südafrika war, und Raymond Mc Cartney, der als IRA-Mitglied jahrelang im Gefängnis saß und heute außenpolitischer Sprecher von Sinn Féin ist. Frau Walaza schilderte, dass die „Truth and Reconsiliation Commissions“ in Südafrika sehr basisorientiert gestaltet wurden. Jeder Mensch konnte in diesen Wahrheitskommissionen seine Erfahrungen schildern. In einem kollektiven Prozess fand dann eine Aufarbeitung, die nicht hauptsächlich auf Strafen ausgerichtet war, statt. Nur durch eine derartige Beteiligung der Bevölkerung wäre der Beginn eines lang andauernden positiven gesellschaftlichen Wandels mit Rückschlägen und Fortschritten möglich gewesen. Raymond Mc Cartney betonte, dass ohne die Leitfigur Gerry Adams ein Friedensprozess in Nordirland nicht möglich gewesen wäre. Er wies diesbezüglich darauf hin, dass es gut sei, Abdullah Öcalan als tragende Kraft in einen möglichen Friedensprozess einzubeziehen. Auch Alyn Smith von der Scottish National Party (SNP) und John Austin, ein langjähriger Abgeordneter der englischen Labour Party bereicherten die Konferenz mit ihrem Wissen über die mögliche Gestaltung von Friedensprozessen, am Beispiel Nordirlands und demokratischer Beteiligung am Beispiel des schottischen Parlaments. John Austin hatte in den 1990er Jahren Abdullah Öcalan in Syrien besucht und setzt sich seitdem für einen Dialog mit der PKK ein. Jeder internationale Konflikt sei jedoch unterschiedlich in seiner Ausprägung. Von daher müsse die Besonderheit auch jeweils zu variierenden Lösungen führen, waren sich die Debattierenden einig.

Der Journalist Cengiz Çandar, der u. a. für die türkische Zeitung Radikal schreibt und in den neunziger Jahren Ministerpräsident Turgut Özal bei ersten Annäherungen an die PKK beriet, sieht in den Schritten der letzten Monate die Möglichkeit zum Beginn einer langfristigen Arbeit am Frieden. Dazu

müsste allerdings auch die türkische Regierung für einen beidseitigen Waffenstillstand eintreten und offensiv einen ehrlichen Dialog anstreben. Ruşen Çakır, der u. a. für CNN Türk arbeitet, sieht ebenfalls Möglichkeiten zur Beilegung des Streites zwischen Bevölkerungsgruppen, die ihre „Brüderschaft“ erkennen und sich die Hand reichen sollten. Hierzu müsste allerdings die kurdische Seite zuerst bedingungslos die Waffen niederlegen. Dass ein derartiges Vorgehen kaum positive Ergebnisse herbeiführen kann, würde dadurch deutlich, dass insbesondere in Zeiten von einseitigen Waffenstillständen das türkische Militär seine Operationen ausweite und der Staat besonders repressiv gegen legal politisch Tätige vorgehe, wurde dem Journalisten von mehreren RednerInnen entgegengehalten.

Leyla Zana, Selahattin Demirtaş (Parlamentsabgeordneter der BDP), Yüksel Genç (Vorsitzende des DTK), Sebahat Tuncel (Parlamentsabgeordnete der BDP) sowie Ömer Güneş (Anwalt von Abdullah Öcalan) konnten aus eigener Erfahrung über die Situation in der Türkei berichten. Insgesamt gibt es ihrer Ansicht nach gute und positive Zeichen für den Beginn eines friedlichen Wandels. Die parlamentarische und kommunalpolitische Arbeit der BDP und die immer wieder seitens der PKK ausgerufenen Waffenstillstände machen sich bemerkbar. Auch dass der Staat anfängt intensiver mit Abdullah Öcalan zu sprechen, wird positiv gewertet. Allerdings wäre mehr Transparenz in diesem Prozess zu wünschen. U. a. die anhaltende Repression, erneut zunehmende Menschenrechtsverletzungen, die KCK-Prozesse mit mehr als 1 700 Beteiligten und die Kriminalisierung der BDP sowie von MenschenrechtlerInnen im Allgemeinen, die nach wie vor katastrophale Situation der politischen Gefangenen sowie eine wenig unabhängige Justiz stünden jedoch einer positiven Entwicklung im Weg. Auch der Bürgermeister der Stadt Amed (Diyarbakır), Osman Baydemir, kritisierte in einem Grußwort, da er seit mehr als 10 Monaten einem Reiseverbot unterliegt und daher nicht persönlich anwesend sein konnte, dass eine solche Politik einer Demokratisierung und Demilitarisierung der türkischen Gesellschaft im Weg stehe.

Leyla Zana, Sebahat Tuncel und Yüksel Genç machten insbesondere auf Exklusionsprozesse gegenüber ethnischen und religiösen Gruppen, wie den AlevitInnen, den LazInnen, den ArmenierInnen und den ChristInnen im Verlauf der türkischen Geschichte, sowie die anhaltende Unterdrückung der Frauen in der chauvinistischen türkischen Gesellschaft aufmerksam. Aufgrund der mehrfachen Unterdrückung ist die Befreiung der Frauen ein zentrales Moment von gesellschaftlichen Fortschritten, so die RednerInnen. „Die politisch Verantwortlichen sollten in einem möglichen positiven Prozess auch durch institutionalisierte Bildungsarbeit über Friedensmöglichkeiten und die Notwendigkeit von Demokratisierungs- und Gleichstellungsprozessen informieren, so dass sich die Sehnsucht nach einer Ko-Existenz sämtlicher Bevölkerungsgruppen, auch bei der gesamten türkischen Bevölkerung, entwickeln kann“, betonte Leyla Zana. Dazu gehöre es auch, kulturelle Rechte durchzusetzen und das Nutzen und Lehren der kurdischen Sprache zu ermöglichen und die politisch motivierten Repressionen zu beenden.



Der Menschenrechtsverein IHD ruft zu einer Menschenrechtswoche auf, um gegen die Menschenrechtsverstöße der Türkei zu protestieren. Foto: DIHA

In mehreren Beiträgen von Europaabgeordneten wurde die Zwiespältigkeit der Politik der AKP kritisiert. Einerseits würden Reformen, wenn auch oft nur auf dem Papier, durchgeführt. Auch wenn in den letzten zehn Jahren einige positive Entwicklungen zu erkennen sind, reiche das jedoch lange nicht aus. Denn andererseits werden weiterhin Aspekte einer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik angewandt. Deutlich wurde, dass die KCK-Verfahren kein juristisches Fundament haben. Die Anklagen beruhen lediglich auf einer abstrakt zugeschriebenen organischen Verknüpfung der Beschuldigten mit der PKK und dem Vorwurf der Propaganda für eine terroristische Vereinigung. Besonders davon betroffen sind international wirksame PolitikerInnen. Die Realität in den kurdischen Provinzen ist allerdings, dass die Bevölkerung familiär mit der PKK verknüpft ist. In jeder Familie gibt es gefallene GuerillakämpferInnen oder zwangsrekrutierte Soldaten und Fälle von durch staatliche oder paramilitärische Kräfte gefolterten oder getöteten Verwandten. Jeder ernsthaft an einer Lösung interessierte Verantwortliche müsse diese Realität zur Kenntnis nehmen und damit arbeiten. Fraglich sei, ob die AKP lediglich vor den Wahlen im nächsten Frühsommer taktisch agiere, um die WählerInnen in Kurdistan zu besänftigen – oder ob die bisher nur angedeuteten Reformschritte auch fortgesetzt würden, so die Befürchtungen. Indikatoren dafür wären unter anderem die Reduzierung der 10%-Hürde bei Wahlen und weitere Reformen der Verfassung.

Die emanzipatorische und selbstbewusste Kraft der kurdischen Bevölkerung und Bewegung, in einer geostrategisch so wichtigen Region, ist mit den herrschenden Interessen der Regierungen sichtlich nur schwer vereinbar.

Besonders deutlich schilderten MenschenrechtlerInnen die Situation der InlandsmigrantInnen und die erneut zunehmenden Menschenrechtsverletzungen. Die Fälle von Folter haben erneut zugenommen, noch immer komme es zu Vertreibungen aus Dörfern, Übergriffen durch Dorfschützer und Polizeibeamte, vermehrt auch auf Kinder und Jugendliche – bei gleichzeitig über 99%iger Straflosigkeit von TäterInnen aus staatlichen Kreisen. Auch die Pressefreiheit werde besonders durch den Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches und das „Antiterror-Gesetz“ ausgehebelt. Zudem agiere die Justiz wenig unabhängig. Verfahren wegen Menschenrechtsverletzungen würden immer wieder verzögert, abgelehnt oder unter Geheimhaltung gestellt und so ein juristisches Vorgehen verhindert. Im ersten Halbjahr 2010 sei es zudem zu mehr als 19 extralegalen Hinrichtungen und zu mehreren Kriegsverbrechen durch das türkische Militär gekommen. Berichtet wurde über Chemiewaffeneinsätze gegen Guerillas, postmortale Verstümmelungen und Morde durch aufgesetzte Schüsse bei festgenommenen Guerillas, Vergewaltigungen durch Mitglieder des Geheimdienstes JİTEM und weitere schwere Menschenrechtsverletzungen. In den Provinzen Colemêrg (Hakkari), Şirnex (Şırnak), Dersim (Tunceli), Sêrt (Siirt), Wan (Van) und Agirî (Ağri) fänden neben nahezu täglichen Militäroperationen auch systematische Angriffe auf die Zivilbevölkerung statt.

Leider war keinE VertreterIn der türkischen Regierung anwesend, um sich zum Thema zu äußern. Besonders kritisch betrachteten Europaabgeordnete die Türkeipolitik innerhalb der EU. Die Kriminalisierung der politisch tätigen KurdInnen auf Grundlage der EU-Terrorliste sowie die fortgesetzten Waffenlieferungen und eine wenig vernünftige Gesamtstrategie politischen Handelns, die hauptsächlich auf wirtschaftlichen und geostrategischen Momenten beruhe, kritisierte besonders scharf der dänische Sozialist Søren Bo Søndergaard.

Insgesamt war die Konferenz sehr interessant und im Sinne einer Demonstration von allseitigem Friedenswillen und dem Aufzeigen von Dialogmöglichkeiten auch erfolgreich. Das internationale Interesse an dem Thema kam deutlich zum Ausdruck. Ein großes Lob auch an die VeranstalterInnen für ihre sehr gute Vorbereitung und Durchführung der Konferenz.

Geteilt wurde die Ansicht, dass die kurdische Frage letztendlich in der Region selbst gelöst werden muss. Dass die europäischen PolitikerInnen und die Bevölkerungen auch aufgrund kolonialistischer Politik in der Vergangenheit und heutzutage sowie der wirtschaftlichen, militärischen und bündnispolitischen Verflechtungen mit der Türkei für die jetzige Lage und weitere Entwicklungen mitverantwortlich sind, steht außer Frage.

Die Aussicht auf einen Friedensprozess – und die Klarheit der überwiegenden Anzahl der TeilnehmerInnen, die eine Einbeziehung der Beteiligten samt PKK und Abdullah Öcalan für einen nötigen Schritt zum Frieden halten – stimmt zunächst einmal hoffnungsvoll. Deutlich sichtbar ist aber auch, dass einige Kräfte in der Türkei und in Europa versuchen, die kurdischen AkteurInnen in einem solchen Prozess zu spalten. Die emanzipatorische und selbstbewusste Kraft der kurdischen Bevölkerung und Bewegung, in einer geostrategisch so wichtigen Region, ist mit den herrschenden Interessen der Regierungen sichtlich nur schwer vereinbar. So lassen sich auch die zwiespältige Politik der AKP und die Desinformation über den schon begonnenen öffentlichen Dialog und Ereignisse in der Türkei im europäischen Mainstream erklären. Die Versuche, die dynamischen Teile der Bewegung zu schwächen, sind unübersehbar. Weitere Schritte in einem anstehenden Friedens- und Demokratisierungsprozess stets im Bewusstsein von Kräfteverhältnissen und der Interessen der jeweiligen Akteure zu gehen, ist sicherlich gut, um nicht bereits errungene Emanzipationsschritte bedingungslos aufzugeben.

Die Abschlussresolution der siebten internationalen Konferenz zum Thema: „Die EU, die Türkei und die KurdInnen“ ist in der Internetausgabe zu finden: www.kurdistanreport.de ♦

Europäische Juristinnen und Juristen fordern:

Streichung der PKK von EU-Terrorliste

AZADÎ e. V., 13. November 2010

> „Die Listung der PKK als Terrororganisation ist auch politisch falsch, weil damit letztlich eine politische Lösung der Kurdenfrage erheblich erschwert wird und eher eine Grundlage für weitere Parteiverbote in der Türkei geschaffen wird."

Im November 2009 wurde auf Initiative des kurdischen „Vereins für Demokratie und internationales Recht" (MAF-DAD) und AZADÎ eine internationale juristische Fachtagung durchgeführt. Mitveranstalterinnen waren die „Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen" (VDJ), die „Vereinigung Europäischer Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in aller Welt" (EJDM) sowie die „Internationale Liga für Menschenrechte". Unter dem Arbeitstitel „Der so genannte Anti-Terrror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden – Die Praxis im europäischen Rechtsraum" tauschten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, der Schweiz und aus der Türkei ihre Erfahrungen zu den verschiedenen Aspekte der so genannten EU-Sicherheitsarchitektur aus.

Ein Ergebnis der Diskussionen dieser zweitägigen Fachtagung war die Erkenntnis, dass eine Indizierung der kurdischen Bewegung auf der EU-Terrorliste politisch falsch sei und aufgehoben werden müsse. Auf Vorschlag von italienischen Kolleg_innen wurde gemeinsam ein entsprechender Aufruftext erarbeitet und am 19. Oktober 2010 auf einer Pressekonferenz in Brüssel durch die Vorsitzende von MAF-DAD, Heike Geisweid, den Generalsekretär der EJDM, Thomas Schmidt, das Mitglied des „Progress Lawyers Network", Jan Fermon (Belgien), den Rechtsanwalt aus Italien, Mario Angelelli, sowie Pierre Robert, Mitglied des „Syndicat des Avocats pour la Démocratie" (Belgien), der Öffentlichkeit vorgestellt. Nachstehend der Wortlaut des Appells.

Europäische Juristinnen und Juristen fordern:
Streichung der PKK von EU-Terrorliste

„Seit 2002 wird die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf Wunsch der türkischen Regierung in der vom Rat der Europäischen Union regelmäßig aktualisierten Terrorliste geführt. Als wesentliche Begründung wurden Gewalttaten der PKK in der Türkei und im Ausland genannt.

Im Dezember 2009 wurde die Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP) vom türkischen Verfassungsgericht verboten. Die DTP hatte sich für eine nationale Anerkennung der Kurden und eine friedliche Lösung der Kurdenfrage eingesetzt. Damit wurde den etwa 20 Millionen Kurden in der Türkei die Möglichkeit genommen, sich für ihre Rechte und Interessen auf friedlichem Weg einzusetzen.

Im Anschluss an das Verbot der DTP gab es Ende 2009 eine Reihe von Protesten, denen eine Welle von repressiven Maßnahmen und Festnahmen gegen Bürgermeister, Mitglieder der örtlichen Verwaltungen, Menschenrechtsaktivisten und politische Repräsentanten der kurdischen Bewegung in der Türkei folgten. Die repressiven Maßnahmen und Festnahmen halten bis zum heutigen Tage an. Inzwischen hat die PKK wieder bewaffnete Aktionen gegen türkisches Militär ergriffen.

Die politische und rechtliche Einschätzung der PKK war und ist in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterschiedlich und schwankend. So hat zum Beispiel der deutsche Bundesgerichtshof 2004 entschieden, dass nur die Führungsebene der PKK als kriminelle Vereinigung einzustufen sei. 2008 hat der Europäische Gerichtshof (erste Instanz) in Luxemburg die Aufnahme der PKK in die Terrorliste der EU aus formalen Gründen für nichtig erklärt, weil sie nicht begründet worden sei und damit gegen europäisches Recht verstoße. Der Rat der Europäischen Union meint den Verfahrensfehler inzwischen behoben zu haben und führt die PKK weiterhin auf der Terrorliste. In einem jüngst beendetem Verfahren hat auch die große Kammer des EuGH die Rechtswidrigkeit der EU-Terrorliste zumindest bis zum Jahre 2007 festgestellt, weil den Betroffenen keine Begründung mitgeteilt wurde und eine angemessene gerichtliche Kontrollmöglichkeit fehle (C-550/09, 29.6.2010). Selbst innerhalb der EU gibt es nur wenige Länder – wie die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Frankreich -, die dem Wunsch der türkischen Regierung gefolgt sind, eine Betätigung der PKK zu untersagen.

Die aktuelle Schärfe des Konflikts verdeutlicht die Notwendigkeit einer politischen Lösung der „Kurdenfrage". Den vielfältigen diesbezüglichen Ankündigungen des türkischen Ministerpräsidenten sind kaum konkrete politische Schritte gefolgt.

Die vom Ministerpräsidenten vorbereitete Verfassungsänderung sieht immer noch keine gleichberechtigte Anerkennung des kurdischen Volkes vor. Die Mehrheit des türkischen Parlaments ist noch nicht einmal bereit, das Verfassungsgericht in seiner Kompetenz bei der Verhängung von Parteiverboten einzuschränken.

Die Terrorliste des Rates der Europäischen Union ist seinerzeit auf Druck der US-Regierung nach dem Anschlag vom 11. September 2001 beschlossen worden. Sie gehörte zu einer Reihe von Maßnahmen, die einer rechtsstaatlichen Grundlage entbehren. Einerseits ist der Terrorismusbegriff unzureichend bestimmt für einen derart schwerwiegenden Eingriff in persönliche und politische Freiheitsrechte. Zum anderen fehlt ein rechtsstaatliches Verfahren, mit dem sich die betroffenen Personen und Organisationen zur Wehr setzen können.

Konkret bezogen auf die PKK ist die Einordnung als „Terrororganisation" rechtlich und politisch falsch. Die Aufnahme der PKK in die Terrorliste der Europäischen Union trägt dem Umstand nicht angemessen Rechnung, dass die PKK seit 1993 wiederholt einseitige Waffenstillstände erklärt und umgesetzt hat. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Militär müssen auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die türkische Regierung der angekündigten Lösung der Kurdenfrage keine konkreten Schritte folgen ließ, sondern die Repressionen gegen die kurdische Zivilgesellschaft eher verschärft und in großem Umfang sogar Kinder verhaftet und verurteilt wurden.

Mit der Aufnahme der PKK in die Terrorliste wird von der EU auch – ungeachtet der seit Jahrzehnten gegenüber den Kurden in der Türkei von der Regierung verübten politischen und kulturellen Unterdrückung, Vertreibung, Folterung und Ermordung – das international anerkannte Recht auf Widerstand geleugnet. Damit werden vom Rat der Europäischen Union selbst die Ergebnisse des von der Europäischen Kommission jährlich veröffentlichten Fortschrittsberichts ignoriert, in welchem die schweren Menschenrechtsverstöße gegen die kurdische Bevölkerung regelmäßig gerügt werden.

Die Listung der PKK als Terrororganisation ist auch politisch falsch, weil damit letztlich eine politische Lösung der Kurdenfrage erheblich erschwert wird und eher eine Grundlage für weitere Parteiverbote in der Türkei geschaffen wird.

Die Europäische Union hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie in der Lage ist, über ihre Beitrittskriterien durchaus positiven Einfluss auszuüben auf die politische und rechtliche Entwicklung in der Türkei. Mit der Streichung der PKK von der Terrorliste könnte ein weiterer wichtiger Anstoß geliefert werden für eine politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei."

Die UnterstützerInnen dieser Erklärung fordern daher:

– die Streichung der PKK von der Terrorliste der Europäischen Union
– die aktive Unterstützung einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage und der kurdischen Zivilgesellschaft durch die Europäische Union
– keine Auslieferung von kurdischen politischen Flüchtlingen an den Verfolgerstaat Türkei
– keine Einschränkung des Asylrechts aus Gründen der Mitgliedschaft in kurdischen Organisationen
– die generelle Aufhebung der EU-Terrorliste

Unterzeichner:
European Association of Lawyers for Democracy and World Human Rights (ELDH), with lawyers in 16 European Countries, www.eldh.eu
European Democratic Lawyers (EDL-AED), with lawyers in 6 European countries, www.aeud.org
International Association of Democratic Lawyers (IADL), www.iadllaw.org
Association for Democracy and International Law (MAF-DAD), www.mafdad.org
Progress Lawyers Network, www.progresslaw.net
Union of Bulgarian Jurists, www.sub.bg
Haldane Society of Socialist Lawyers, www.haldane.org
Association Française des Juristes Démocrates
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V., www.vdj.de
Alternative Intervention of Athens Lawyers [AIAL], www.epda.gr
Giuristi Democratici, www.giuristidemocratici.it
Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz [DJS], www.djs-jds.ch
Progressive Lawyers Organization [ÇHD], www.cagdashukukculardernegi.org
Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), www.rav.de
Droit et solidarité, www.droitsolidarite.free.fr

Weitere Unterzeichnungen sind willkommen!

Kontakt für weitere Information und Unterstützung des Appells:
European Association of Lawyers for Democracy and World Human Rights (ELDH), with lawyers in 16 European Countries, secretary-general@eldh.eu or signatures@eldh.eu, 0049-211-444 001
Association for Democracy and International Law (MAF-DAD), info@mafdad.org, 0049-221-355 33 22 30 ♦

Die neue Regierung im Irak und ihre Auswirkung auf das Kräftegleichgewicht

Den Kurden räumten sie lediglich die Rolle eines Jokers ein ...

Adem Uzun

Acht Monate nach der Parlamentswahl kamen alle politischen Gruppen in Bagdad zusammen und einigten sich über die neu zu bildende Regierung. Am nächsten Tag trat Nuri al-Maliki im Namen der Liste „Rechtsstaat" vor die Medien: „(…) Es ist wichtig, dass einige Kreise sich sowohl an der Regierungsbildung beteiligen als sich auch der mit der Unterstützung des Terrors drohenden Machtbeteiligung der Baath entgegenstellen. Diese Kreise sollten die Gesetze Iraks nicht verletzen und das Prinzip der gleichberechtigten Verteilung beachten." Diese Botschaft richtete sich an die sunnitischen Kreise. Es ist bezeichnend, dass sie unmittelbar nach dem Treffen in Bagdad abgegeben wurde. Es hat den Anschein, als hätten die sunnitischen Gruppen die getroffene Übereinkunft ungewollt akzeptiert. Aus der genannten Versammlung ging Nuri al-Maliki gestärkt hervor, so dass er eine solche Drohung aussprechen konnte. Sie war auf den ehemaligen Gouverneur von Mosul, Osama al-Nujaifi, gemünzt, die stärkste Persönlichkeit der Sunniten, auch als fundamentalistischer Baath-Nationalist und kurdenfeindlich bekannt.

Die Regierungsbildung im Irak gestaltete sich äußerst problematisch. Während die Kurden von Beginn an erklärten, sie würden nicht auf den Posten des Staatspräsidenten verzichten, beharrten die Schiiten indessen auf dem des Ministerpräsidenten. Die Sunniten, als stärkste politische Kraft aus der Wahl hervorgegangen, beanspruchten in erster Linie das Amt des Staatspräsidenten und, als dies unwahrscheinlich erschien, das des Ministerpräsidenten. Obwohl stärkste Partei, war klar, dass sie auf die Unterstützung entweder der Kurden oder der Schiiten angewiesen waren, weil sie die Regierung nicht allein stellen konnten. Auch die Schiiten mit insgesamt 159 Parlamentssitzen (der Listen „Rechtsstaat" und „Nationales Bündnis") waren dazu nicht in der Lage. Diese Konstellation stärkte die Position der Kurden. Denen stehen die Schiiten noch näher als die Sunniten. Die Tatsache, dass sich unter den Sunniten Mitglieder der ehemaligen Baath-Partei finden, führte zeitweise zu ernsthaften kurdisch-sunnitischen Konflikten. Der Mosuler Ex-Gouverneur Osama al-Nujaifi ist einer von ihnen und Iyad Allawi darunter der Gewichtigste. Das erschwerte die Arbeit der sunnitischen Liste. Auch im Falle kurdischer Unterstützung für die Sunniten hätte es nicht zur Regierungsbildung gereicht. Mindestens eine Gruppe der Schiiten hätte mitziehen müssen. Trotz auswärtigen Beistands durch in erster Linie USA, Türkei, Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien bleibt wegen der nötigen schiitischen Steigbügelhilfe eine Regierungsbildung der Allawi-Gruppe unmöglich.

Diese Situation wiederum stärkt den Einfluss des Irans. Der war um eine Beilegung, zumindest um einen Aufschub der Widersprüche unter den schiitischen Gruppen bemüht. Gleichzeitig drängte er die Kurden drohend mit einer Wortwahl jenseits diplomatischer Gepflogenheiten, sich klar an seiner Seite zu positionieren, ansonsten er alle Beziehungen zu ihnen abbräche, so die Botschaft. Zur Untermauerung mit praktischen Angriffen ließ er über die Organisation Ensar El Süne kurdische Siedlungsgebiete bombardieren. Für den Iran ist die Regierungsbildung im Irak äußerst wichtig. Sollte die Macht dort in sunnitische Hände gelangen, würden die Aktivitäten gegen ihn zunehmen, so befürchtet er, und USA, Türkei und sunnitisch-arabische Staaten würden ihre Stellungen ihm gegenüber noch weiter ausbauen. Vor diesem Hintergrund betrachtete der Iran die Regierungsbildung im Irak regelrecht als Vorbereitungsphase für einen Regionalkrieg gegen sich. Aus diesem Grunde verfolgte er diese Phase äußerst aufmerksam und versuchte, den Ausgang zu seinen Gunsten zu wenden. Es war kein Zufall, dass Necirvan Barzani (Demokratische Partei Kurdistan PDK) vor der Regierungsbildung den Iran besucht hatte. Zeitnah wurden Militante von Ensar El Süne festgenommen, bevor sie ihre geplanten Selbstmordanschläge in kurdischen Gebieten durchführen konnten. Das Gerücht über den Aufenthalt von Mitgliedern dieser Gruppen in Kurdistan hatte sich unter den Kurden verbreitet. Es ist davon auszugehen, dass Nercirvan Barzani für den Iran die Botschaft hatte: „Wir werden bei der Regierungsbildung mit den schiitischen Gruppen gehen und in unseren regionalen und internationalen Beziehungen den Iran berücksichtigen." Barzani war klar, was es bedeuten könnte, den Iran nicht mit einzubeziehen.

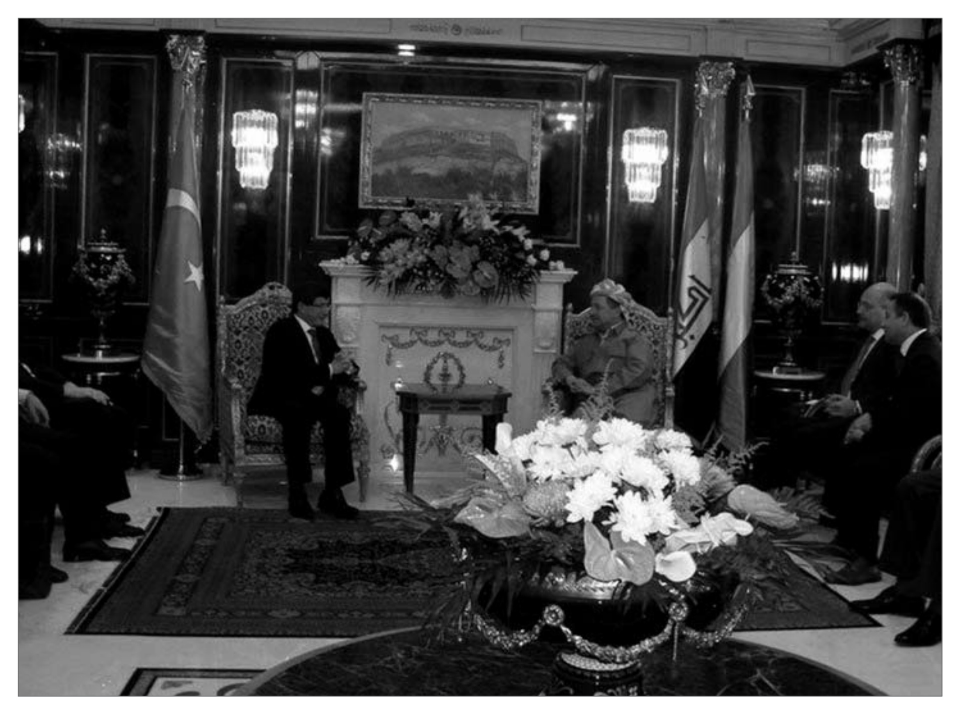
Sowohl die USA als auch die Türkei übten Druck auf die Kurden aus, nicht auf dem Posten des Staatspräsidenten zu beharren. Der kurdische Abgeordnete Mahmut Osman bezichtigte die USA dieser Nötigung öffentlich. Auch Massud Barzani gestand gegenüber der Presse ein, nie zuvor einem derartigen Druck ausgesetzt gewesen zu sein. Die USA waren gegen eine Regierung mit großem schiitischem Einfluss, ihr Ziel war ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen Schiiten und Sunniten. Den Kurden räumten sie lediglich die Rolle

eines Jokers ein, nach Bedarf einsetzbar, nicht als eigentliche Spielkarte. Sie versuchten als Erstes, Nuri al-Maliki zu neutralisieren und eine Regierung aus den Listen „Nationales Bündnis“ (Ammar El Hekim) und „Al Iraqija“ (Allawi) unter kurdischer Beteiligung zu bilden. Wäre diese Rechnung aufgegangen, hätten die USA ein Gegengewicht zum Iran herstellen können. Als dies nicht möglich erschien, versuchten sie, die Sunniten über den Staatspräsidentenposten zu beteiligen, und forderten die Kurden aus diesem Grunde zum Verzicht auf. Als Massud Barzani das Ausmaß des politischen Drucks eingestand, meinte er damit nicht nur den von Seiten der USA. Denn daneben wurden die Kurden auch vom Iran bedrängt, den Staatspräsidentenposten nicht aufzugeben und den sunnitischen Einfluss nicht wachsen zu lassen.

Bei all diesen Analysen darf die Türkei nicht außer Acht gelassen werden. Der letzte Besuch des türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu in Südkurdistan war ein Teil der diplomatischen Bemühungen, die Kurden von ihrem Festhalten am Staatspräsidentenposten abzubringen. Die Türkei befürchtet, die Kurden könnten sich den Schiiten und dem Iran annähern und ihre Position innerhalb der irakischen Zentralregierung stärken. Dies hätte zur Folge, dass sich die Bindungen zwischen den Kurden und der Türkei abschwächen und die Türkei ihren Einfluss auf die Kurden verliert. Dies wiederum würde ein eigenständiges Handeln der Kurden bewirken und neuen ökonomischen, politischen, diplomatischen, ja sogar militärischen Bündnissen auf regionaler und internationaler Ebene die Tür öffnen. Um dies zu verhindern, muss sie den Einfluss der Kurden in der irakischen Zentralregierung schwächen und deren Absichten zu neuen internationalen Bündnissen durchkreuzen. Dies ist aus Sicht der Türkei nur über die irakische Zentralregierung möglich. Sie will ein Kurdistan, das auf den türkischen Staat angewiesen ist und regional und international die Schutzherrschaft der Türkei akzeptiert. Ein solches Kurdistan stellt für die Türkei keine Gefahr dar.

Außerdem ist die Türkei bestrebt, die regionale Stärkung des Iran zu verhindern. Diese würde ihr die irakische und kurdische Karte aus der Hand schlagen. Sie würde so ihre regionale Führungsposition sowie die Kontrolle über die Kurden verlieren. Diese beiden Aspekte bestimmen die Koordinaten der türkischen Außenpolitik. Die Regierungsbildung im Irak interessiert daher nicht nur die USA, den Iran und die sunnitisch-arabischen Länder, sondern auch die Türkei.

Auch wenn „Al Iraqija“ sich aus der Regierung zurückzieht, so hat die Phase der Regierungsbildung begonnen. Das wird nicht reibungslos ablaufen. Momentan sind die Sunniten erneut herausgedrängt und die gegenwärtige Konstellation werden weder die USA noch die sunnitisch-arabischen Staaten oder die Türkei ohne weiteres akzeptieren. Aus diesem Grunde besteht die Gefahr neuer konfessionell bedingter Auseinandersetzungen im Irak. Auch die an die Baath gerichtete Erklärung al-Malikis deutet darauf hin. Sollten neue konfessionelle Kämpfe ausbrechen, so werden hierbei sunnitisch-arabische Staaten und die Türkei eine Rolle spielen. Sie werden die aktuelle Niederlage auf diese Weise zu kompensieren versuchen.



Der türkische Außenminister Davutoğlu besucht den Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan im Norden des Iraks, Massud Barzanî. Foto: DIHA

Prognose:

Nuri al-Maliki wird Ministerpräsident. Um die Befugnisse des schiitischen Führers im Gleichgewicht zu halten, werden der sunnitischen „Al-Iraqija“-Liste unterschiedliche Posten zugeteilt. Um dies zu gewährleisten, wurde der „Nationale Rat für strategische Politik“ unter dem Vorsitz von Iyad Allawi gebildet. Osama al-Nujaifi wurde zum Parlamentspräsidenten, Celal Talabani zum Staatspräsidenten gewählt. Talabani beauftragte al-Maliki mit der Regierungsbildung. Auf diese Weise bekam die von den USA, der Türkei, Saudi-Arabien und Jordanien unterstützte sunnitische Gruppe nicht den Posten des Ministerpräsidenten, aber andere wichtige Ämter. ♦

Die Situation der südkurdischen Parteien

Keine Initiative, um die kurdische Frage zu lösen

Savaş Andok

Die Parlamentswahl im Irak am 8. März 2010 war ein regelrechter Lackmustest für die irakischen Kräfte. Wer mit wem enge Beziehungen pflegt, welche diplomatische, militärische, ökonomische und geheimdienstliche Ebene diese Beziehungen erreicht haben, das stellte sich aus verschiedenen Perspektiven dar. Es gestaltete sich nicht nur für die irakischen, sondern auch für die kurdischen Gruppen als eine ernsthafte Prüfung. Für wen ist diese Prüfung wie ausgefallen? Das wird in naher Zukunft klar werden. Gegenwärtig kann gesagt werden, dass die Kurden während der gesamten Phase der Regierungsbildung im Irak eine bedeutende Rolle gespielt haben. Ihre Position, die unterschiedlichen Parteien zusammenzubringen, war entscheidend. Davon scheint auch die Öffentlichkeit überzeugt zu sein.

Es gibt Fakten die das belegen. Drei Tage vor der Wahl des irakischen Minister- und des Staatspräsidenten kamen alle politischen Führungspersonen im Irak unter dem Vorsitz von Massud Barzani in der südkurdischen Stadt Selahattin zusammen. Auf den anschließenden Sitzungen in Bagdad gab es an bestimmten Punkten Übereinkünfte. Die Tatsache, dass die Kurden bei der Regierungsbildung im Irak eine Vermittlerrolle spielten, wurde dabei klar. Entspricht es der Wahrheit oder nicht? Wir können lediglich anhand von Fakten die Situation versuchen zu analysieren.

Falls die Kurden die Kraft besitzen, die politischen Kräfte im Irak zusammenzubringen, so müssten sie im Vergleich zu früher eine noch stärkere Position in der Zentralregierung Iraks haben. Damit sie die Regierung unterstützen, müssten meiner Meinung nach zumindest die formulierten 19 Artikel akzeptiert werden. Wenn ihre Position tatsächlich so stark war, warum kam es dann zu den Problemen um die Staatspräsidentschaft? Wie konnten sie ferner die politischen Kräfte im Irak, die trotz achtmonatiger diplomatischer Bemühungen und Erpressungen seitens der USA, des Iran, der Türkei und der sunnitisch-arabischen Länder nicht zu einer Regierungsbildung gebracht werden konnten, allein überzeugen? Dies erscheint nicht sehr logisch.

Die Kurden standen während der Regierungsbildungsphase unter dem Druck der USA, der Türkei, des Iran und der sunnitisch-arabischen Staaten. Vor allem die Türkei sah in der Stärkung der Kurden in der irakischen Zentralregierung eine große Gefahr für sich. Die Regierung ist bis dato nicht gebildet. Der Posten des Staatspräsidenten ist kein Amt, das die Position der Kurden in der Zentralregierung Iraks stärken wird. Die Bedeutung dieses Amtes für die Kurden kann lediglich darin liegen, dass sie, die sie seit Jahrhunderten in dieser Region verleugnet wurden und weder über einen nationalen noch internationalen Status verfügen, mit ihrer nationalen Identität einen Staatspräsidenten stellen und internationales Prestige gewinnen, zugleich den Konkurs der regionalen und internationalen Verleugnungspolitik gegen die Kurden augenfällig machen.

Auch wenn es nur um diese beiden Aspekte geht, ist es wichtig, dass die Kurden dieses Amt nicht aufgeben. Es muss dennoch betont werden, dass es praktisch gesehen keine wichtige Funktion hat. Die Position der Kurden innerhalb der Zentralregierung wird sich erst herausstellen, wenn die Regierung gebildet ist. Ihre eigentliche Stärke wird dadurch bestimmt werden, welche Minister sie stellen und inwieweit sie in der Administration vertreten sein werden.

Die regionale und internationale Konjunktur offeriert den Kurden – wenn auch ungewollt – eine wichtige Rolle.

Die regionale und internationale Konjunktur offeriert den Kurden – wenn auch ungewollt – eine wichtige Rolle. Diese liegt aber nicht in der Regierungsbildung oder darin, die politischen Führungspersonen des Irak zusammenzubringen. Ihre eigentliche Rolle besteht darin, über die Zentralregierung den regionalen und internationalen Kräften die Lösung der kurdischen Frage aufzuzwingen. In erster Linie könnte die Rückführung der dem Irak eingegliederten 42 % des südkurdischen Territoriums, die im Artikel 140 der irakischen Verfassung geregelt ist, bei der Lösung von Bedeutung sein. Auch wenn das in dieser Zeit ebenfalls zur Sprache gekommen sein sollte, bin ich der Meinung, dass nicht sonderlich darauf beharrt worden ist. Vielmehr versuchen die südkurdischen Kräfte, das, was sie im Moment in der Hand halten, nicht zu verlieren.

Die irakischen Kräfte, die sich dieses Dilemmas der Kurden bewusst sind, versuchen die Lösung der Probleme um Kirkuk,

um die Anwendung des Artikels 140, um die Peschmerga und das Öl aufzuschieben. Es heißt, zwischen Nuri al-Maliki und Massud Barzani sei ein Abkommen getroffen worden, das die Lösung des Problems um Kirkuk innerhalb von zwei Jahren vorsehe. Aber aus welchen Gründen auch immer wird dieses Abkommen nicht öffentlich gemacht. Vielmehr beruht die Berichterstattung zu diesem Thema auf Gerüchten, die niemand widerruft. Diese offiziell undementierten Gerüchte erwecken daher den Anschein, als seien ihre Quellen offizielle. Auch wenn sie nicht selbst die Informationen streuen, so scheint es, dass deren Verbreitung ihnen nicht widerstrebt. Weil diese Art von Abkommen das Schicksal der Kurden betrifft, ist es wünschenswert, dass sie veröffentlicht werden. Hinter geschlossenen Türen solche Abkommen zu treffen, ist nur zum Vorteil der Zentralregierung Iraks.

Ich denke, dass diese Situation eine bewusste Zermürbungstaktik beschreibt. Weil die irakische Regierung momentan keine negative Haltung gegenüber der Lösung des Problems zeigen kann, versucht sie auf diese Weise, sie aufzuschieben, die Kurden zu ermüden und ihnen die Hoffnung zu nehmen. Die Kurden sollten diese Politik nicht mittragen.



Die Friedensmütter aus der Türkei vor dem Parlament in Südkurdistan Foto: DIHA

Die Situation der kurdischen Kräfte

Neben der Haltung der Zentralregierung ist bei der Lösung des Problems die Haltung der Kurden entscheidend. Diese haben keine diesbezügliche gemeinsame Politik. Sie führen auch untereinander Machtkämpfe. Südkurdistan ist wie ein kleines Modell des Irak. So wie regionale und internationale Mächte die irakischen politischen Kräfte auf unterschiedliche Weise beeinflusst und auf ihre Linie gebracht haben, so haben sie auch die kurdischen Kräfte ähnlich beeinflusst. Ein Beispiel dafür ist die neue Goran-Bewegung, die in kurzer Zeit angewachsen ist. Es ist inzwischen ersichtlich, dass es sich dabei um eine Operation der USA gegen die YNK handelt.

Zum einen soll damit ein Ausgleich zur Annäherung der Patriotischen Partei Kurdistans YNK an den Iran geschaffen werden, zum anderen beinhaltet es auch eine Botschaft an die Demokratische Partei Kurdistan PDK. Die Goran-Bewegung stellt für die USA ein Sicherheitsventil in ihrer Politik im Süden dar. Auf der anderen Seite soll auf diese Weise verhindert werden, dass die südkurdische Opposition sich radikalen Bewegungen nähert. Weder sollen PDK und YNK vollkommen an Bedeutung verlieren noch derart an Stärke gewinnen, dass sie sich von den USA lossagen können. Bei näherer Betrachtung zeigt sich die Goran-Bewegung als keine Organisation mit einer starken ideologischen und organisatorischen Basis. Sie formt sich vielmehr um Necirvan Mustafa und soll die mit der Politik von YNK und zum Teil auch PDK Unzufriedenen sammeln. Mit politischen Argumenten gegen die Fehler von YNK und PKD hat sie sich entwickelt. Anfänglich war sie in ihrer Kritik äußerst radikal, aber in letzter Zeit hat sich auch dies abgeschwächt.

Die Basis der Goran-Bewegung in Kurdistan kommt überwiegend aus der Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren. Goran spricht diese Klientel an. Die Hauptphilosophie lautet: „Lass sie machen!“, d. h. die liberale Freiheitsphilosophie. In der aktuellen Situation versucht sie, die Bevölkerung über die Mängel der YNK und PKD anzusprechen. Sie verfolgt eine kurzfristige Politik. Ihr Zulauf ist nicht mehr so stark wie in der Anfangszeit. Bei der Parlamentswahl hat sie meiner Meinung nach ihr Maximum erreicht. Die anfängliche Hoffnung, die sie ihrer Wählerschaft geboten hat, wandelt sich immer mehr in Hoffnungslosigkeit. Die Bevölkerung hatte nicht mehr daran geglaubt, dass sich in Südkurdistan neben PDK und YNK eine andere Kraft entwickeln könne. Die Goran-Bewegung hat diese fehlende Hoffnung in der Bevölkerung geweckt. Aber momentan hat sich die Vorstellung, sie könne eine Alternative zu PDK und YNK darstellen, verflüchtigt. Daher schrumpft ihre Basis, was wiederum den islamischen Bewegungen Zulauf beschert. Wenn die Goran-Basis keine andere Alternative vorfindet, besteht die Gefahr, dass sie zu islamischen Kräften abdriftet. Die kulturelle Regeneration in Südkurdistan spielt hierbei ebenfalls eine wichtige Rolle. Während damit ein Teil der Gesellschaft regeneriert wird, nähert sich ein anderer konservativer Teil, der dem entfliehen will, den islamischen Kräften.

Das Hauptbestreben der politischen Gruppen, allen voran der PDK und der YNK, in Südkurdistan besteht darin, finanzielle Vorteile für sich zu erlangen. Ihr wesentlicher Kampf geht darum, welche Partei wie viel Profit aus der Macht ziehen kann. Aus diesem Grunde haben die gegenwärtigen politischen Kräfte in Südkurdistan keinerlei ernsthafte Projekte und Politik, um die kurdische Frage zu lösen. Die Verlautbarungen dazu richten sich auch nur an die eigene Öffentlichkeit. Die Kurden scheinen mit dem auf die drei Provinzen begrenzten Status zufrieden zu sein. Solange sie diesen Status aufrechterhalten, werden sie meiner Meinung nach keine ernsthaften Probleme mit anderen Kräften haben. ♦

Truska, eine Frauenzeitung in Südkurdistan

Funke des Feuers für die Aufklärung der Frauen

Interview mit Narin Feteh, Redaktionsmitglied der Frauenzeitung Truska, Oktober 2010

Können Sie die Frauenzeitung Truska kurz vorstellen?

Die Frauenzeitung Truska ist zum ersten Mal am 30. Juni 2004 erschienen. Sie ist das Presseorgan der Organisation Freiheitsliebender Frauen Kurdistans (Rêkxirawên Jinên Azad yên Kurdistanê – RJAK) und wird seitens dieser Organisation herausgegeben. Aufgrund mangelnder finanzieller Möglichkeiten und organisatorischer Probleme mussten wir nach den ersten zehn Ausgaben die Herausgabe vorübergehend einstellen. Die autonome Zeitungsarbeit von Frauen war etwas sehr Neues in Südkurdistan, deshalb mangelte es an Unterstützung und Interesse für diese Arbeit. Wir haben wiederholt bei der Regierung und anderen Einrichtungen Förderanträge gestellt, jedoch haben wir die notwendige finanzielle Unterstützung nicht erhalten. Wir haben dann angefangen, Spenden für die weitere Herausgabe zu sammeln und Unterstützerinnen für unsere Arbeiten zu organisieren. Dadurch konnten wir am 8. März 2007 mit einer Sonderausgabe zum Internationalen Frauentag wieder mit der Herausgabe unserer Zeitung beginnen. Seitdem erscheint unsere Zeitung ohne Unterbrechung alle zwei Wochen. Es ist die einzige intellektuelle Frauenzeitung, die hier zweiwöchentlich erscheint und wir haben das Ziel, unsere Zeitung künftig wöchentlich herausbringen zu können. Es gibt andere Frauenzeitschriften, die monatlich erscheinen, oder allgemeine Wochenzeitungen, aber keine Frauenwochenzeitungen.

Wie haben Sie es geschafft, die finanziellen Probleme der Zeitung zu lösen? Wie wird die Zeitung verkauft?

Die Frauenorganisation hat unsere Arbeit mit besonderen Projekten unterstützt, aber auch ihre eigene Organisierung verbreitern können, womit auch das Interesse an unserer Zeitung gestiegen ist und wir eine größere Leserinnenschaft hinzugewonnen haben. Die Zeitung wird in einigen Geschäften und an Schulen verkauft. Aber die meisten Zeitungen werden durch Aktivistinnen der Frauenorganisation per Hand verteilt und verkauft. An einigen Orten läuft das sehr gut, an anderen Orten – wo die Frauen weniger finanzielle Mittel haben – wird die Zeitung auch unentgeltlich weitergegeben. Aufgrund unserer begrenzten finanziellen Mittel hat unsere Zeitung eine Auflage von 1 000 Stück.



Narin Feteh Foto: Truska

Von welchen Frauen wird die Truska vorrangig gelesen? Sind das Frauen aus einer bestimmten Schicht, sind es Studentinnen?

Unser Prinzip ist es nicht, die Menschen aus den reichen Schichten zu erreichen, auf die sich eh alle stürzen. Es geht uns vielmehr um die Frauen, die irgendwo in den Ecken zurückgeblieben sind, die Fähigkeiten haben, die niemand kennt. Wir möchten diese Frauen erreichen und ihnen Anstöße dazu geben, ihre Fähigkeiten zu erkennen und sich mitzuteilen. Ich kann sagen, dass die Truska die Stimme der Frauen ist, die kaum Möglichkeiten besitzen, sich politisch zu engagieren. Wir versuchen, wichtige und tiefgehende Inhalte mit einer einfachen Sprache zu vermitteln, so dass Frauen aus allen Teilen der Gesellschaft sich informieren und weiterbilden können. Des Weiteren verteilen wir unsere Zeitung an alle Frauenorganisationen und -einrichtungen sowie an die Bibliotheken der Universitäten.

In welchen Gebieten wird die Zeitung verteilt?

Die gesamte Zeitung erscheint in Soranî und wird in den Gebieten verteilt, in denen hauptsächlich Soranî gesprochen wird, wie z. B. Hewler, Diyana, Süleymania, Germiyan, Qaladize, Kerkuk. In Gebieten wie Duhok, wo schwerpunktmäßig



تروسکە

ژنێکی هۆشیار و ڕێکخستو ، کۆمەڵگایەکی دیموکرات

Truskajin@hotmail.com

لە بەرامبەر کەلتوری دەستدرێژی، ژنان لە تێکۆشاندان

پیاوان هۆکاران لە جیابوونەوەی نێوان ژن و پیاو

کچان پاڵەوانیان بەدەست هێنا

دادوەرانی ژن دەستیان بەکارکرد

Eine Ausgabe der Truska

Kurmancî gesprochen wird, können wir kaum Frauen erreichen.

Was bedeutet Truska?

Funke – sie ist ein Funke des Feuers für die Aufklärung der Frauen. Aus diesem Grund haben wir den Namen gewählt.

Was sind die Hauptinhalte von Truska? Gibt es bestimmte Themenseiten?

Die Truska umfasst 8 Seiten. Ein Teil sind aktuelle und auch internationale Frauennachrichten. Nachrichten darüber, was in den letzten 15 Tagen auf der Welt aus Frauensicht Wichtiges passiert ist, jedes Ereignis, jeder Schritt, der für Frauen von Bedeutung sein und ihnen neue Anstöße geben könnte. Weiter geht es um Politik und nationale Themen, wobei die nationale Frage, d. h. die Lösung der kurdischen Frage, für uns immer noch ein sehr grundlegender Widerspruch ist. Gesellschaft und deren Probleme und Entwicklungen, Kunst, Kultur, Natur und Gesundheit sind Themen. Historische Frauenpersönlichkeiten werden vorgestellt.

Weiter geht es um Probleme, die Frauen in der Gesellschaft erleben. Die Seite „Gedanken und Zuhause“ lädt alle Frauen ein, ihre Gedanken, egal zu welchem Thema, aufzuschreiben. Und eine unserer Seiten heißt „verloren gegangene Nachrichten“. Dort wird über aktuelle Kampagnen von Frauenbewegungen berichtet, wie z. B. derzeit über die Kampagne gegen die Vergewaltigungskultur: „Unser Freiheitskampf wird die Vergewaltigungskultur überwinden!“ Außerdem gibt es „ungewöhnliche“ Nachrichten Frauen betreffend, wie neue Ergebnisse archäologischer Ausgrabungen oder etwas über das Leben von Göttinnen.

In jeder Ausgabe setzen wir einen anderen Themenschwerpunkt. Das kann ein Interview mit einer Künstlerin, mit einer Politikerin oder mit Aktivistinnen in zivilgesellschaftlichen Organisationen sein.

Wie sieht die Beteiligung Eurer Leserinnen an der Zeitungsarbeit aus?

Seit Anfang an beteiligen sich viele Frauen ehrenamtlich an unseren Arbeiten. In allen Städten gibt es Frauen als regionale Vertretung unserer Zeitung. Anfangs war es schwer, Schreiberinnen zu finden. Aber sowohl quantitativ als auch qualitativ konnten wir unsere Autorinnengruppe verbessern. Es geht uns dabei darum, die gedankliche Stärke und die Ausdruckskraft von Frauen zu fördern. Es gibt zum Beispiel einige Autorinnen, die anfangs qualitativ sehr schwache Artikel geschrieben haben, die aber jetzt die Ereignisse auf eine solch starke Weise interpretieren, wie es häufig langjährigen Politikerinnen noch nicht einmal gelingt. Einer unserer Erfolge ist es, dass wir durch die Zeitung das Interesse von Frauen am Lesen und Schreiben geweckt haben und sie Ansporn bekommen haben, ihre Fähigkeiten in diesem Bereich zu erweitern.

Wer ist in der Redaktion der Truska? Sind das vorrangig Schriftstellerinnen und Akademikerinnen?

Wir haben diesbezüglich keine Grenze gesetzt, weil es eines unserer Ziele war, gegenüber dem patriarchalen System und den herrschenden Medien eine alternative Frauenpresse aufzubauen. In der herrschenden Presse z. B. müssen JournalistInnen bestimmte Schulabschlüsse und Diplome vorweisen. Aber dadurch wird die Informationsvielfalt eingeschränkt. Wir beziehen Frauen aus allen Gesellschaftsschichten in unsere Zeitungsarbeit mit ein – Hausfrauen, einige davon haben nur die Grundschule besucht, Universitätsprofessorinnen oder Studentinnen.

Seid Ihr als eine alternative Frauenzeitung, die sich kritisch mit vielen Themen auseinandersetzt, seitens der Männer oder seitens des Staates mit Angriffen konfrontiert gewesen?

Wir haben einen offiziellen Status, der uns diese Arbeiten ermöglicht. Zwar haben einige Behörden Informationen über uns eingeholt, aber mit ernsthaften Hindernissen seitens des Staates waren wir noch nicht konfrontiert.

Im Unterschied zu den anderen Frauenzeitungen haben wir uns von Anfang an dagegen entschieden, Beiträge von Männern zu veröffentlichen. Das wurde von einigen als feministische Haltung bewertet. Einige Männer meinten, wir würden Männer diskriminieren und seien nicht in der Lage, alle Themen abzudecken, und dass wir die Zeitung nach kurzer Zeit wieder einstellen müssten, wenn wir uns nur auf Beiträge von Frauen verlassen würden. Aber mit unserer dreijährigen Praxis haben wir bewiesen, dass diese anfänglichen Behauptungen von Männern gegenstandslos waren.

Gibt es Themen, die Ihr aufgrund gesellschaftlicher oder politischer Tabus nicht in dem Umfang behandeln könnt, wie Ihr gerne wolltet?

Bislang haben wir uns in unseren Beiträgen immer darum bemüht, die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen. Einige Studentinnen meinten, dass sie erstaunt sind, dass die Zeitung trotz ihrer radikalen Sprache bislang nicht geschlossen wurde. Aber als eine alternative Frauenzeitung dürfen wir nicht davor zurückschrecken, die Wahrheit zu sagen. Es ist ein Ziel unseres Frauenfreiheitskampfes, unsere Probleme und Forderungen mutig zur Diskussion stellen zu können. Wenn wir die Situation der Frauen nicht auf radikale Weise analysieren, können wir die herrschenden Verhältnisse nicht verändern.

Wenn wir die Statistiken über das große Ausmaß an Gewalt gegen Frauen ansehen oder uns tagtäglich Nachrichten über Morde an Frauen erreichen, kann dies auch eine lähmende Wirkung haben. Wie behandelt Ihr vor diesem Hintergrund das Thema Gewalt gegen Frauen?

Die Anzahl von Frauenmorden, Frauenselbstmorden und Selbstverbrennungen ist hier in der Region um ein deutliches höher als in anderen Teilen Kurdistans. Wenn wir über diese Vorfälle in unserer Zeitung berichten, dann um den Kampf von Frauen gegen patriarchale Gewalt zu stärken. Hierbei müssen wir die gesellschaftlichen Ursachen richtig darstellen. Zum Beispiel wird häufig behauptet, junge Frauen hätten sich selbst verbrannt. Doch in Wirklichkeit sind viele dieser Vorfälle Morde, die unter dem Vorwand der „Familienehre“ begangen werden. Juristische Ermittlungen bei als Selbstmorde getarnten Frauenmorden gibt es nicht, sie bleiben straffrei. Es ist ein harter Kampf. Du musst zugleich gegen die patriarchalen Geistesstrukturen und die feudale Stammesmentalität ankämpfen. Seitens der Polizei werden solche Vorfälle meistens gedeckt.

In der Gesellschaft werden immer noch alle Probleme vertuscht, die durch patriarchale Herrschaft und Mentalität verursacht wurden. Diejenigen, die regieren, sind Männer; diejenigen, die Frauen töten, sind Männer; diejenigen, die Frauen unterdrücken, sind Männer; und auch diejenigen, die das alles vertuschen wollen, sind Männer. Gegenüber dieser Realität werden dir manchmal vollständig die Handlungsmöglichkeiten genommen. Nur mit einem richtigen Bewusstsein ist es möglich, dem etwas entgegenzusetzen. Wir wollen durch die Zeitung zu dieser Bewusstseinsbildung beitragen. Wir versuchen, den Frauen beizubringen, dass Selbstmorde keine Lösung sind. Im Gegenteil, zur Lösung dieser Probleme ist es nötig, dass Frauen leben und gemeinsam kämpfen.

Welchen Platz und welche Rolle hat in Eurer Zeitung der Widerstand von Frauen?

Als kurdische Frauen besitzen wir ein langes geschichtliches Erbe und eine Tradition des Widerstandes. Auf diese Tradition beziehen wir uns in unserer Arbeit. Beispiele wie Leyla Qasim, wie die Freiheitskämpferinnen Zilan oder Viyan haben wir vor Augen. Tausende kurdische Frauen und Mädchen sind heute in den Bergen Kurdistans, sie leisten Widerstand gegen die harten Bedingungen und Angriffe. Ich meine, dass Frauen aus aller Welt von diesem Widerstand und Freiheitskampf der kurdischen Frauen etwas lernen können, was auch für die Entwicklung von Kämpfen in anderen Teilen der Welt von Nutzen sein kann. Frauen leisten tagtäglich lebendigen Widerstand. Das ist die Hauptquelle unserer Arbeit.

Welche Art von Unterstützung und Solidarität erwartet Ihr von Frauen aus Kurdistan und anderen Teilen der Welt?

Meiner Meinung nach gibt es etwas, was Frauen aus allen Ländern miteinander verbindet: Das sind die Schmerzen, die sie aufgrund ihres Frauseins, ihrer Frauenidentität erleben. Im übertragenen Sinne könnten wir Frauen als eine weltweit unterdrückte Nation bezeichnen, deren Rechte mit Füßen getreten werden. Oder wir könnten Frauen auch als eine unterdrückte Klasse bezeichnen. Aufgrund dessen haben Frauen gemeinsame Probleme. Deshalb können wir einen gemeinsamen Aufruf an alle Frauen starten, der lautet, dass wir unsere ideellen und materiellen Werte noch mehr miteinander teilen und eine gemeinsame Identität als Frauen erreichen müssen. Vielleicht bin ich eine kurdische Frau, aber vor meinem Kurdischsein bin ich zuerst eine Frau. Auf der Grundlage dieses Bewusstseins bewege ich mich und rufe auch andere Frauen auf, unsere Gemeinsamkeiten mehr in den Vordergrund zu stellen. Mit dem Aufbau unserer Einheit unter Frauen wird es uns auch gelingen, das patriarchale System und seine Gewaltstrukturen zu überwinden. In diesem Rahmen unterstütze ich den Aufruf des Hohen Rates Kurdischer Frauen (KJB) für die gemeinsame Organisierung eines Weltfrauenkongresses und rufe Frauen aus aller Welt auf, sich in diesen Prozess einzubringen. Auf diese Weise wird es uns gelingen, uns gemeinsam für die Lösung unserer Probleme einzusetzen. ♦

Kurdisches Frauenbüro für Frieden – Cenî e. V.
Corneliusstr. 125, D-40215 Düsseldorf
tel. +49 (0) 211 59 89 251, fax: +49 (0) 211 59 89 253
E-mail: ceni_frauen@gmx.de, www.ceni-kurdistan.com

Aufruf zur Beteiligung an der Weltfrauenkonferenz in Venezuela

„Die Zeit ist reif für einen neuen Aufbruch der internationalen Frauenbewegung!" Unter diesem Motto wird zwischen dem 4. und 8. März 2011 die Weltkonferenz der Basisfrauen in Caracas/Venezuela stattfinden.

Als kurdische Frauen beteiligen wir uns an dieser Konferenz mit dem Ziel, unsere Erfahrungen und Standpunkte in diesen Prozess hineinzutragen, sowie durch den Austausch unter Frauenbewegungen und Aktivistinnen gemeinsam die Stärke für einen neuen Aufbruch im weltweiten Frauenbefreiungskampf zu gewinnen. Um unserer Sehnsucht nach einem Leben frei von Unterdrückung und Ausbeutung näherzukommen, ist es wichtig, die unterschiedlichen Realitäten und Bedürfnisse von Frauen aus verschiedenen Ländern besser kennenzulernen und gemeinsame Perspektiven für unseren Kampf um Frieden und Freiheit zu entwickeln. Deshalb sehen wir einen offenen und gleichberechtigten Austausch als eine Vorraussetzung dafür, Alternativen zum herrschenden patriarchalen, kapitalistischen Herrschaftssystem aufbauen zu können.

Die kurdische Frauenbewegung hat in den vergangenen fünfzehn Jahren immer wieder neue Anstöße dazu gegeben, den Frauenbefreiungskampf als einen universellen und internationalistischen Kampf zu organisieren. Zugleich hat sie am Aufbau von demokratisch-ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaftsperspektiven mitgewirkt. Hierzu gehörten auch der Entwurf für einen neuen Gesellschaftsvertrag sowie der Aufruf zur Organisierung eines Weltfrauenkongresses, der parallel zum Gedanken der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Venezuela entstand. Aus der Überzeugung, dass die internationale Vernetzung und Stärkung von Frauenkämpfen eine dringende Notwendigkeit sind, haben wir als kurdische Frauen uns dazu entschlossen, unsere Positionen und Erfahrungen in den Vorbereitungsprozess für die Frauenkonferenz in Venezuela einzubringen. Hierbei war es für uns ein grundlegendes Prinzip, dass die Rechte und Freiheiten von Frauen, d. h. unser organisierter Kampf gegen Sexismus und jegliche Form von Ausbeutung, nicht allgemeinpolitischen oder anderweitigen Interessen geopfert werden dürfen.

Im Rahmen dieser Zielsetzung hat sich das Kurdische Frauenbüro für Frieden – CENÎ e. V. aktiv an den Arbeiten des Vorbereitungskomitees der Weltfrauenkonferenz seit dessen Gründung im Jahr 2008 beteiligt. Während dieses Vorbereitungsprozesses haben wir einerseits produktive Auseinandersetzungen führen und auf gemeinsame Perspektiven hinarbeiten können. Andererseits haben wir aber auch erlebt, dass es nicht immer leicht ist, einen gleichberechtigten Dialog und einen offenen, solidarischen Umgang unter verschiedenen Frauen/-organisationen zu realisieren. Jedoch war und ist es uns wichtig, unsere Kritiken und Ansichten auszutauschen und darüber den Weg für neue Entwicklungen zu ebnen, anstatt uns nur gegenseitig zu bestätigen, uns miteinander zu „arrangieren" oder auf Distanz zu gehen. Wenn wir hierarchisches Denken und dominante Herangehensweisen unter Frauen überwinden wollen, dann sind kritische und selbstkritische Reflexionen zum Entstehen eines gemeinsamen Prozesses notwendig.

Vor diesem Hintergrund wollen wir uns als kurdische Frauen aus allen vier Teilen Kurdistans und dem Exil gemeinsam mit Freundinnen der kurdischen Frauenbewegung an der Weltfrauenkonferenz in Venezuela beteiligen. Wir möchten unsere Meinungen und Erfahrungen bei der Generalversammlung sowie in den Diskussionsforen zu verschiedenen Themenbereichen einbringen. Deshalb rufen wir zu einer starken Beteiligung an der Weltkonferenz der Basisfrauen in Venezuela auf und laden alle interessierten Frauen aus unserem Umfeld ein, zwecks weiterer Planungen mit uns Kontakt aufzunehmen.

Der weltweite Frauenkampf und unsere Organisierung werden die Vergewaltigungskultur überwinden!

Internationale Frauensolidarität für ein freies Leben in einer freien Gesellschaft und einer freien Welt!

Kurdisches Frauenbüro für Frieden – CENÎ e. V.
Dezember 2010

Die 18. Hüseyin-Çelebi-Literaturveranstaltung in Stuttgart

Die Freiheit zu schreiben

Cane Zerey, Vorbereitungskomitee

Was ist Freiheit? Wie ist dieser Begriff zu definieren? Lebe ich in Freiheit? Natürlich wird jeder Mensch diese Fragen aufgrund der individuellen Situation und der Lebensumstände entsprechend anders beantworten, beispielsweise „Ich lebe in Freiheit, da ich mich frei bewegen kann", oder „Ich kann meine Meinung frei äußern und nach freiheitlichen Prinzipien leben". Und wie ist es mit einem Menschen hinter Gittern oder einem, dem jegliche freiheitlichen Rechte entzogen wurden? Diese Menschen versuchen sich ihre Freiheit neu zu definieren, das heißt, dass sie sich Wege suchen, um in der Unfreiheit die Freiheit zu finden. In den Gefängnissen, wo die Freiheit in Ketten liegt, wird die Freiheit zu schreiben entdeckt. Dies heißt wiederum, dass man durch das Schreiben Gefühle, Gedanken, Meinungen und Hoffnungen zu Wort bringen kann. Die Freiheit findet sich in den gedichteten Versen und Geschichten wieder. Die Sehnsucht nach Freiheit wird so durch die Freiheit zu schreiben gestillt.

Wir, der Verband der Studierenden aus Kurdistan e. V. (Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan – YXK), organisieren alljährlich seit 1993 zum Andenken an unseren Ehrenvorsitzenden Hüseyin Çelebi einen Literaturwettbewerb. Im Zuge dessen können auch Genossinnen und Genossen aus den Gefängnissen in Kurdistan und der Türkei am Wettbewerb teilnehmen. Dies bietet ihnen die Möglichkeit, ihre Gedichte und Geschichten an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Stimmen der Gefangenen erreichen uns in literarischer Form und vermitteln uns ihre Gefühle, Gedanken und Sehnsüchte. Für uns ist dieser Aspekt natürlich ein besonderes Merkmal der Literaturveranstaltung, denn so kann die Absicht der Isolation in den Gefängnissen gebrochen werden. Ihr starker Wille und ihre Widerstandskraft geben uns wiederum die Kraft, die gemeinsamen Ziele und Bestrebungen nach Freiheit fortzuführen. Unsere Genossinnen und Genossen in den Gefängnissen beweisen, dass die Gedanken und Wünsche eines Menschen niemals in Ketten gelegt werden können. Den freiheitlichen Kern in uns zu entdecken, zu bewahren und zu schützen und diesen nach außen zu vermitteln, entfaltet erst die gemeinsame Freiheit. Ein einzelner Mensch kann nicht für sich allein die Freiheit erlangen, sondern erst, wenn die Bedingungen für ein freies Leben für alle erfüllt werden, kann auch ein Einzelner frei sein. Für ein solches Leben muss gekämpft werden und der Wunsch nach Freiheit nach außen getragen werden. Die Gefangenen führen ihren Kampf auch in den Gefängnissen in verschiedenster Form weiter. So kann durch die Teilnahme an der Literaturveranstaltung ebenfalls ihre Stimme nach außen hin ertönen und eine Brücke zwischen ihnen und uns gebaut werden. Mit großer Aufregung werden jedes Jahr die Briefe aus den verschiedenen Gefängnissen geöffnet: Auffallend bei diesen Briefen ist meist die fein säuberliche Schrift der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die die Mühe und Sorgfalt der Arbeit sehr gut verdeutlicht. Zu den Ausgezeichneten gehören ebenfalls jedes Jahr Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Gefängnissen.

Auch unser Ehrenvorsitzender Hüseyin Çelebi schrieb Gedichte. Aufgrund seiner politischen Ansichten und Aktivitäten war er selbst im Gefängnis in Deutschland. Ein wertvoller Mensch, der in seinem Handeln stets an alle seine Mitmenschen dachte, wurde eingesperrt. Doch damit ließ er sich nicht abschrecken und hielt den Kontakt zur Gesellschaft, indem er Briefe schrieb – die Freiheit zu schreiben.

Mit 23 Jahren ist Hüseyin während des Südkriegs, den die türkische Armee mit Hilfe der südkurdischen Parteien führte, am 11. Oktober 1992 gefallen. Der junge Hüseyin gilt als Vorbild seiner Generation. Dies ist auch heute noch so, denn er ist auch ein Vorbild unserer Generation. Seine vielfältigen Eigenschaften zeichnen seinen besonderen Charakter aus. Er war nicht nur ein Militanter, sondern auch ein Diplomat, Internationalist, Lyriker und Revolutionär. Um das Andenken an Hüseyin und alle Gefallenen aufrechtzuerhalten und ihm gerecht zu werden, versprechen wir, dass wir uns stets weiterentwickeln und bemühen werden. Wir werden dem Weg, den sie eingeschlagen haben, folgen und niemals ausweichen.

Zum 18. Mal fand nun am 6. November 2010 die Hüseyin-Çelebi-Literaturveranstaltung in Stuttgart statt. Diese Veranstaltung stellt mittlerweile sowohl qualitativ als auch quantitativ die bedeutendste kurdische Literaturveranstaltung dar, welche ausschließlich von Seiten Studierender organisiert wird. So wurde die wertvolle Tradition auch in diesem Jahr fortgeführt. Die diesjährigen 28 Preisträgerinnen und Preisträger wurden auf der Veranstaltung bekannt gegeben. Im Zuge dieser Preisverleihung fand auch in diesem Jahr ein interessantes Vorprogramm statt, das Seminare zu literarischen Themen beinhaltete. Auch dieses Mal wurde ein Aspekt besonders hervorgehoben: In Dimilkî (Kirmanckî), einem Dialekt des Kur-

dischen, wurde im Vorprogramm ein Seminar gehalten. Im Bühnenprogramm wurde dies unter anderem durch die musikalische Darbietung betont. Nach dem Vorprogramm folgte, neben der feierlichen Übergabe der Auszeichnungen, das reich bestückte musikalische und literarische Bühnenprogramm.

Die Preisträgerinnen und Preisträger

Kategorie Gedicht Kurmancî:
1. „Neftelîn" – Bawer Rûken
2. „Dendikfiroş" – İnan Eroğlu
3. „Yezdan Wenda Ye" – Bedran Dere

Lobende Erwähnung:
1. „Çavên Xewna Min" – Ehmed Ronîar
2. „Kê Diya Min Kuşt?" – Mahmud Baran
3. „Dawiya Hêviya Sibê" – Huseyîn Koçuk

Kategorie Erzählung Kurmancî:
1. Welat Esen
2. Janbiyan Ar; Zero Perîxanî
3. Semra Çelebî; Loqman Budak

Lobende Erwähnung:
1. Ayten Ökmen Uluca
2. Kemal Demirbaş
3. Jan Zıryan; M. Emin Sırça

Kategorie Gedicht und Erzählung Dimilkî (Kirmanckî):
1. „Xatir" – Ali Aydın Çiçek
2. „Mi Xo Kişt" – Lerzan Jandil
3. „Gula Dila" – Tevfik Kalkan;
„Resmê To" – Sinan Sütpak

Lobende Erwähnung:
„Pelweyê Vewre Bermayêne" – Sinan Sütpak (Erzählung)

Kategorie Gedicht Türkisch:
1. Hasan Polat
2. Ömer Besim Yaviç
3. Hüseyin K. Baykuş; Abdürrezzak Gülmez

Kategorie Erzählung Türkisch:
1. „Annemin Tavukları" – Naif Bal
2. „Duvardaki Silah" – Hüseyin Bul
3. „Geride Bıraktıkları" – Umut Beyaz

Lobende Erwähnung:
„Önemli Misafir" – Deniz Faruk Zeren

Mobilisierungsplakat für die 18. Hüseyin-Çelebi-Literaturveranstaltung in Stuttgart
http://www.yxk-online.de

Jury:
Gedicht Kurdisch (Kurmancî): Kawa Nemir, Jan Dêran, Yeqîn H.
Gedicht Türkisch: Şükrü Erbaş, Aydın Şimşek, Emel İrtem
Erzählung Kurdisch (Kurmancî): Lorîn S. Doxan, Mehmet Dîcle, Mîran Janbar
Erzählung Türkisch: Ethem Baran, Ömer Leventoğlu, Abdullah Ataşçı
Gedicht und Erzählung Kurdisch (Kirmanckî): Roşan Lezgîn, İlhami Sertkaya ♦

2011 wird richtungsweisend für Wassergroßprojekte in Kurdistan

Solidarität mit den Menschen im Tigristal!

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf, Dezember 2010

In den letzten drei bis vier Monaten hat sich viel rund um das seit Jahren heftig umstrittene Ilısu-Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekt am Tigris getan. Dieses destruktive Projekt in den kurdischen Provinzen ist nicht von der Tagesordnung gestrichen worden, wie es einige erwartet oder gar gehofft hatten. Aber der Widerstand der Betroffenen geht weiter, ohne die Hoffnung auf die Verhinderung des Projekts zu verlieren.

Seit März 2010 wird im Dorf Ilısu rund um die Uhr gebaut. Der Staat will das für ihn zum Prestige erhobene Projekt um jeden Preis durchsetzen, denn mit diesem Staudamm würden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. In erster Linie geht es tatsächlich um die Großmachtpolitik im Mittleren Osten, wo das aufgestaute Wasser als Waffe und Ware eingesetzt werden soll. Hinzu kommt als zweites strategisches Ziel die Fortführung der Assimilation der kurdischen Bevölkerung. Ein weiterer sehr wichtiger Grund ist der Profit für das Kapital durch die intensive Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Damit eng verknüpft ist die Korruption, d. h. die Selbstbedienung der politischen Eliten in der Republik Türkei als eine weitere Ursache für das Beharren des Staates. Nicht ganz unbedeutend ist die Stromproduktion, auch wenn sie sehr teuer (aus Sicht der Kapitalinvestition und natürlich in Anbetracht der katastrophalen sozialen und ökologischen Kosten) zu erstehen ist.

In diesem Sinne ist der türkische Ministerpräsident Erdoğan am 31. Oktober 2010 höchstpersönlich nach Ilısu gefahren, um die amtliche Schlüsselübergabe für das kürzlich fertiggestellte Dorf Neu-Ilısu durchzuführen. Er wollte es sich nicht entgehen lassen, den Menschen der Region zu zeigen, wie sehr die Regierung auf der Realisierung dieses Projekt besteht. In einer großen öffentlichen Show übergab er persönlich vielen Familien den Schlüssel. Die Menschen von Ilısu wollen aber gar nicht in die neuen Häuser, weshalb sie alle dem Ministerpräsidenten persönlich bei dieser Schlüsselvergabe einen Brief übergaben. Die neu gebauten Häuser sehen auf den Fotos nicht schlecht aus, haben sogar eine grüne Wiese! Was für eine Irrationalität, denn um diese Jahreszeit sind alle Wiesen längst ausgetrocknet und die Ästhetik der dortigen Landschaft liegt in der Kombination von Wäldern, Bergen, Felsen, Obstgärten und dem Tigris. Außerdem ist immer noch unklar, welche Einkommen die Menschen in Zukunft haben werden. Dass sie verschuldet in die neuen Häuser einziehen müssen, sollte bekannt sein. Dass alles jedoch wird allerdings nicht in den bürgerlichen türkischen Medien erwähnt.

In seiner Rede bei dieser Schlüsselübergabe zeigte Erdoğan, wie diese Regierung in gefährlicher Weise versucht, die AktivistInnen, die aktiv gegen diese zerstörerischen Projekte arbeiten, zu diffamieren. Am gleichen Tag explodierte in Istanbul auf dem bekannten Taksim-Platz eine Bombe. Erdoğan brachte diesen Anschlag in Verbindung mit den Gegnern des Ilısu-Projektes. Denn er ließ verlauten, dass die Bombenleger gegen die Entwicklung des Landes und gegen Projekte wie dieses Großprojekt wären. Da hinter muss schon Verrücktheit und böseste Absicht stecken, um solche Verbindungen herzustellen. Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf denkt, dass er diese Aussage getroffen hat, weil der Widerstand gegen das Ilısu-Projekt weitergeführt wird. Erst zwei Wochen zuvor, war ein erfolgreiches Hasankeyf-Solidaritätscamp durchgeführt worden.

Vom 11. bis 17. Oktober 2010 wurde in Heskîf (Hasankeyf) ein solches Camp zum ersten Mal organisiert, um die Ablehnung des Ilısu-Projekts und den ungebrochenen Widerstandswillen der Bevölkerung und der Öffentlichkeit deutlich zu zeigen. Es war ein Camp, an dem Menschen aus den umliegenden Städten, AktivistInnen von staudammkritischen Bewegungen aus der ganzen Türkei, aus anderen Ländern und natürlich die Menschen aus Heskîf (Hasankeyf) selbst sowie aus den umliegenden 5–6 Dörfern teilgenommen haben. Gerade die tägliche Teilnahme der Betroffenen – insbesondere abends – gab dem Camp eine besondere Bedeutung; es zeigte, wie sehr die lokalen Menschen verstehen, was hier passieren soll. Jeden Abend fanden sich mehrere hundert Menschen – auch dutzende Frauen aus Heskîf (Hasankeyf), was unüblich ist – bei kleinen Konzerten auf der gegenüberliegenden Seite von Heskîf (Hasankeyf) zusammen. In der Ortschaft selbst ist die Burg und das Gebiet darum herum nach wie vor seit Juli 2010 gesperrt, was den Tourismus fast zum Erliegen gebracht hat. Die Einnahmen sind in diesem Jahr drastisch zurückgegangen. Und keine 1,5 km entfernt wird an Neu-Hasankeyf durch den Staat gebaut, was den Zorn der Menschen noch mehr erregt.

Teil des Austausches von Ideen und Erfahrungen der TeilnehmerInnen waren Podiumsdiskussionen, Aktionen des zivilen Ungehorsams, Konzerte, Wettbewerbe, Theaterperformances und Tanzshows. Trotz des zeitweilig schlechten Wetters und der begrenzten Ressourcen war das Camp erfolgreich.

Diese Erfahrung hat den Willen für weitere Solidaritäts- und Widerstandscamps verstärkt.

Das Camp war notwendig, um den Widerstand gegen den Ilısu-Staudamm in 2011 auf eine höhere Stufe bringen zu können. Es schaffte ein Bewusstsein, dass direkte Aktionen der Betroffenen notwendig sind und dass die Menschen in den umliegenden Städten ihre aktiven UnterstützerInnen sind. Auch sollte die Kampagne gegen den Ilısu-Staudamm als eine soziale Bewegung verstanden werden. Ansonsten ist der Kampf nicht zu gewinnen. Nur in erster Linie direkt Betroffene als Hauptagitatoren haben die notwendige Kraft, dauerhaft und mit dem notwendigen Beharren den Stopp dieser zerstörerischen Projekte zu erzwingen. In diese Richtung entwickelt sich die Initiative, doch vor uns liegt noch ein langer Weg. Wenn sich tausende, zehntausende Menschen auf dem Land für die Verteidigung ihres Lebens und ihrer natürlichen Ressourcen organisieren, können sie im ganzen Land eine soziale und ökologische Bewusstseinsveränderung anstoßen. Ein Bewusstsein, dass das vorhandene Wachstumsmodell im Staat in Frage stellt. Denn dieses Wachstumsmodell versteht die vorhandenen Ressourcen nur zur maximalen Ausbeutung, es will die im Wege stehenden Menschen vertreiben, die kulturellen Verschiedenheiten assimilieren und die Widerstandsbewegungen vernichten. Was übrig bleiben wird, ist ein Planet, der für weite Teile der Bevölkerung unbewohnbar gemacht wird.

Währenddessen bemüht sich die Initiative zur Rettung von Hasankeyf weiterhin um den Aufbau eines funktionierenden Netzwerks auf Türkeiebene. Das im März 2010 ins Leben gerufene River Movements läuft nicht wie geplant, weil einige Gruppen sich entweder in der Wasserplattform oder dem Wasserparlament engagieren oder weil einige die Notwendigkeit dafür nicht sehen. Diese beiden Bündnisse, die von mehreren NGOs und politischen Gruppen dominiert werden, sind entweder zu ideologisch-nationalistisch oder politisch liberal und sehr kompromissbereit. Es ist anzunehmen, dass die beiden Bündnisse die staudammkritischen Bewegungen für ihre politischen Ziele instrumentalisieren. Wichtig ist, dass die staudammkritischen Bewegungen auf ihre Kraft vertrauen und sich untereinander vernetzen, worum sich einige staudammkritische Gruppen außerhalb dieser beiden hierarchisch aufgebauten Bündnisse bemühen. Dieser schwierige Prozess wird allerdings noch eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, doch letztendlich erfolgreich sein. Gleichzeitig bemüht sich die Initiative zur Rettung von Hasankeyf, die Bewegungen in den kurdischen Provinzen näher zusammenzubringen. Neben den bekannten Bewegungen in Heskîf-Tigris, Dersim-Munzur, Cizîr-Tigris und Colemêrg-Zap gibt es keine Proteste, obwohl überall gebaut wird. Zuletzt wurde auf dem Botan-Fluss ein Staudamm errichtet, mit verheerenden Folgen. Das am 29. und 30. Januar 2011 in Amed (Diyarbakır) geplante Ökologieforum wird für eine Vertiefung der Diskussion einen weiteren Raum eröffnen.



Protest der Studierenden der Dicle-Universität in Heskîf Foto: Ayboğa

Parallel zu diesen Netzwerkaktivitäten gehen die internationalen Beziehungen weiter. Drei AktivistInnen der Initiative zur Rettung von Hasankeyf nahmen am 3. Internationalen Treffen von Staudammbetroffenen und Verbündeten in Mexico im Oktober 2010 teil. Die Initiative organisierte die Teilnahme aus dem Mittleren Osten zu diesem wichtigen alle 6–7 Jahre stattfindenden Treffen. Dieses Treffen war eine gute Gelegenheit zum Aufbau neuer Kontakte sowie zum Austausch von Erfahrungen beim Kampf gegen zerstörerische Staudämme und zum Schöpfen neuer Kraft im eigenen Widerstand. Dieses Treffen fand in dem Dorf Temacapulin statt, das von einem im Bau befindlichen Staudamm bedroht ist. Hier haben wir eine ähnliche Situation wie im Tigristal. Trotz einer jahrelangen Kampagne wird dort weitergebaut. Wir konnten mit eigenen Augen sehen, wie alle Menschen von Temacapulin sich beherzt und aktiv für ihr Dorf einsetzen. Der Ilısu-Staudamm war eines der am meisten behandelten Projekte bei diesem 6-tägigen Treffen mit 320 AktivistInnen. Nähere Informationen zu diesem Treffen sind auf der Internetseite http://www.internationalrivers.org/en/riversforlife3 zu finden.

Eine weitere wichtige Aktivität war das Internationale Wasserrechtssymposium am 5. und 6. November in Amed (Diyarbakır). Organisiert wurde es von der Wasserrechtskampagne (Su Hakki Kampanyasi, www.suhakki.org), die mit uns gemeinsam Anfang 2010 ins Leben gerufen wurde. Sie setzt sich gegen die Privatisierung von Wasserdienstleistungen und -ressourcen ein. Es ist die Nachfolgekampagne der „Another Water Management is Possible“ Kampagne, die im März 2009 das Alternative Wasserforum organisierte. Das Symposium

wurde zusammen mit DISKI, der Wasserbehörde der Stadt Amed (Diyarbakır), auf die Beine gestellt. Neben der Entwicklung des Bewusstseins für das Lebensrecht auf Wasser sollten Alternativen für die kommunale Wasserbewirtschaftung herausgearbeitet werden. Mit internationaler Beteiligung, u. a. mit Oscar Olivera aus Bolivien und Vertretern von AEOPAS (Verein der Kommunen und anderen Organisationen gegen die Privatisierung des Wassers) aus Spanien, wurde ein sehr informatives Symposium organisiert, in dem Staudämme immer wieder im Zentrum standen. Große und zerstörerische Staudämme wurden kritisiert und stattdessen die Übertragung der Verantwortlichkeit für die Wasserressourcen an die Kommunen und zivilen Strukturen im jeweiligen Einzugsgebiet gefordert.

Schließlich fand am 18. November 2010 im EU-Parlament eine Versammlung zu Flüssen und Staudämmen in der Türkei statt, an der die Initiative zur Rettung von Hasankeyf und die Free Munzur Initiative teilnahmen. VertreterInnen von acht staudammkritischen Bewegungen aus der Türkei waren anwesend. Sie machten klar, wie katastrophal die Wasser- und Staudammpolitik der Türkei ist, ohne zu große Hoffnungen in die EU zu setzen. Sie machten die EU darauf aufmerksam, dass sie in mehreren Jahren ein Land mit tausenden großen und kleinen Staudämmen und ohne frei fließende Flüsse aufnehmen würde, wenn die Türkei ihre Wasserprojekte realisieren könnte. Organisiert wurde diese Versammlung von ECA Watch Österreich und einigen EU-ParlamentarierInnen angesichts der Tatsache, dass seit einem Jahr die EU in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auch das Umweltkapitel – also auch Wasser – behandelt.

Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf würde sich über jede Unterstützung für die vielen geplanten Aktivitäten im Jahre 2011 freuen. Im Jahr 2011 wird sich vieles in dieser Auseinandersetzung entscheiden. Die Ilısu-Hasankeyf-Aktionskreise in Hamburg, Berlin und anderswo würden sich über eine aktive Teilnahme sehr freuen, denn auch in Europa sind einige Aktionstage gegen die Ilısu- und die Munzur-Staudämme geplant.

Weitere Infos unter:
www.hasankeyfgirisimi.com
www.stopilisu.com ♦

Aufruf zum Ökologie-Forum 29.–30. Januar 2011, Amed (Diyarbakır)

Unsere Beziehung zur Natur ist von Beginn unserer Existenz an ein unvermeidbares Phänomen gewesen. Wir bedienen uns aus der Natur auch weiterhin so lebensnotwendiger Dinge wie Ernährung, Unterkunft, Kleidung und der Luft, die wir atmen.
Diese Natur, die so großzügig alle ihre Vorzüge mit uns geteilt hat, ist heutzutage dabei, wegen grenzenloser Wünsche der Menschheit aufzugeben.
Das bis jetzt vorherrschende ökonomische und politische System hat die Erde in einen unbewohnbaren Ort verwandelt. Die Bestrebungen und Wünsche von KapitalistInnen degradierten Mensch und Natur zu wegwerfbaren Waren.
In den Kriegen der Herrschenden um Hegemonie sind Mensch und Natur immer die Ersten, die ausgeschaltet werden.
Die wichtigsten Gründe für die seit Jahren anhaltenden Kriege im Nahen Osten sind die Kämpfe um Macht und die Forderungen der Bevölkerung nach Anerkennung ihrer Vielfalt und daraus folgend ihrer Kontrolle über Ausbeutung der natürlichen Ressourcen.
Besonders häufig werden im Nahen Osten die Menschen für Wasser, Öl oder Mineralienvorkommen vertrieben, wodurch sie in Abhängigkeit zum modernen globalen kapitalistischen System geraten.
Zudem wird die vielfältige landwirtschaftliche Produktion durch Mono- und transgene Kulturen im Namen von „Effizienz“ ausgelöscht, und diese Zerstörung zeigt sich dann in sozialen sowie ökologischen, ökonomischen und kulturellen Aspekten.
Das Ökosystem hat bereits seine Grenzen, die Zerstörungen zu verdauen, erreicht. Die globale Erwärmung ist einer der Indikatoren dieser Ermüdung und macht nun den reichen Herren Angst, die sagen: „Die Welt gehört mir!“
Die Menschheit steht am Scheideweg.
Um die Tore für neue Wahrnehmungen zu öffnen und ein Netz für diesen Kampf zu weben, rufen wir an dieser Weggabelung alle Öko-AktivistInnen, Gruppen und Initiativen und Basisorganisationen, frei von Diskriminierung durch Religion, Hautfarbe, Herkunft oder Geschlecht, zum Ökologie-Forum nach Amed (Diyarbakır) vom 29.–30. Januar 2011 auf.
Außerdem grüßen und laden wir alle Bewegungen gegen das zerstörerische System und die Globalisierung von Cochabamba bis zu den alternativen Wasserforen, von den Bewegungen gegen Staudämme bis zu Organisationen für Autonomie ein, am Ökologie-Forum teilzunehmen.

Themen-Achsen:
Verwaltung der natürlichen Ressourcen und deren Verbrauch im Nahen Osten.
Suche nach einem sozialen System auf ökologischer und politischer Ebene: Erfahrungen und Widerstände.
Nebenwirkungen von und Alternativen zu einer gentechnisch modifizierten Welt: Ernährungssouveränität und transgene Organismen in Mesopotamien.
Ökologische Diversität: Diversität der Menschen und der Natur (Biodiversität).
Ursachen der ökologischen Krise und Ansätze für Auswege hieraus.
Nachhaltige Städte (Öko-Städte) und alternative Technologien.

Kontakt- und Anmeldeadresse ist die Studiengruppe Ökologie des Mesopotamischen Sozialforums MSF: msfamed@gmail.com

Bericht von einer Reise ins Zapatistenland

Langsam, aber vorwärts

Ercan Ayboğa, Oktober 2010

Ruhig ist es um die Zapatisten geworden. Während noch bis vor sechs, sieben Jahren viele Linke in Deutschland und Europa über die Bewegung der Zapatisten im mexikanischen Bundesstaat Chiapas als eine Hoffnung gegen den erdrückenden kapitalistischen Neoliberalismus gesprochen haben, ist es heute seltener der Fall. Die halbe Welt bewunderte die vorwiegend indigenen Aktivisten der Zapatisten, wie sie sich mit einem Aufstand gegen die jahrhundertelange Vernichtung und Ausgrenzung wehrten. Am 1. Januar 1994, dem Tag des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko, nahmen sie sechs Städte in Chiapas mit relativ einfacher Bewaffnung ein. Wie eine Bombe schlug diese Aktion in den Weltnachrichten ein. Die Kämpfe mit der mexikanischen Armee hörten wenige Tage später auf, was vor allem die Folge einer riesigen Solidaritätswelle in Mexiko und weltweit war. Nach zwei Jahren wurde ein Autonomieabkommen (San Andreas) vereinbart, was jedoch nie vom mexikanischen Parlament ratifiziert wurde. Noch bis 2001 dauerten die Gespräche zwischen Regierung und den Zapatisten, die ihren Namen auf den bäuerlichen Revolutionsführer Zapata in der mexikanischen Revolution von vor genau hundert Jahren stützen. In diesen Jahren war die Solidaritätsbewegung auf dem Höhepunkt, es wurden sogar im lacandonischen Urwald internationale Treffen zu Kolonialismus in Lateinamerika, Neoliberalismus und anderen Themen organisiert. Vor allem rätselte man, wer der „Subcomandante Marcos“ denn war. Woher kam der mysteriöse und ebenso intellektuelle Mann? Als die Zapatisten feststellten, dass die Regierung nicht wirklich zu Zugeständnissen bereit war, verkündeten sie 2003, dass sie das Abkommen von 1996 einseitig umsetzen würden. Seither bemühen sich die Zapatisten politisch darum. Und seit Januar 2009 schweigen sie, de facto gibt es keine Erklärung ihrerseits ... Alle rätseln wiederum: Warum?

60 verschiedene indigene Sprachen allein im Staat Mexiko

Verstehen konnte ich den Mann neben mir im Kleinbus kaum. In den vergangenen Monaten hatte ich mich doch so sehr bemüht, etwas Spanisch zu lernen. In den letzten zwei Wochen meines bisherigen Mexikoaufenthalts hatte es doch so überraschend gut geklappt. Es dauerte noch einige Minuten, bis ich ihn im durch die hohen Berge Chiapas' schleudernden vollen Kleinbus grob verstand. Er spricht ebenfalls kaum Spanisch, aha. Seine eigentliche Sprache ist Tzotzil, und er ist Lehrer auf Tzotzil in einer Grundschule eines nahen Ortes. Ich wusste, was Tzotzil bedeutet. Das machte mich glücklich. Nur einen Tag vorher hatte mir ein politischer Aktivist erklärt, dass Tzotzil eine der am weitverbreitetsten indigenen Sprachen von Chiapas sei. Trotz der politischen Repressionen in Mexiko und insbesondere in Chiapas ist es in einigen Regionen inzwischen geschafft worden, dass infolge größere Kampagnen in Orten mit hohem indigenen Bevölkerungsanteil die jeweilige indigene Sprache – es sollen mehr als 60 verschiedene indigene Sprachen allein im Staat Mexiko geben! – an den Schulen neben Spanisch gelehrt wird, teilweise mehr als Spanisch. Damit wird der anhaltenden Assimilation der indigenen Kulturen etwas entgegengewirkt. Mit „Rojbash“ verabschiedete sich der sympathische Mann aus dem Kleinbus. Dieses Wort bedeutet „Buenos dias“ auf Kurdisch. Das wollte er lernen, bevor er aussteigt. Das entsprechende Wort auf Tzotzil habe ich auch lernen können.

Das Land ist eigentlich eine tickende Zeitbombe

Nicht nur in Chiapas, sondern in ganz Mexiko stehen die indigenen Menschen seit den 90er Jahren verstärkt auf und organisieren sich. Der Zapatistenaufstand hat dies erheblich beschleunigt. Auch wenn Mexiko nach wie vor von einer überwiegend chauvinistischen weißen Oberschicht und Drogenkartellen beherrscht wird, gibt es große Bewegungen der Indigenen und der sozial Entrechteten. Vor allem in den Bundesstaaten Oaxaca und Guerrero gibt es mit 30 Prozent einen hohen Bevölkerungsanteil an Indigenen. Bekanntlich sind die meisten Bewohner Mexikos sogenannte Mestizen, Nachfahren der europäischen Eroberer und der Indigenen. Vor allem in diesen beiden Bundesstaaten und in Chiapas sollen 16 Guerillagruppen existieren, was eine Folge der extremen Ausbeutung und Ausgrenzung ist. Wenn wir die brutale Gewalt im Norden Mexikos durch die Drogenkartelle berücksichtigen, ist das Land eigentlich eine tickende Zeitbombe. So formulierte es Professor Octavio aus Mexico City in einem ausführlichen Gespräch. Er setzt sich mit den sozialen Konflikten und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen auseinander. Dann fragte er, ob die Europäer „die Kommune von Oaxaca kennen“. Die sei vielleicht gewaltiger als die von Paris 1871 gewesen. Eine selbstorganisierte Struktur vertrieb den ausbeuteri-

schen und korrupten Staat aus der südmexikanischen 600 000-Einwohner-Stadt für zwei Monate. Doch wurde die Kommune von Oaxaca brutal durch einen Polizeieinsatz mit Hunderten Toten niedergeschlagen.

Die Wiederauferstehung der Indigenen ist auch eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des gebeutelten Landes. Auch breite Kreise der Gesellschaft außerhalb der Indigenen kritisieren die offizielle Geschichtsschreibung und entdecken die ursprüngliche, sozialere und naturverbundene Kultur des Landes wieder. Viele Mestizen wollen auch wissen, woher ein Teil ihrer Vorfahren eigentlich kommt und welche Gesellschaftsformation sie haben.

„Ich bin stolz, ein Indigener zu sein", sagte mir ein Indigener im Menschenrechtsverein Frayba (von „Fray Bartolomé de Las Casas") in San Cristóbal, dem politischen Zentrum von Chiapas: „Früher schämten wir uns wegen unserer Herkunft. Wir wollten gut Spanisch sprechen und uns wie weiße Mexikaner verhalten. Unsere Kultur empfanden wir als primitiv."

Ihm entgegnete ich, dass es genauso in Kurdistan – dem Land meiner Eltern – war, sich dies erst seit 20 Jahren ändere und ich ihn daher tatsächlich nicht nur verstehe, sondern es ihm gleich empfinde. Bis 1994 war es in San Cristóbal oft so, dass ein Indigener vom Bürgersteig auf die Straße herunterstieg, wenn ihm ein Weißer entgegenkam. Doch während meines viertägigen Aufenthalts in dieser wunderschönen Stadt war davon absolut nichts mehr zu sehen.

Die Zentren der Zapatisten

„Was? Ich soll zu einem Karakol?", fragte ich den Freund vor mir, und fuhr fort: „Höre ich da richtig?". „Ja, das sind die Zentren der Zapatisten", antwortete er mir. „Ach so, ich assoziiere das mit den türkischen Polizei- bzw. Militärstationen. Diese heißen so und sind oft Folterzentren. Einmal musste ich mal hin, und es war schrecklich." Dann stellte ich fest, dass diese Zentren „Caracol" geschrieben werden.

Ich hatte den Freund gefragt, wie ich den Zapatisten einen kurzen Besuch abstatten könnte. Am nächsten Morgen nahm ich einen Kleinbus, der direkt zu einem der fünf Caracoles fuhr. Jedes dieser Caracoles vertritt etwa 200 zapatistisch organisierte Dörfer. Die Caracoles sind etwas größere Dörfer, besitzen Kliniken, Schulen in den jeweiligen indigenen Sprachen, sind Treffpunkt für regelmäßig stattfindende Versammlungen der angebundenen Dörfer und haben auch Verkaufsgeschäfte der vielen zapatistischen Kollektive. Hier sitzt auch die „Junta", der Rat, der von den BewohnerInnen der Dörfer gewählt wurde. Da die Zapatisten gerade schweigen, war es natürlich nicht möglich, diese Junta zu treffen. Doch ein Spaziergang und kurze Gespräche mit den dortigen Menschen waren machbar. Allerdings durften wir Fotos nur von einem Teil der Gebäude machen.

Auffallend waren die vielen Besucher an diesem Tag in diesem Caracol. Es kamen uns zwei europäisch wirkende Jugendliche entgegen; mit einer älteren Frau aus Argentinien, die dort in einem Chiapas-Solidaritätsverein aktiv ist und Projekte der Zapatisten mitfinanziert. Mit einem Professor der Politikwissenschaft aus Mexico City konnten wir uns etwas unterhalten. Überhaupt sind in San Cristóbal unzählige junge EuropäerInnen und NordamerikanerInnen anzutreffen. Neben den älteren weißen Touristen waren sie zu Hunderten da. Da fragte ich mich, was die hier alle tun. Nach ein bis zwei Tagen verstand ich, dass ein erheblicher Teil von ihnen als Freiwillige da ist, um von Zeit zu Zeit für etwa zwei Wochen in die zapatistischen Dörfer zu gehen. Nämlich in die Dörfer, die von Angriffen der sogenannten Paramilitärs bedroht sind. Paramilitärs sind normale Kleinbauern in Chiapas, die mit staatlicher Unterstützung bewaffnet werden und immer wieder zapatistische Strukturen angreifen. Sie handeln im Sinne der Regierung, die sich nach außen zurückhält, wenn Ländereien besetzt, Menschen entführt, Frauen vergewaltigt und manchmal auch Menschen ermordet werden. Nicht anders sind die Milizen in Kurdistan, sagte ich, als mir dies geschildert wurde. Die Freiwilligen sollen in solch einem Fall nur beobachten und alles aufschreiben und fotografieren. Als ich mich im Menschenrechtszentrum Frayba aufhielt, kam eine Gruppe von Indigenen, die einen Tag vorher nach einer Woche Haft freigekommen war. Frayba hatte sich für sie eingesetzt. Sie waren von Paramilitärs aus einem Nachbardorf festgenommen, wegen einer Straftat beschuldigt und dem Militär übergeben worden. Die Indigenen zeigten sich mir in keinster Weise eingeschüchtert und waren sehr entschlossen, ihren Weg der Freiheit weiterzugehen. Ihnen war ein bemerkenswerter Wille anzusehen, der nicht durch Gewalt zu stoppen ist.

Eine Kombination aus Basisdemokratie und Rätestruktur

Die zapatistische Bewegung hält ihre Stärke 16 Jahre nach dem Aufstand vom 1994 aufrecht und versucht sie weiter zu vertiefen. Sie konzentriert sich darauf, die De-facto-Autonomie und die basisdemokratischen Strukturen auszubauen. Die praktizierte Demokratie ist – soweit ich es verstehen konnte – eine Kombination aus Basisdemokratie und Rätestruktur. In den Caracoles treffen sich die Delegierten, die die Meinungen der verschiedenen Dörfer in die Diskussion auf höherer Ebene einfließen lassen. Bis es zu einer Entscheidung kommt, können Monate vergehen, weshalb meistens vier grundsätzliche Entscheidungen pro Jahr gefällt werden sollen.

In den Gesprächen mit verschiedenen zapatistischen Aktivisten wurde hervorgehoben, dass die jetzige Organisationsstruktur der Zapatisten eine lange und tiefgehende Vergangenheit hat. Sie entstand nicht vor 20 oder 30 Jahren. Als vor etwa 500 Jahren die spanischen Truppen das heutige Mexiko eroberten, konnten sich die Indigenen in einigen Regionen – so auch in Chiapas – nur am Leben erhalten, indem sie sich in Kommunen neu organisierten. Die bis dahin existierende Klassenstruktur wäre aufgehoben und eine große Solidarität und kommunales Eigentum entwickelt worden. Über Jahr-



Im Oktober 2010 fand das 3. Internationale Treffen von Staudammbetroffenen in Temacapulin statt. Foto: Ayboğa:

hunderte konnten sie sich in ländlichen Regionen schützen. In Chiapas war es so, dass die Indigenen überwiegend in den Bergen des Nordens, Ostens und auch Südens lebten, während in großen Städten wie San Christóbal die Weißen und auch Mestizen lebten. Als ein besonderes Ereignis wurde mir zweimal die Umzingelung San Cristóbals im 19. Jahrhundert genannt. Damit protestierten die in armen Verhältnissen lebenden Indigenen gegen ihre Ausgrenzung und Unterdrückung. Nach einigen Tagen kam die mexikanische Armee und metzelte die mehreren Tausend Indigenen nieder. Kein Pardon selbst für einen friedlichen Protest. In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts unterstützte der damalige Bischof von San Cristóbal, der der Befreiungstheologie nahestand, die Indigenen und bestärkte sie in ihrer Selbstorganisation auf dem Land. Ende der 70er Jahre schloss sich eine sechsköpfige Gruppe von linken und nicht-indigenen Intellektuellen – darunter Subcomandante Marcos – diesen Kleinbauernorganisationen an, um den bewaffneten Widerstand zu beginnen. Sie gründeten aus den legalen Organisationen heraus im Untergrund die EZLN, die „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung". Diese war verantwortlich für den Aufstand von 1994. Wie groß der Anteil der jungen Menschen aus der Stadt war, darüber wird viel diskutiert. Es wäre wohl ohne diese sechs nicht zum Aufstand gekommen, sagen so einige. Doch die eigentliche Grundlage sei die seit Jahrhunderten bestehende Selbstorganisation der Indigenen.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder auch über die jetzige Rolle von Marcos diskutiert. Hat er noch die bedeutende Stellung wie vor 10–15 Jahren? Wenn ich nein sagen würde, könnte ich das mit der sich vertiefenden Autonomie und Emanzipation begründen. Wenn ich ja sagen würde, könnte ich anführen, dass trotz der neuesten Entwicklungen bei den Zapatistas eine Person wie Marcos sehr viel zu sagen hat. Aus historischer Sicht sehr bedeutende politische Anführer können es selten sein lassen, sich trotz offiziellem Rückzug nicht einzumischen. Da über die inneren Beziehungen der Zapatisten wenig bekannt ist, kann diese Frage kaum beantwortet werden.

Was suchen so viele NGOs hier?

Schließlich machte ich mir an den letzten Tagen noch über die vielen NGOs (Nichtregierungsorganisationen) in San Cristóbal Gedanken. Nach der Hauptstadt befinden sich die meisten NGOs Mexikos in San Cristóbal. Mehrere Dutzend NGOs sind anzutreffen, was eigentlich sehr ungewöhnlich ist. „Was suchen so viele NGOs hier?", frage ich mich. Es ist klar, dass es einfach mit den Zapatisten zusammenhängt. Während ein Teil der NGOs bürgerlich, liberal oder sozialdemokratisch ist, bezeichnet sich der andere Teil als links. Die Ziele der ersten Gruppe ist klar, sie haben keine großen Befreiungsziele, vielmehr sollen sie u. a. die zapatistische Bewegung durch die Verbreitung liberaler und sozialdemokratischer Ansätze und Praktiken untergraben. Doch bei den linken NGOs und Projekten – seien es mexikanische oder internationale – ist zu hinterfragen, ob sie alle wirklich den Menschen in Chiapas helfen oder sie um ihrer selbst Willen existieren. Auf jeden Fall geht es für einen Teil um ernsthafte Solidarität und Engagement. Doch: Da die Zapatisten einen großen Sympathiewert weltweit genießen, eignen sie sich ideal, um von Stiftungen und anderen Einrichtungen Gelder zu erhalten, um sich so auf den eigenen Beinen zu halten. Gerade deshalb soll es bei den Zapatisten inzwischen mehr Vorsicht gegenüber NGOs geben.

Aus Erfahrung kann ich deutlich sagen, dass es solche undurchsichtigen linken NGOs nicht nur in Chiapas gibt. Nehmen wir zum Beispiel die sozialen Bewegungen, die sich gegen destruktive Talsperren einsetzen – hier kenne ich mich am besten aus. In einigen Teilen der Welt verhalten sich heute diese sozialen Bewegungen der Betroffenen distanziert zu NGOs, mit denen sie zuvor eine engere Zusammenarbeit hatten. In diesen Beispielen verfolgten viele NGOs in der Vergangenheit im Endeffekt viele andere Ziele als die Bewegungen selbst und verloren teilweise die eigentliche Sache. So ging es ihnen um ihre Eigenpräsentation, die Aufrechterhaltung eigener Arbeitsplätze durch Sicherung gewisser Gelder, das Aufdrücken von gewissen Aktivitäten in den jeweils finanzierten Projekten, eine Verhinderung einer notwendigen Radikalisierung der jeweiligen Bewegung bzw. der Auseinandersetzung. Sie näherten sich den jeweiligen sozialen Bewegungen teilweise sehr arrogant an. Vor allem in Indien halten die sozialen Bewegungen um Land und Wasser heutzutage einen gewissen Abstand.

Der Besuch im Zapatistenland hat sich zweifellos sehr gelohnt, auch wenn es nur vier Tage waren und kein sehr direkter Dialog zustande kam. 16 Jahre hörte ich immer wieder von dieser Bewegung, nun konnte ich mir selbst ein direktes, wenn auch eher oberflächliches Bild machen. Es wird interessant sein zu hören, wie sich die Bewegung der Zapatisten, die einen hohen emanzipatorischen Anspruch hat, weiter entwickelt. ♦

Tschador, Roman von Murathan Mungan

Auf der Suche nach der vertrauten Weiblichkeit

Buchbesprechung von Susanne Roden

Tschador, ein in festem sanfttürkisgrünem Deckel mit orangefarbenem Blumenornament eingebundenes Buch, ein echtes Taschenformat, klein und dennoch gehaltvoll. Die Einbandgestaltung des Berliner Verlages *Blumenbar* ist wirklich sehr gelungen, Spiegel und fliegendes Blatt greifen das Orange des Blumenornamentes des Deckels auf und man taucht gespannt in den Inhalt des Romans ein, der unter dem Originaltitel *Çador* 2004 im Verlag Metis in Istanbul veröffentlicht wurde.

„Als Kind war er einmal hinter einer Schlange her gewesen und hatte sich verlaufen. Da die Schlange nicht sehr groß war, hielt er sie für ein harmloses Jungtier und fühlte sich ihr nahe. Sich wie in einem Zauber windend, kam das Tier schließlich vom Weg ab und schlängelte sich weiter auf die Ebene zu, wo die Wüste begann." Dass die Schlange dabei eine Spur hinterließ, die ihrem Körper glich und zugleich einen Weg markierte, hatte Akhbar verzaubert, denn er konnte so einem vorgezeichneten Weg – eben nicht der Schlange – folgen.

Diese Kindheitserinnerung trägt Akhbar bei seiner Rückkehr in die Heimat nach vielen Jahren im Exil als machtvolle Erinnerung mit sich und biegt in die Straßen seiner Kindheit ein. Es scheint, als sei er nie fortgegangen. Er steht vor der im Rahmen smaragdgrün gestrichenen und mit schmiedeeisernen Verzierungen versehenen Tür, die einst dem Viertel alle Ehre gemacht hatte, denn dort wohnte ein Hausherr, der nach Mekka gepilgert war.

Als seine Hand zu dem Türklopfer greift, um ihn zu betätigen, erzittert sein Herz, denn er steht vor der eigenen Haustür.

Akhbar hört die Stimme einer Frau und nachdem die Tür ein wenig geöffnet worden ist, steht er einer Burka gegenüber und kann hinter dem schweren Stoff nur die Gegenwart eines nach Licht fahndenden Augenpaares erahnen.

Ein neues Regime ist an der Macht und obwohl er bald erfahren muss, dass sein Bruder sich den Soldaten des Islam angeschlossen hatte und vermutlich zum Märtyrer wurde, so gibt er dennoch die Hoffnung nicht auf, die von ihm geliebten Menschen zu finden. Seine Mutter, seine Schwester, seine Jugendliebe. Akhbar läuft von Tür zu Tür, erahnt hinter einigen Mauern noch den Geruch von geklopften Teppichen und frisch gewaschenen Kelims und hofft aufgrund dieser ihm wohlvertrauten Details, doch auf der richtigen Spur zu sein.

Akhbar versucht sich die Silhouetten der ihm wichtigen Frauen unter den nun eingeführten Stoffzelten vorzustellen und er ist sich sicher, dass er sie auch unter diesen Stoffmassen erkennen würde. Er erinnert sich, dass seine Freundin manchmal ein Seidentuch um die Schultern schlang, aber mehr zum Schmuck als zur Bedeckung.

Für Akhbar wird die Situation immer grotesker, er hat das Weibliche im täglichen Leben immer als angenehm empfunden; dass Frauen sich jahrhundertelang geschmückt haben, um gesehen zu werden, das war für ihn selbstverständlich. Nun sollen sie sich unsichtbar machen.

Er empfindet eine Leere, wenn er beim Blickwechsel in die Fenster der Burkas sieht, und fragt sich, ob die Frauen, deren Gesichter er nicht zu sehen bekommt, wohl auch die Leere des Nichts empfinden. Wie sieht denn die Welt überhaupt aus, wenn man sie nur noch durch so ein Fenster mit Gitter erblickt?

Die von ihm im Ausland manchmal als Heimweh angesehene Schwermut hatte er mit dem Fehlen der Heimat begründet. Die tiefe Betrübnis, die nun bei seiner Suche in der Heimat aufkommt, kann durch die Enttäuschungen allein nicht erklärt werden. Nein, er fühlt sich grundsätzlich fremd.

Er hatte wochenlang kein weibliches Gesicht gesehen, er war auf die geliebten Gesichter fixiert gewesen und in seiner Aufregung bei der Suche hatte er zunächst gar nicht begriffen, dass in seinem Land noch mehr verloren gegangen war als nur der Krieg: nämlich die Weiblichkeit.

Murathan Mungan, 1955 in Istanbul geboren, beschreibt in seinem Buch sehr eindringlich und facettenreich nicht nur die Suche von Akhbar, sondern eben die Veränderungen im täglichen Leben der Menschen, nach Kriegszerstörung und einem Regimewechsel nach dem Krieg. Im Alltagsbild herrschen an allen Orten Sicherheitskräfte mit Knüppeln sowie Sittenwächter vor. Es herrschen Zufall und Willkür. Auf ein Gesetz kann man sich einstellen, Willkür verleiht dagegen dauerhafte Macht, da alles und das jederzeit passieren kann. Er beschreibt eindringlich die menschenverachtende Situation der Frauen, die Situation auf den Friedhöfen, das öffentliche Schlachten, die Zurschaustellung des Todes bei öffentlichen Hinrichtungen.

„Bilder vom Tod sind immer so deutlich, dass sie Missverständnisse ausschließen. Und ein Tod, der jederzeit auftreten kann, ist der größte Trumpf der unsichtbaren Macht. So war es nun", stellt Akhbar bei seinen Überlegungen fest.

Es wird betont, dass es sich um ein fiktives Land handelt, und jeder Leser möge seine eigenen Verbindungen zu aktuellen politischen Vorkommnissen knüpfen.

Kriegszerstörungen, Folgen des Krieges, Vertreibung, Exilsituation haben viele Menschen auf der Welt durchlebt, Frauen und Kinder leiden in allen internationalen Konflikten und Krisengebieten am meisten.

All diese Dinge beschreibt Murathan Mungan mit der nur ihm möglichen sprachlichen Intensität und macht dabei die Unterdrückung der Frau durch Einführen des Tragens einer Burka in der Öffentlichkeit, Zwangsverheiratung von alleinstehenden Frauen verbunden mit Zwangsumsiedlungen zu dem hochexplosiven Thema des Romans Tschador.

Es ist beeindruckend, wie Mungan durch das Einbinden von märchenartigen Gleichnissen und Gedankenzügen bei der Erzählung durch Akhbar, der als Mann in dieser Situation die empfundene Ohnmacht und Empörung in seinen Gedanken zum Ausdruck bringt, zum Seismographen für den Verlust in einer zunehmend unfreien Gesellschaft wird.

Folgendes Zitat von Mina Ahadi, der Vorsitzenden des Zentralrates der Ex-Muslime und des „International Committee Against Execution", drängt sich mir auf:

„Wenn ich Präsidentin vom Iran wäre, sollte jeder über mich Witze machen, über mich lachen und mich kritisieren dürfen. Der Iran ist klug, reich und leistungsstark, er kann ein vollkommen säkularer Staat mit Menschen- und Frauenrechten werden."

Jedes Jahr im Dezember verurteilt eine UNO-Resolution den Iran wegen seiner Menschenrechtsverletzungen. Seit 1985 kann man diese Resolutionen online im UNO-Archiv einsehen. 22 Mal in 24 Jahren wurde dem Iran bescheinigt, dass er die Menschenrechte mit Füßen tritt, und dies sollte besonders uns Deutsche als den wichtigsten Handelspartner des Iran innerhalb Europas interessieren.

Am 07.01.1936 war der „Tschador" im Iran für Frauen verboten worden, und bis zum Jahr 1979 wurde dieses Datum als „Tag der Befreiung der Frau" gefeiert. Es gibt viele aktuelle Artikel und Berichte zum Thema Tschador und der Situation der Frauen, wie z. B. von Filmemacherin Sudabeh Mortezai, die für eine Dokumentation in die heilige Stadt Qom, das ideologische Zentrum der Macht in der Islamischen Republik Iran – als „Vatikan der Schiiten" bezeichnet und südlich von Teheran gelegen –, gereist ist, um über die Ehe auf Zeit (Dauer von einer halben Stunde bis zu 99 Jahren) und die Situation der Frauen zu berichten. Sie ist Iranerin, lebt in Wien und hat in einem Interview geäußert, sie habe sich noch nie so nackt wie voll verschleiert im Iran gefühlt.

Das Thema Vollverschleierung mit einer Burka hat nun auch Europa nachhaltig erreicht. Das französische Parlament hat am Vorabend des 14. Juli, des Jahrestages der Französischen Revolution, das Burka-Verbot verabschiedet.

Die Fachwelt der Islamwissenschaftler ist sich einig, dass weder das islamische Kopftuch zur Haarbedeckung noch der Ganzkörperschleier religiös begründet sind, und selbst wenn dem so wäre, dann könnte es nicht sein, dass daraus ein Verstoß gegen elementarste Menschenrechte zu dulden sei.

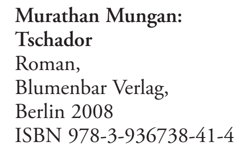
Somit senden Tschador und Burka politische Signale aus. Sie sind offenbar ein Problem des Patriarchats und nicht des Koran und so beschreibt Mungan diese Ambivalenz zwischen Symbolik und Realismus leise und behutsam, fest eingebunden im Erzählstil eines orientalischen Märchens.

Er hat offenbar ganz bewusst die Bezeichnung *Çador* für seinen Buchtitel gewählt, denn dies ist die persische Bezeichnung für das von muslimischen Frauen getragene Kopftuch, das im Arabischen als Hijab betitelt wird.

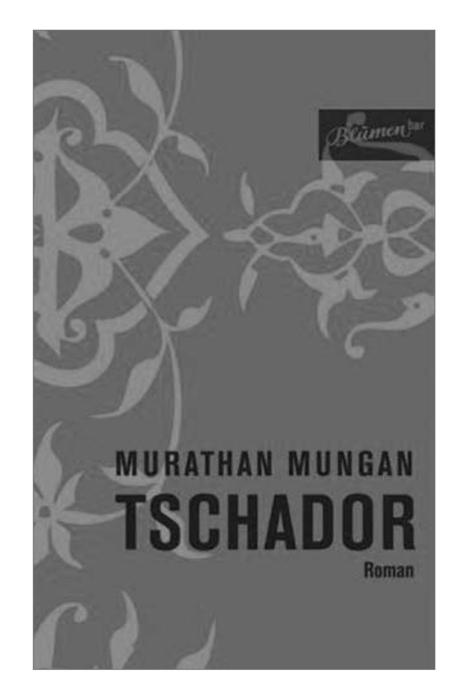
Die Frage nach dem Tragen einer Kopfbedeckung sowohl für Frauen als auch für Männer in der Öffentlichkeit hat sich in den 1980er Jahren sowohl durch Modeeinflüsse als auch durch veränderte Bräuche und Auslegungen in Glaubensfragen im europäischen Raum gewandelt, genauso wie sich die Einstellung zu dem früher üblichen Tragen von schwarzer Kleidung älterer Menschen grundlegend gewandelt hat.

Das Gebot einer Kopfbedeckung für Frauen während des Gebetes und während des Gottesdienstes ist keine unbekannte Größe und somit dem ursprünglichen Kopftuch im Islam vergleichbar. Während es aber Tendenzen zur Entschleierung im Christentum gegeben hat, findet nun eine Gegenbewegung im Islam statt und das, obwohl die zur Begründung aus dem Koran erwähnten Suren eher auf Schicklichkeit abzielen, dass nämlich durch einen Schal (himar) der Schmuck bedeckt werden sollte. Es geht um Zurückhaltung und gegen Protzerei gegenüber armen Frauen, die keinen Schmuck tragen (Sure 24, 31). Ferner geht es um die Kenntlichmachung der Frauen und Töchter des Propheten durch das Tragen eines Gewandes (gilbab), damit diese erkannt werden (Sure 33, 59), und es geht um eine Abschirmung (higab), wobei es sich um eine Art Trennwand handelte und kein Kleidungsstück (Sure 33, 53).

Und so bleibt uns nur der gemeinsame Weg mit Akhbar auf seiner Reise, der durch den allgegenwärtigen Anblick von verschleierten Frauen verunsichert ist, für den die Verschleierung zu einem Symbol der Entfremdung wird, aber auch zeitgleich eine magische Anziehungskraft entwickelt. Lassen Sie sich über den Ausgang der Suche von Akhbar beim Lesen überraschen. ♦



Murathan Mungan: Tschador
Roman,
Blumenbar Verlag,
Berlin 2008
ISBN 978-3-936738-41-4



Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Gever (Yüksekova)
Proteste nach dem Mordversuch an kurdischem Jugendlichen
Foto: DIHA

Rückseite:
Ausstellung vom IHD in Mersin
"Genehmigt" 100 Bilder von 100 politischen Gefangenen
Foto: DIHA

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



„Stolz, schöne Zukunft
Erkenne, wir sind die Überbringer
Und unter den Menschen, wie eine Perle versteckt
Wächst der Sieg und kommt uns nahe“ (A. Behramoğlu)

"Genehmigt"
100 Bilder von 100 politischen Gefangenen
Ausstellung vom IHD in Mersin

ISSN 0935-5375